

**Die Soziale Stadt für Kinder und
Jugendliche – Zukunftsfähige
Konzepte sozialer Koproduktion
in sozialen Brennpunkten**

Dokumentation der Zielgruppenkonferenz der
aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten
bundeszentralen freien Träger sowie Schulen,
Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kin-
der- und Jugendhilfe aus E&C-Gebieten vom
11. und 12. Mai 2006

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon: 0 30. 457 986-0
Fax: 0 30. 457 986-50
Internet: www.eundc.de
e-Mail: regiestelle@eundc.de

Ansprechpartnerin:
Antje Klemm

Redaktion:
Wiebke Them

Inhalt:

- 5 Vorwort**
Antje Klemm

- 6 Handlungsstrategien zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten – Die Rolle der freien Träger im E&C Prozess**
Hartmut Brocke

- 14 Die frei-gemeinnützigen Träger im Spannungsfeld zwischen öffentlichen Institutionen und Zivilgesellschaft**
Norbert Wohlfahrt

- 23 Vorbeischauen oder Rausgehen – Familienförderung und Elternbildung vor dem anstehenden und (un-)gewollten Perspektivenwechsel**
Heinz Metzen

- 29 Erfahrungen und Erkenntnisse des Bundesmodellprojekts „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“**
Matthias Bruckdorfer

- 35 Kompetenzen bündeln – Perspektiven der Kooperation von Jugendhilfe und Schule: Acht Thesen**
Wolfgang Mack

- 37 Gemeinsam die Zukunftschancen junger Menschen verbessern – Jugendhilfe und Schule bündeln ihre Kompetenzen**
Klaus Schorner

- 42 Lotsen für die soziale und berufliche Integration – Partnerschaft zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitsvermittlung: Erfahrungen des Modellprogramms Kompetenzagenturen**
Hardy Adamczyk

- 50 Der Integrationsbeistand oder: Wie die ARGE des Landkreises Heilbronn Landessieger beim Förderpreis „Jugend in Arbeit“ wurde**
Andreas Schulz

- 53 Integrierte Angebote brauchen einen Ort – Die Idee lokaler Zentren**
Reinhard Thies

- 61 Zukunftsschulen als Stadtteil- und Bildungszentrum – Die Gesamtschule in Duisburg-Marxloh**
Friedrich Marona

- 64 **Zukunftsschulen als Stadtteil- und Bildungszentrum – Die Regionale Schule in Greifswald**
Karin Müller

- 69 **Eltern und Kinder gemeinsam stärken – Das Kinderhaus „Blauer Elefant“ in Essen-Katernberg**
Annette Müller

- 73 **Eltern und Kinder gemeinsam stärken – Das Familiennetzwerk der Lebenshilfe der Regionalvereinigung Kamenz-Hoyerswerda e.V.**
Ramona Kaiser

- 76 **Generationen unter einem Dach – Die Mehrgenerationen-Haus des MOBILE e.V. in Pattensen**
Annette Köppel

- 79 **Generationen unter einem Dach – Die Mehrgenerationenprojekte der Diakonie in Erfurt**
Jens Müller

- 83 **Ein Stadtteil- und Kulturzentrum als Ideenagentur und Vermittler im Stadtteil – Das Stadtteil- und Kulturzentrum MOTTE in Hamburg**
Michael Wendt

- 87 **Ein Stadtteil- und Kulturzentrum als Ideenagentur und Vermittler im Stadtteil – Das Modellprojekt Musik in Hainholz**
Morena Piro

- 90 **Programm**

- 92 **Liste der Referenten/innen**

- 93 **Liste der Teilnehmer/innen**

Vorwort

Die freien Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch die Schulen sind zentrale Akteure sozial-struktureller Veränderungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Insbesondere den freien Trägern bietet sich die Chance, ihre Kompetenzen aus der Arbeit mit jungen Menschen und ihren Familien als aktive Partner in der Sozialen Stadt einzubringen. Ihre Erfahrungen mit der Aktivierung der Bewohner/innen und der Vernetzung der lokalen Akteure sind dabei eine wichtige Ressource für die Gestaltung lebensweltorientierter und an den Bedarfslagen ausgerichteter Angebote im Stadtteil.

Die bisherigen Zielgruppenkonferenzen der aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger, Schulen, Kitas und Einrichtungen Kinder- und Jugendhilfe aus E&C-Gebieten beschäftigten sich im Zeitraum 2001–2005 systematisch mit unterschiedlichen Aspekten sozialräumlicher Angebotsentwicklung für junge Menschen und ihre Familien. Dabei wurde den Themen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe, Partizipation, Bildung und Gesundheit besondere Bedeutung beigemessen. Besonders intensiv diskutiert worden ist dabei die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren – Eltern, Kindertagesbetreuung, Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe, Beschäftigungsträger, Arbeitsvermittlung etc. – als Voraussetzung für die Umsetzung integrierter Angebote.

Auf der Tagung am 11. und 12. Mai 2006 in Leipzig diskutierten über 100 Teilnehmer/innen die Erfahrungen der letzten Jahre unter der Fragestellung, wie sich integrierte Angebote im und für den Stadtteil etablieren lassen.

Im Anschluss an die Einführung von Hartmut Brocke aus Sicht der Programmplattform E&C zeichnet der Vortrag von Norbert Wohlfahrt die sozialstaatlichen Veränderungen der letzten Jahre nach und arbeitet heraus, welche Folgen die neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft für die frei-gemeinnützigen Träger und die Gestaltung sozialer Dienstleistungen hat und wie vor diesem Hintergrund zukünftige zivilgesellschaftliche Konzepte gestaltet werden sollten. Die folgenden Beiträge reflektieren die zentralen Schnittstellen an den biographischen Übergängen junger Menschen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die unterschiedlichen Bereiche – Jugendhilfe und Familie (Heinz Metzger, Matthias Bruckdorfer), Jugendhilfe und Schule (Wolfgang Mack, Klaus Schorner) sowie

Jugendhilfe in Kooperation mit Schule und den für Ausbildung und Arbeitsvermittlung zuständigen Institutionen (Hardy Adamczyk, Andreas Schulz) – erfolgreich miteinander kooperieren können.

Die Idee lokaler Zentren stellt Reinhard Thies in seinem Beitrag vor. Daran anschließend folgen Erfahrungen aus der Praxis: In unterschiedlichen Themenfeldern wie Bildung, frühkindliche Förderung und Kultur berichten Praktiker/innen über die Implementation integrierter Angebote.

Ein zentrales Ergebnis der darauf folgenden Diskussionen war, dass der Nutzen der Zusammenarbeit für alle Beteiligten deutlich werden muss und dass verbindliche Kooperationsvereinbarungen ein wichtiges Fundament für eine gelingende Kooperation darstellen. Vor diesem Hintergrund wurde auch betont, dass es trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten, die es auf diesem Weg zu überwinden gilt, wichtig ist, in kleinen Schritten voranzugehen und – so ein wichtiges Fazit dieser Tagung – „einfach anzufangen“.

Handlungsstrategien zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten – Die Rolle der freien Träger im E&C Prozess

Zu den Programmen E&C/„Soziale Stadt“

Im Zentrum der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten Programmplattform E&C stehen benachteiligte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen. E&C fügt deshalb den städtischen Quartieren des Programms „Soziale Stadt“ als einen besonderen Programmschwerpunkt „strukturschwache ländliche Gebiete“ hinzu.

Ziel des Programms E&C ist es zum einen, über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe, Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume zu mobilisieren, die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen qualifizieren und weiterentwickeln zu helfen sowie den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen zu richten. Zum anderen sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die zur Förderung der sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen beitragen.

Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, der Erwerb von Zukunftskompetenzen für Kinder und Jugendliche, die Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement sind, so die Überzeugung des Programms, nicht in den einzelnen Hilfesystemen allein zu realisieren, sondern nur durch die Mobilisierung von Querschnittskompetenzen der Ämter und Träger wie des demokratischen Gemeinwesens sowie durch die Stärkung der Handlungskompetenzen aller Akteure vor Ort im Stadtteil.

Vor diesem Hintergrund betont das E&C-Programm das Prinzip der sozialräumlichen Vernetzung. So strebt die Programmplattform E&C weniger die schlichte Übertragung bewährter Arbeitsformen in soziale Brennpunkte an, sondern zielt auf die Berücksichtigung der sozialräumlichen Rahmenbedingungen der Adressaten/innen und ihren Umgang damit, die Einbeziehung und die Kooperation mit den vorhandenen bzw. in der Entwicklung befindlichen Institutionen und Einrichtungen und die Entwicklung eines auf die jeweiligen Probleme und Bedarfslagen bezogenen Unterstützungssangebotes.

Kernpunkte dieser Gemeinschaftsanstrengung sind:

- die Verbesserung der sozialen Infrastruktur,
- die Verbesserung der Sozialisationsbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen,
- die Teilhabe (materiell, sozial, kulturell und politisch) der Bewohner/innen, der Kinder und Jugendlichen,
- die Neuausformung einer Angebotsstruktur individueller Hilfen, einer modernen Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer Lebenslagenpolitik, die nur als Gemeinschaftswerk gelingen kann.

Erforderlich ist ein Politikwechsel in der sozialen Arbeit: Soziale Arbeit als Koproduktion¹

Die Essentials der fachlichen Standards beider Programme „Soziale Stadt“ und E&C orientieren sich auf den Sozialraum, die Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente, die Beteiligung der Bürger/innen; das Ausrichten aller lokalen Akteure auf die Umsetzung gemeinsamer sozialer Ziele.

Die Sozialraumorientierung wird dabei übersetzt als die Gestaltung von Strukturen und Beziehungen in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, der Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen, dem Aufbau von Netzwerken, der Quartiersarbeit und der Gemeinwesenarbeit. Die Beteiligung als Teil einer Demokratisierung meint die Gestaltung der materiellen und sozialen Teilhabe der Adressaten/innen durch Teilhabe in der Quartierspolitik, in der Gestaltung sozialer Angebote, in der Umsetzung von individuellen Rechtsansprüchen, an der Hilfeplanung im weitesten Sinne. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an alle professionellen Akteure im Feld. Hierzu gehört insbesondere die Realisierung von Bedürfnissen und Bedarfen der Nutzer/innen, d. h. Nachfrageorientierung, Ergebnisüberprüfung, Beteiligung der Nutzer/innen, Koproduktion mit Schule, Sozialamt, Arbeitsagentur, Polizei, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt.²

Um in diesem Spannungsfeld handlungsfähig zu bleiben, schlagen beide Programme integrierte Handlungskonzepte im Sinne von lokalen Aktions- und Sozialplänen vor. Sie haben deshalb eine herausgehobene strategische und qualitätssichernde Bedeutung und setzen eine intensive Auseinandersetzung, wie ein ab-

1) Brocke 2002

2) „... und raus bist Du?“ 2002

gestimmtes methodisches Vorgehen voraus. Sie verlangen insbesondere:

- eine differenzierte Problembeschreibung (Wer hat welche Probleme mit dem Gebiet?),
- die Entwicklung von strategischen Entwicklungszielen (Leitzielen),
- die Umsetzung dieser strategischen Ziele in operative,
- die Ermittlung der betroffenen Ämter/Ressorts,
- die Auflistung der bestehenden Fördermöglichkeiten der Städte und Gemeinden, des Landes und des Bundes,
- die Feststellung wie bestehende Fördermöglichkeiten für die Stadtteilentwicklung neu ausgerichtet werden können,
- die Feststellung von zusätzlichen Bedarfen,
- die Klärung, welche Akteure für welche Aufgabe zur Verfügung stehen und wer macht was.

Diese Handlungskonzepte umfassen damit – idealtypisch – die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte sozialräumlicher Orientierung:

- soziale und ethnische Integration,
- öffentlicher Raum und Sicherheit,
- Wohnen und Wohnumfeld,
- soziale Infrastruktur, Schule, Kinder, Jugendliche und Familienförderung,
- Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung,
- besondere soziale Lebenslagen und Gesundheitsförderung,
- neue Steuerungsinstrumente und Ressourceneinsatz.

Sozialräumlichkeit als Synonym für einen Paradigmen- und Politikwechsel

Sozialraumorientierung setzt den traditionellen Sozialstaatsprinzipien (wie Recht und Anspruch auf Hilfe, wenn ohne eigenes Verschulden in Not geraten; soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens; kurativer Ansatz, d. h. Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich die Probleme manifestiert haben; Individualisierung der Probleme zur Prüfung des Leistungsanspruchs; Defizitorientierung sozialstaatlicher Leistungen) eine neue Sichtweise gegenüber. Sozialräumliche Strategien und Handlungskonzepte zeichnen sich dadurch aus, dass sie:

- ressourcenorientiert,
- ressortübergreifend,
- partizipativ,
- synergetisch (nicht additiv),
- integrativ,
- aktiv und offen (kommunikativ),
- intermediär,
- formell, informell, non-formell verknüpfend,

- regel- und fehlerfreundlich,
- (selbst-)reflexiv,
- lösungs- (statt trend-) orientiert sind.

Sozialraumorientierung bedeutet ein Umdenken und einen Paradigmen- und Politikwechsel, der nicht auf ein einzelnes Ressort wie die Jugendhilfe zu beschränken ist. Ausgehend von den (Bildungs-)Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien und den notwendigen Kompetenzen, die es zu erlangen gilt, sollen Strukturen, Dienstleistungen und Angebote umgestaltet werden. Sozialraumorientierung erfordert neue Formen des Verwaltungsdenkens und Handelns und basiert gleichzeitig auf einer neuen Kultur der Beteiligung: Ohne die tatsächliche Partizipation der Betroffenen ist sie nicht zu verwirklichen. Sie zielt also auf ein Mehr an praktizierter Demokratie, an Teilhabe und auch an Effizienz! Zentrale Kennzeichen von Sozialraumorientierung sind:

- Empowerment (Perspektiven entwickeln, Projekte möglich machen, städtebauliche Investitionen konzentrieren und mit sozialen Infrastrukturpolitiken kombinieren),
- lokale Partnerschaften, lokale Ökonomie,
- Vernetzung und Verflechtung, Soziale Arbeit als Koproduktion,
- Partizipation (Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stellung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, Selbsthilfe und soziales nachbarschaftliches Engagement),
- Linkage-Politik (soziale Verantwortung der privaten Wirtschaft, Formulierung der Schnittstellen zwischen anderen Politikbereichen).

Vom „hoheitlichen“ Handeln über die „Stadt als Unternehmen“ zur Kultur der Beteiligung

Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Politikfelder, die Kinder, Jugendliche und Familien betreffen, stärker als bislang in Beziehung zu setzen und integrierte Dienstleistungen zu erbringen. Neue Chancen der Kommunen liegen darin, wenn es gelingt, sozialräumliche Ressourcen - sei es im Stadtteil oder auch in der ländlichen Gemeinde - zu erschließen und zu nutzen und alte Versäulungen zu überwinden. Es gilt zukünftig, durch gemeinsame Problemdefinitionen zu verbesserten Dienstleistungen zu kommen, die auf die Bedürfnisse der Bewohner/innen abzielen. Dazu bedarf es neuer Handlungsinstrumente und integrierter Verfahren der externen und internen Evaluierung.

Wesentliche Voraussetzung neuer Ansätze ist aber, dass der kommunalen Selbstverwaltung die nötigen Kompetenzen und Ressourcen zur Verfügung stehen. Rechte und Zustän-

digkeiten, die diesen bislang entgegenstehen, sind daher dringend zu ändern. Die kommunale Gebietskörperschaft setzt die demokratischen Rahmbedingungen für sozialräumliche Entwicklung: Sie muss Sorge und Verantwortung tragen für die Entwicklung gemeinsamer Ziele und ihre Umsetzung.

- Dies erfordert große Einschnitte bis hin zu einer neuen Verwaltungsstruktur, so etwa der Entwicklung eines Ämternetzwerkes oder auch einer neuen Matrixstruktur, wie etwa mit einem „(Meta-)Amt für soziale Integration und Ressourcenorientierung“, das soziale Infrastruktur als Ganzes in den Blick nimmt.
- Erforderlich sind neue Verfahren der gemeinsamen Planung in der Kommune und der Region (Stadt- und Regionalplanung, Sozial- und Jugendhilfeplanung – „Bildungsplanung“).
- Verfahren, um Beteiligung langfristig und bedarfsgerecht zu organisieren, sind zu implementieren oder zu verbessern.
- Neue Instrumentarien wie „lokale Aktionspläne“, in denen mit festgelegten Verfahren gemeinsame Ziele – in der Zusammenarbeit von Fachleuten und Laien – verfolgt werden, sind zu nutzen.

Übersetzung der Politikziele in politikgesteuertes Verwaltungshandeln, Förderprogramme und Finanzierungsrichtlinien

Die allgemeinen Politikziele wie Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, Erwerb von Zukunftskompetenzen, Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement bedürfen der Übersetzung auf die kommunale, lokale Ebene. Deren neue Politikziele lauten:

- höhere Bürgerzufriedenheit mit lokalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (*Akzeptanz*),
- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (*Demokratisierung*),
- Stärkung der Hilfsbereitschaft der Bürger/innen untereinander (*Solidarität*),
- Entlastung der kommunalen Haushalte durch Bürgerbeteiligung (*Effizienz*),
- bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (*Ergebnis- und Lösungsorientierung*),
- Vernetzungs- und Planungskompetenz (*Teamorientierung, Gemeinsinn*).

Politik und Verwaltung haben diese Politikziele als neue Leitbilder vorzugeben und Initiativen zu ergreifen, die zu einer Neufestlegung eines abgestimmten kooperativen Mixes von Verantwortlichkeiten zwischen den Beteiligten führen.

Politik und Verwaltung haben einen Kernbereich von Standards und Qualitätsmerkmalen festzulegen, die bei öffentlicher Förderung unverzichtbar sind. Die neuen Handlungsstrategien versuchen einen Wechsel von der bisherigen Inputsteuerung (über sog. Haushaltsansätze) zu einer Outputsteuerung.

Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente (lokaler Aktionsplan)

Nach meiner Überzeugung verlangt die Umsetzung einer am Sozialraum orientierten Strategie nicht allein die Berücksichtigung der fachlichen und demokratischen Standards der Sozialraumorientierung, sondern Steuerungs- und Führungskompetenz von der Kommune und den lokalen Akteuren auf allen Ebenen:

- Auf der *strategischen Ebene* gilt es, die Ko-produktionsebenen zu formulieren, abzustimmen und festzulegen.
- Auf der *administrativen Ebene* muss sichergestellt werden, dass die betroffenen einzelnen Ämter kooperieren, Querschnittskompetenzen aktiviert werden und die Gesamtstruktur der Angebote Transparenz und Bürgernähe schafft.
- Auf der *methodischen Ebene* müssen Leitlinien mit entsprechenden Zeitplänen mit Auftraggebern/innen und Zielgruppe(n) festgelegt und Indikatoren zur Auswahl und zum Vergleich lokaler Angebote gefunden und ein transparentes Instrument der Evaluierung, Bewertung und Prüfung geschaffen werden.
- Auf der *sozialräumlichen Ebene* müssen die sozialen Hilfen und Dienste stärker präventiv und ursachenbezogen definiert sein.
- Auf der *Aktionsebene* gilt es, einer ausgewiesenen Kooperations- und Beteiligungskultur Substanz und Gewicht zu verschaffen: Denn es müssen Akteure und Initiativen zur Beteiligung gewonnen werden, die traditionell nicht erreicht werden.

Nötig ist hierfür eine Netzwerkarbeit auf drei Ebenen:

- als strategisches Ämternetzwerk,
- als operatives lokales Netzwerk und
- die Schaffung von lokalen Zentren (Managementteams von Einrichtungen und Diensten im Sozialraum).

Stichworte zu einer professionellen Netzwerkarbeit

Netzwerke können neue politische Beteiligungsmöglichkeiten an Politikprozessen schaffen und angesichts des Fehlens direkter demokratischer Strukturen Partizipation und Transparenz verbessern. Netzwerke können aber nur so transparent und verantwortlich

sein, wie es die Beteiligten selbst sind. Die Bemühungen um Transparenz und Legitimität müssen daher durchaus im Sinne einer Zukunftsinvestition von den jeweiligen Akteuren betrieben und praktiziert werden. Die Vereinbarung eines verbindlichen Verhaltenskodexes kann hier eine hilfreiche Rolle spielen.

Netzwerke zeichnen sich notwendigerweise durch Machtasymmetrien aus, dass heißt sie spiegeln die bestehenden Unterschiede der Akteure und ihre unterschiedliche Ressourcenausstattung wider. So kann es sein, dass einzelne Akteure aufgrund fehlender Ressourcen erst gar nicht in die Lage kommen, ihre Stimme in den Netzwerken geltend zu machen. Netzwerkarbeit ist kein „Konsensbetrieb“ – allerdings auf eine Lösung der gemeinsamen Basis ausgerichtet – und kann aufgrund ihrer wenig formellen und horizontalen Struktur Frustrationen bei den Akteuren durch Entscheidungsblockaden herbeiführen, zumal die Netzwerkarbeit nicht die traditionellen parlamentarischen Legitimationsketten von politischer Verantwortung ersetzt. Dennoch sind Konflikte über Macht, Verteilung von Ressourcen, Zugang zu „starken“ Partnern/innen u. ä. durchaus normale Prozesse. Im Netzwerk erscheint es wichtig, Konflikte durch gemeinsame Kommunikation und Reflexion zu thematisieren und aktives Konfliktmanagement zu betreiben.

Netzwerkarbeit funktioniert nicht ohne den Kulturwechsel zu „Good Governance“ und bedarf der Ausstattung mit Ressourcen. Sie bedürfen angemessener Investitionen in die Prozessstandards. Bis hier gibt es allerdings wenig allgemein verbindliche Normen, die Netzwerkiprozesse im Allgemeinen auszeichnen. Die Rolle von Quartiersmanagement oder Jugendhilfemanagement gibt in diesem Zusammenhang erste Hinweise auf Mindeststandards, die als Entscheidungshilfen für eine Beteiligung an Netzwerken dienen könnten. Die Erfahrungen aus E&C und „Soziale Stadt“ zeigen, dass Evaluierung und Rückbindung der Ergebnisse zentral für die Qualität der Arbeitsergebnisse von Netzwerken sind. Zur politischen Legitimation spielt dabei die „Ex-Post-Legitimierung“ von Netzwerken eine entscheidende Rolle. Diese Ex-Post-Legitimierung kann zum einen durch eine unabhängige Evaluation und einer breiten öffentlichen Debatte der Ergebnisse oder durch die Diskussion der Ergebnisse in den parlamentarischen Gremien erfolgen.

Unterschiedliche Aufgaben und Funktionen von Netzwerkarbeit

Netzwerke haben je nach Phase oder Aufgabenstellung eine unterschiedliche Charakteristik und einen dementsprechenden „Reifegrad“. Sie erfüllen, entweder in spezifischen

Netzwerkaufträgen voneinander unterschiedlich oder mit einer zeitlichen Aufgabenstellung ausgestattet, folgende Funktionen:

Verhandlungsfunktion

Hier lautet die Aufgabe/der Auftrag, in systematischer Weise alle relevanten Akteure in die Politikprozesse einzubinden, um neue Standards und Normen (Leitziele) zu formulieren, um einen unbefriedigenden Status Quo zu überwinden. Sie dienen der Auflösung gegenseitiger Blockaden durch Einbeziehung (nicht nur repräsentative Besetzung) der relevanten Akteure. Diese Funktion eines Verhandlungsnetzwerkes ist zumeist zu Beginn eines neuen Politikansatzes vorherrschend. Darin liegt aber auch der begrenzte Nutzen der Ergebnisse solcher Verhandlungsnetzwerke.

Koordinationsfunktion

Die Aufgabe/die Auftrag zur Koordination setzt das Sammeln und Verbreiten von Wissen, die Identifizierung gemeinsamer Handlungspotentiale sowie die bessere Koordination und Abstimmung von Verhandlungsstrategien in den Mittelpunkt dieser Netzwerkarbeit. Ihr Auftrag liegt in der Ressourcenbündelung und in der Schaffung von Synergien zwischen den beteiligten Sektoren. Die Koordinationsleistung ist das Ergebnis eines vorher stattgefundenen Lernprozesses. Diese Netze können dazu beitragen, Strukturen und Angebote zu überprüfen, die Fehlleitung von Ressourcen zu erkennen und eine bedarfsgerechtere Angebotsstruktur herbeizuführen.

Implementierungsfunktion

Hier hat die Netzwerkarbeit die Funktion, innovative Mechanismen zur Umsetzung bereits entwickelter Politikstrategien voranzutreiben bzw. formulierten Politikzielen eine handlungspraktische Umsetzung durch Projektimplementierung zu bieten. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt hierbei auf der lokalen Ebene eine zentrale Rolle zu. Sie helfen, Projekte an die örtlichen Bedürfnisse anzupassen und übernehmen damit eine wichtige Brückenfunktion.

Rollenwechsel und Politikwechsel der freigemeinnützigen Vereine, Verbände: Vom bundesrepublikanischen Korporatismus zum Dienstleistungsparadigma

Die westdeutsche Nachkriegszeit war geprägt von der Grundannahme, dass ein ungezügelter Kapitalismus die gesellschaftliche und wirtschaftliche Desintegration befördert und dieser deshalb staatlich reguliert werden müsse. Das Sozialstaatsprinzip und der gesellschaftliche Konsens der sozialen Marktwirtschaft

etablierten den Sozialstaat durch staatliche Eingriffe in den Bereichen Versorgung und sozialer Ausgleich sowie Mitbestimmung. In Verbindung mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Prinzip des weltanschaulichen Pluralismus erhielten die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege (nicht zuletzt auch wegen der Einbringung von nicht unerheblichen Eigenmitteln) einen gesetzlich gesicherten Auftrag (Privilegierung), die Grundversorgung der öffentlichen Wohlfahrt zu gewährleisten.

Die Globalisierung der Märkte, der sich durchsetzende Neoliberalismus, die demographische Entwicklung haben einen Prozess der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit in unserer Gesellschaft eingeleitet, der bis heute weit fortgeschritten ist. Davon sind auch die Wohlfahrtsverbände mit ihren traditionellen Bereichen „medizinische und soziale Betreuung“, „soziale Integration und Teilhabe“, „Bildung“, „Kinder- und Jugendhilfe“, „Erholung und Kultur“ betroffen. Dieser Umbau des Sozialstaates führte von „Welfare“ zu „Workfare“, der eine prinzipielle Abkehr von Versorgung und Unterstützung hin zur (Wieder-) Aufnahme von jeglicher Arbeit, verbunden mit Sanktionen und Strafen bedeutet.

Das Prinzip des (alten) Sozialstaates, eine Versorgung der Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit herzustellen, wurde tendenziell auf Chancengleichheit reduziert, in dem es dem/der Einzelnen überlassen bleibt, das ihr Mögliche aus seinen/ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten zu machen. Damit steigen die Risiken für die Bewohner/innen, wirtschaftlich und sozial zu scheitern, deutlich an. Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch andere europäische Staaten haben den Versuch unternommen, den für ihre Identität zentralen Aspekt der Sozialstaatlichkeit weiter zu erhalten. Hier wird eine Politik des „dritten Weges“ verfolgt, die zu einem zukunftsweisenden Weg für die Gestaltung sozialer Absicherung einer globalisierten Welt mit ihren Konkurrenzverhältnissen werden soll. Dabei soll auch die „Dynamik und Kreativität“ des freien Marktes genutzt, jedoch die „Verwerfungen des Marktes“ weiterhin von der Politik reguliert werden.

Dieser Paradigmenwechsel zur Ökonomisierung und der damit verbundene Umbau zur Marktförmigkeit des Sozialen haben zwangsläufig Auswirkungen auf deren Akteure. Da das öffentliche Verständnis der Freien Wohlfahrtspflege von Partnerschaft, Subsidiarität und Vertrauen geprägt ist, befindet sich diese, bezogen auf die Schaffung des „Marktes der Sozialen Arbeit“, auf dem Weg zu einem in Konkurrenz stehenden Dienstleister. Das heißt, sie müssen sich mit Angeboten profilieren, die durch Qualität und Preis überzeugen und unterliegen mit

ihren Leistungen (Kosten, Wirkung und Erfolge) sowie der Qualität ihres eingesetzten Personals der Rechenschaft und Kontrolle.

Nach ihrem Selbstverständnis³ definiert sich die Freie Wohlfahrtspflege nicht als bloßer Dienstleister zur Aktivierung (und Diskriminierung, wenn die Aktivierung scheitert) Einzelner, die in soziale und ökonomische Not geraten sind. Ihr Selbstbild, ihre Legitimität ist auf soziale Kohärenz der Gesellschaft, auf Solidarität, auf das Sozialstaatsprinzip, der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut, auf Emanzipation und Partizipation gerichtet. Soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft ist für sie die „Herstellung von Bedingungen für eine optimale Kultur des Aufwachsens, der Beteiligung und Teilhabe, der Bildung, der Eingliederung in Arbeit“ aller seiner Gesellschaftsmitglieder. Die „aktivierenden Hilfen“ dürfen nicht ohne die Bedürfnisse der Betroffenen (Lebenslagenprinzip) und nicht ohne Kenntnisnahme von gesellschaftlichen Diskrepanzen (Lehr- und Arbeitsstellen, restriktive Ausländergesetze etc.) gestaltet (ausgeschrieben und angeboten) werden.

Zukunftsaufgabe: Stärkung der Zivilgesellschaft

Die politische Debatte zur Stärkung der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft wird auf nationaler, aber zunehmend auch auf europäischer, transnationaler Ebene geführt. Die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“⁴ hat im Juni 2002 ihre Arbeit abgeschlossen und den Bericht an den Bundestagspräsidenten übergeben. Der Bericht setzt sich mit dem Leitbild einer Bürgergesellschaft auseinander, die geprägt ist durch Selbstorganisation, Mitgestaltungsmöglichkeiten und Gemeinwohlverantwortung. In den Bereichen Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit, Schule, Vereine, Unternehmen, Gewerkschaften bietet der Bericht der Enquete-Kommission eine Art Bestandsaufnahme bzw. Situationsbeschreibung, gibt Handlungsempfehlungen und macht Vorschläge zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts über die Verbesserung des Versicherungsschutzes bis zu einer allgemeinen steuerfreien Aufwandspauschale.

Das Interesse der Wohlfahrtsverbände an einer Bürgergesellschaft bezieht sich insbesondere darauf, das Dreieck zwischen staatlichen Institutionen, den Adressaten/Nutzern/Bürgern und den Anbietern/Trägern sozialverantworteter Dienstleistung neu zu bestimmen, Mitverantwortung von Adressaten/Nutzern/Bürgern sowie Organisationen der Bürgergesellschaft in öffentliches und privates Handeln einzupla-

3) BAG FW Memorandum 2004

4) Deutscher Bundestag 2002

nen und zu stärken (Mobilisierung und Pflege des sozialen Kapitals). Zivilgesellschaft zeichnet sich durch Teilhabe und Partizipation aus, d. h. sie verlangt die Beteiligung an Entscheidungsprozessen mit ausgewiesener Entscheidungskompetenz, Dezentralisierung und lokal angepassten Entwicklungen.⁵ Sie zielt auf die Durchsetzung allgemein verbindlicher Standards, die Entwicklung von Vertrauensbeziehungen und die Berücksichtigung von Gemeinschaftsbindungen, die Akzeptanz und Nähe zu spezifischen Teilkulturen und Communities und eine Entscheidung nach Abstimmung mit dem lokalen Umfeld.

Das Ziel der Solidarität und eine Aktivierung der Bürger/innen hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Politik, Institutionen, Organisationen und Netze sie unterstützt und fördert. Solche Netze sind vor allem Vereine, soziale Initiativen, Projekte und Stiftungen. Die Wertschöpfung des Engagements kommt durch den Dialog, Kommunikation und soziales Verhalten zustande. Sozialkapital wird zwischen Personen lokalisiert, nicht an ihnen. Es kommt sozialräumlich vor und kann lokal gemessen werden. Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Bürgerarbeit müssen durchlässiger werden. Der Wechsel zwischen den Tätigkeitsfeldern soll durch die Flexibilisierung des Zeitansatzes und einer Aufwertung der Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit erreicht werden.

Hinweise auf eine „neue“ Praxis

Die neuen Handlungsstrategien versuchen einen Wechsel von der bisherigen Inputsteuerung (über sog. Haushaltsansätze) zu einer Outputsteuerung, d. h. es kommt zunächst auf die richtige Reihenfolge der zu bearbeitenden Fragestellungen an.

- Was wollen wir erreichen? (Ergebnisse und Wirkungen)
- Was müssen wir tun? (Programme und Produkte)
- Wie müssen wir es tun? (Prozesse und Strukturen)
- Was müssen wir einsetzen? (Ressourcen)
- Wer soll es umsetzen? (öffentliche oder private Dienstleistung, Selbsthilfe/Ehrenamt)
- Wie erkennen wir den Erfolg? (Evaluation, Ergebnisüberprüfung)

Diese outputgesteuerte Reihenfolge der zu bearbeitenden Fragen beziehen die aus den „Good Governance“-Strategien zentralen Dynamisierungselemente mit ein, nämlich: Wettbewerb, Kooperation, Bürgerbeteiligung, Evaluation.

Der Formulierung von Schlüsselindikatoren⁶ zur Kontrolle und Überprüfung der erzielten Ergebnisse und Wirkungen kommt dabei eine Hauptrolle zu. Wie kommt man zu Indikatoren? Indikatoren sind Hinweise, Erscheinungsformen, die beobachtet bzw. gemessen werden können. Die ausgewählten Indikatoren müssen eine Qualität aufweisen, die Erreichung der formulierten Ziele zu dokumentieren, zu beschreiben und abzugrenzen, so dass sie in anderen Handlungsfeldern, anderen Regionen, anderen sozialen Brennpunkten ebenfalls beobachtet, beschrieben und gemessen werden können.

Die frei-gemeinnützigen Träger sind soziale Träger von öffentlich verantworteter Dienstleistung und einer Mehrzahl von Zielsetzungen verpflichtet. Ihr übergreifendes Merkmal ist ihr ausgewiesener Gemeinwohlbezug. Die Forderung nach einer modernen Leistungsorganisation, die sich am tatsächlichen Bedarf und am Ergebnis orientiert, bedeutet für die Anbieter „frei-gemeinnützige Träger“, dass sie Marktelemente, wie z. B. Ergebnis-/Produktorientierung, Kosten-Nutzen-Darstellung, Evaluation und Qualitätskontrolle als Leistungsstandards einbringen, d. h. sie werden zukünftig einen unternehmerischen Organisations- und Handlungsstil entwickeln müssen, der auf ein beträchtliches Maß an personal- und produktbezogener finanzieller Entscheidungsfreiheit angewiesen ist.⁷

Die frei-gemeinnützigen Träger müssen im Rahmen der Beteiligungsverfahren bewusst die Nutzung und die Kultivierung von sozialem Kapital in ihr Handlungskonzept, in ihre Angebote integrieren. Sie haben ihre Kompetenz zu den regionalspezifischen Teilkulturen und Communities nachzuweisen und die Akteure des lokalen Umfelds, die Adressaten/innen in ihre Arbeits- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen (Netzwerkstruktur). Diese Umsteuerung von der traditionell versäulten oder zielgruppenbezogenen Angebotsstruktur der frei-gemeinnützigen Trägerschaft in eine neue Form von öffentlich verantworteter Dienstleistung ist nur möglich, wenn parallel zu den neuen Politik- und Steuerungsinstrumenten faire Regeln für die Umverteilungsprozesse (Vorteile und Lasten), die jede Modernisierungs- oder Reformmaßnahme begleiten, entwickelt werden. Das verweist darauf, dass in Änderung des historisch gewachsenen Korporatismus der Bundesrepublik Deutschland zukünftig ein anderes Bild von Interessens- und Verbandsstruktur gesehen und definiert wird, u. a. auch deshalb weil Verbändeförderung als Infrastrukturförderung zu Leistungsvereinbarung bzw. Projektförderung verändert wird.

5) Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001

6) Brocke 2003

7) Brocke 2002

Soziale Integration lässt sich nicht erzwingen: Teilhabechancen und Teilhabegerechtigkeit als Voraussetzungen zur Selbstorganisation und Selbständigkeit

Aus der Armutsforschung, wie aus der Bildungsforschung, wissen wir, dass der soziale Status der Eltern immer den Bildungserfolg, das zukünftige Einkommen und die Berufsaussichten ihrer Kinder determiniert. In der heutigen Forschung werden zwei kausale Mechanismen herausgestellt: „Geld“ und „Kultur“. Dauerhafte ökonomische Entbehrung und Unsicherheit sind vermutlich fundamentale, aber nicht hinreichende Ursachen geringer Lebenschancen bzw. der Chancen zur Teilhabe. Der „kulturelle“ und „soziale“ Faktor ist entscheidend. Er prägt nicht nur die kognitive und motivationale Entwicklung der nachwachsenden Generation, sondern organisiert generell die Teilhabe und verhindert die soziale Ausgrenzung und Marginalisierung.⁸

Die persönliche Entwicklung und Selbstverwirklichung, die soziale und berufliche Integration, etwaige spätere Lernerfahrungen des einzelnen Menschen hängen weitgehend davon ab, ob er am Ende seiner Schulpflichtzeit über ein Paket von Schlüsselkompetenzen verfügt.

Die frei-gemeinnützigen Träger als Initiatoren „sozialer Brückennetze“ und als Anbieter von „Unterstützungsnetzwerken“

Unter Wahrung der jeweiligen Leitbilder der Vereine, Verbände werden diese zukünftig verstärkt die Aufgabe haben, für ihre Mitglieder, Einrichtungen und Dienste wie für ihr Klientel, soziale Netze zu knüpfen bzw. zur Verfügung zu stellen und unter dem Gesichtspunkt der Hilfe zur Selbsthilfe, dem Gesichtspunkt des Ausgleichs von Teilhabegerechtigkeiten, diese sozialen Netze mit einem professionell gestalteten Netzwerk zur Unterstützung der Menschen anzubieten.

Voraussetzung ist, dass die Vereine, Verbände in ihren organisatorischen Gliederungen von Ortsvereinen und Kreisverbänden im öffentlichen Bewusstsein als Anbieter und Organisator von sozialen Netzen sowie professionellen Unterstützungsnetzwerken von konkretem Nutzen sind. Die Bedingungen des Erfolges von der Knüpfung solcher sozialen Brückennetze ist davon abhängig, ob die tatsächliche Lebenssituation und soziale Lage, die Interessen, Nöte und Hoffnungen von Einzelnen und Gruppen aufgegriffen werden können.

Verbände- und Vereinspolitik erscheint immer dann erstarrt oder aufgesetzt, wenn diese in den jeweiligen heterogenen sozialkulturellen Milieus nicht präsent sind. Zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen

den regional sich disparat entwickelten Wirtschaftszentren und strukturschwachen Gebieten, aber insbesondere auch in den Großstädten (Metropolen) selbst, haben sich räumlich lokalisierbar, jeweils spezifische Milieus gebildet (gefunden).

Beispielhafte Hinweise: In bürgerlichen Stadtteilen werden Ausländer/innen eher als Bereicherung erlebt, in Problemquartieren mit hohem Ausländeranteil der Wohnbevölkerung eher als Verschärfung der sozialen Lage. Modernisierungsgewinner leben in großstädtischen Gebieten nur wenige Straßenzüge von den Quartieren der Modernisierungsverlierer getrennt. Die Lösung des Problems „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, insbesondere von Alleinerziehenden, stellt sich im ländlichen Raum ganz anders dar als in der Stadt. Jeder zweite Haushalt in einer Großstadt ist ein Einpersonenhaushalt. Ganze ländliche Räume leiden unter der Abwanderung der jungen und gut ausgebildeten Bevölkerung. Die Bewohner/innen von sozialen Problemquartieren erleben sich nicht als Bürger/innen, sondern als an den Rand gedrängt oder ausgegrenzt. Sie leben notgedrungen in diesen Brennpunkten. Bürgerschaftliches Verhalten, nachbarschaftliches Engagement äußert sich anders als in bürgerlichen Quartieren.

Auf diese räumlichen und sozialen Verschiedenheiten muss jeder Verband politisch und programmatisch reagieren und sich die notwendigen sozialen Kompetenzen, der jeweils konkret vorgefundenen „Nachbarschaftskultur“, aneignen. Sie müssten sich als Dienstleister den neuen, etablierten großstädtischen Milieus und deren Lebensgefühl, genauso wie den Benachteiligten, Arbeitslosen, Vereinsamten, Rentnern/innen und Zuwanderern/innen und deren Lebensgefühl anbieten können.

Verbandsprogrammatisch könnte dies bedeuten: Raus aus dem Ortsverband, rein in die Milieus; raus aus der Kreisgeschäftsstelle, rein in lokale Nachbarschaftszentren. Verbandsarbeit orientiert sich räumlich und an den Lebenswelten der Bewohner/innen. Von der Verbandsgliederung verlangt dies eine Konzentration auf Themen wie z. B. Ganztagschulen, Krippen, Kindergärten, Programme gegen Kinderarmut, Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen, Kulturprojekten und Ausländerorganisationen.

8) Esping-Andersen 2003

E&C Zielgruppenkonferenz: „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“ vom 11. und 12. Mai 2006

Das Konzept des Organisators „sozialer und kultureller Netze“ und das des Anbieters von „Unterstützungnetzwerken“ erfordert neue und kontinuierliche Formen der Partizipation in Arbeit und Struktur der frei-gemeinnützigen Vereine, Verbände

Die aktive Mitwirkung der Menschen im jeweiligen Gebiet/sozialen Raum der Verbandsgliederung gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses verbandlicher Netzwerkarbeit. Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit sind abhängig von der Dialog- bzw. Kommunikationskompetenz der Akteure, der politischen Legitimation und den institutionell-administrativ abgesicherten Rahmenbedingungen.

Aus den Beteiligungs- und Partizipationsmodellen der Kinder- und Jugendhilfe, aus den Beteiligungsverfahren der „Sozialen Stadt“ wissen wir, dass Motivation und Engagement der Bürger/innen sich erst in einem konkreten Umfeld entfalten. Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung, aber insbesondere auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, ist deswegen auf ein konkretes Umfeld, auf Authentizität, Wahrhaftigkeit und konkrete Praxis angewiesen, um Begeisterung, Engagement und Anstoß für einen sozialen Lern- und Kreativvorgang zu geben.

Die Entwicklung neuer und kontinuierlicher Formen der Partizipation darf sich nicht auf wenige oder auf die von öffentlich beauftragten Akteuren definierten Räume und Anlässe beschränken. Partizipation ist aus Sicht der Wohlfahrtsverbände immer auch ein Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Es ist auch eine Lern- und Lebenserfahrung, die im Kern eine attraktive Form der außerschulischen Bildung darstellt.

Als Hilfestellung zur Konkretisierung der Netzwerkidee könnte dienen, dass die sozialen Netze fünf inhaltliche Schwerpunkte bzw. Bezugspunkte aufweisen:

- Erziehung, Bildung und Kultur,
- Leben in der Stadt, Leben auf dem Land,
- Familie und Beruf,
- Interkulturalität,
- Verhältnis der Generationen zueinander.

Der Vorteil der einheitlichen, aber immer ortsbezogenen thematischen Schwerpunktsetzung wäre die Übertragung in Bezirks-, Landes- und Bundeskampagnen, die den „vor Ort“-Prozess begleiten und stärken. Diese sozialen Netze brauchen einen Ort und sie müssen sich auf ein konkret bestimmtes Gebiet (Sozialraum) beziehen.

Die sozialräumliche Orientierung schafft direkte Bezugspunkte zur Lebenssituation der Bevölkerung:

- soziale und ethnische Integration,
- öffentlicher Raum und Sicherheit,
- Wohnen und Wohnumfeld,
- soziale Infrastruktur, Schule, Kinder, Jugendliche und Familienförderung,
- Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung,
- besondere soziale Lebenslagen, Gesundheitsförderung,

Mit Hilfe welcher Konzepte und Strategien und unter welchen Rahmenbedingungen gelingt es, die sozialräumliche Vernetzung in den Stadtteilen zu verbessern?

Autor:

Hartmut Brocke
Stiftung SPI
Müllerstraße 74
13349 Berlin
Email: info@stiftung-spi.de

Literatur:

- BAG FW Memorandum (2004): Zivilgesellschaftlicher Mehrwert gemeinwohlorientierter Dienste. Brüssel
- Brocke, H. (2003): Was ist eigentlich die offene Methode der Koordinierung? In: E&C Journal (2003), Nr. 11. (www.eundc.de)
- Brocke, H. (2002): Soziale Arbeit als Koproduktion. 10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit kommunaler Strategien sozial(räumlich)er Integration. In: E&C Journal (2002), Nr. 7. (www.eundc.de)
- Esping-Andersen, G. (2003): Aus reichen Kindern werden reiche Eltern. In: Frankfurter Rundschau vom 20.12.2003
- Deutscher Bundestag (2002): Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Schlussbericht Enquete-Kommission. Drucksache 14/8900
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Weisbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM
- „... und raus bist Du?“ (2002): Angebot Stiftung SPI, KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten.

Die frei-gemeinnützigen Träger im Spannungsfeld zwischen öffentlichen Institutionen und Zivilgesellschaft

Vorbemerkung: Zivilgesellschaft – was ist das eigentlich?

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist in der deutschen Diskussion vieldeutig und bezeichnet unterschiedliche Sachverhalte. Den einen gilt er als ein radikales Reformkonzept, das demokratische Selbstregierung stärken und sowohl Übergriffe des Staates als auch der Marktwirtschaft bändigen soll. Andere verbinden mit ihm die Vorstellung, dass die Bürger/innen sich nicht länger auf den Sozialstaat verlassen, sondern die Dinge eigenverantwortlich selbst regeln sollten. Unzweifelhaft steckt in dem Begriff der Zivilgesellschaft nicht nur eine gewisse Normativität (wenn er auch manchmal als rein deskriptive Kategorie verwendet wird), weil er von denjenigen, die ihn als politischen Begriff benutzen, eine „gute“ Form der gesellschaftlichen Organisation von einer „schlechten“ abgrenzen soll (pure egoistische Interessenverfolgung; Obrigkeitsstaatlichkeit; Sozialstaatsabhängigkeit o.ä.).

Auch wenn es sich bei dem Begriff der Zivilgesellschaft um einen sogenannten „catch-all-“ Begriff handelt, der für unterschiedliche politische und wissenschaftliche Zwecke eingesetzt werden kann, lassen sich doch gewisse Gemeinsamkeiten feststellen: So wird unter Zivil- oder Bürgergesellschaft in der Regel ein gesellschaftlicher Raum verstanden, nämlich die plurale Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenkünfte, die auf dem freiwilligen Zusammenhandeln der Bürger/innen beruhen. Vereine, Verbände und soziale Bewegungen sind dabei typische Organisationsformen. Diese Vereinigungen sind unabhängig von einem staatlichen Apparat und in der Regel auch unabhängig von wirtschaftlichen Profitinteressen, idealtypisch bilden sie eine Sphäre aus, die nicht staatlich ist und nicht auf reinen Marktprinzipien beruht.

Der Aufschwung des Begriffs der Zivilgesellschaft seit Mitte der 90er Jahre hat viel mit der Befürchtung zu tun, die Gesellschaft könnte ihren Zusammenhalt verlieren und damit ökonomisch und politisch auseinanderfallen. Robert Putnams Studien über den italienischen Norden, publiziert unter dem Titel „Bowling alone“ haben diese Entwicklung als Verlust von Sozialkapital bezeichnet. Die Hoffnungen, dieser Beobachtung etwas entgegensetzen zu können, richten sich dabei – und dies gilt insbesondere für die deutsche Diskussion – auf Assoziationsformen in der Bürgergesellschaft, wie Vereine, Genossenschaften und freie Träger, aber auch

Schulen, die als gesellschaftliche, öffentlichkeitsbezogene Aktivitäten verstanden werden. In diesem Kontext haben Anheier und Salamon in der Diskussion zum Dritten Sektor den Begriff des „civil society sector“ geprägt (Salamon 1996). Wenn im Folgenden von Freien Trägern als zivilgesellschaftlichen Akteuren die Rede ist, dann bezieht sich das also zumindest auf drei Dimensionen (Evers u.a. 2002):

- Organisationen des Dritten Sektors werden maßgeblich durch Zusammenschlüsse von Betroffenen oder Bürgern/innen mit gemeinsamen Anliegen gebildet und geleitet;
- Diese Interessen und die Gemeinwohlvorstellungen – und nicht ein staatliches Verdikt oder eine gesamtgesellschaftlich bereits etablierte Konzeption des Allgemeinwohls – prägen die Ziele;
- Dementsprechend liegt eine wesentliche Besonderheit der Organisationen darin, dass sie Ressourcen in Form von freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit mobilisieren können.

Dem Anliegen in einer sich stärker differenzierenden Gesellschaft, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch integrative Maßnahmen zu stärken und Konflikte innerhalb städtischer Quartiere zu dämpfen, dienen Programme wie „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ oder „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Sie zielen explizit auf die Bündelung von Ressourcen und die Beteiligung von Betroffenen. Die Steigerung der zivilgesellschaftlichen Qualität städtischen Lebens ist das zentrale Motiv, wenn Schulklassen, Bürgervereine, Organisationen von Begegnungsstätten u.a.m. im oben genannten Sinne tätig werden.

Wie nun sieht es um die Zivil- oder Bürgergesellschaft aus? Ich möchte mit einer kurzen und provokanten Zwischenbilanz beginnen.

1. Braucht die Bürgergesellschaft soziale Ungleichheit?

Die Stiftung „Bürger für Bürger“ hat kürzlich den Versuch unternommen, ein Phänomen zu bestimmen, dass sich für einen Diskurs über Zivilgesellschaft reichlich seltsam anhört: wenige Kilometer außerhalb Berlins diskutierte eine Runde ausgewiesener Theoretiker/innen und Praktiker/innen über die Frage, wie viel so-

ziale Ungleichheit eine lebendige Bürgergesellschaft braucht oder gar forciert. Die Runde auf Schloss Diedersdorf ist – und das überrascht nicht wirklich – die Antwort schuldig geblieben. Interessant ist aber, dass der Versuch, eine Grundverständigung über das Konzept und eine nähere Beschreibung des Phänomens Bürger- oder Zivilgesellschaft vorzunehmen, zum Teil irritierende Ergebnisse hervorbrachte:

- Bürgergesellschaft – so das Fazit von Claus Offe – ist vor allem eine Vielzahl von Ideen und Praktiken von Menschen außerhalb staatlicher Institutionen. Die Akteure der Bürgergesellschaft – Menschen in Vereinen, Bürgerinitiativen und frei-gemeinnützigen Organisationen – zeichnen sich durch eine kritische Halbdistanz zu Staat und Markt aus, obgleich beide Sphären notwendige Voraussetzungen für eine lebendige Bürgergesellschaft sind. Der Staat, weil er eine diskriminierungsfreie Gleichheit vor dem Gesetz und Koalitionsfreiheit garantiert. Der Markt, weil er laut Offe ursprünglich nicht primär auf die Steigerung des Wohlstandes ausgerichtet war, sondern als Arrangement des sittlichen Kaufmanns verstanden worden ist, aus der die Tugend der Verantwortung des Einzelnen entsteht. Die Akteure der Bürgergesellschaft zeichnen sich durch ein hohes Maß an Selbstorganisation aus, um Probleme lösen zu können. Zugleich müssen sie Distanz zu beiden Sphären wahren, weil der Staat durch zentrale Intervention die Handlungsfähigkeit selbstorganisierter Bürger/innen einschränkt und weil der moderne Markt heute auf vielen Gebieten wohlfahrtsmindernd wirkt und das „Lebensgut Arbeitsvertrag“ (Offe) immer häufiger vorenthält.
- Die Art und Weise, wie Probleme gelöst werden, unterscheidet Bürgergesellschaft und Staat. Während der Staat im Regelfall einsektoral, zeitlich befristet und mit mehr oder weniger großen Summen Geldes eingzugreifen versucht, setzt die Bürgergesellschaft auf Akteure aus unterschiedlichen Sektoren mit unterschiedlichen Kompetenzen, auf ihre Vernetzung untereinander, auf die wechselseitige Vermittlung von Wissen und auf die Dauer der Kooperation.
- Wer sich engagiert, verfügt über ideelle oder materielle Ressourcen und kann sich das Engagement in vielerlei Hinsicht leisten. Solche Akteure sind aber ungleich verteilt, wie das Beispiel Ostdeutschland zeigt, wo die Basis für ehrenamtliche Arbeit fehlt. In Sachsen oder Brandenburg, so Andreas Pautzke (Geschäftsführer der Stiftung Demokratische Jugend), sind es Mitglieder und Sympathisanten der NPD, die sich bür-

gerschaftlich engagieren, etwa Suppenküchen für Bedürftige aufbauen, das Personal der Freiwilligen Feuerwehr stellen und andere klassische Ehrenämter besetzen. „Die Jugendlichen haben keine Vorbilder im Osten, mit Ausnahme der Rechtsradikalen“ sagt Pautzke.

- Bürgergesellschaft, auch das ein Ergebnis der Tagung, ist nicht gleich verteilt und dort nicht existent, wo sie besonders gebraucht wird – nämlich im Osten der Republik. Wie die unterschiedlichen Formen der Bürgergesellschaft gefördert werden können, ist bislang weitgehend unklar. Ein Weg könnte sein, Selbstbewusstsein gerade bei Jugendlichen aufzubauen, ihnen Verantwortung zu übertragen und ihre Fähigkeiten anzuerkennen.
- Unbestritten blieb auch die These des Direktors des Maecenata Instituts, Rupert Graf von Strachwitz, dass gerade zwischen Politik und öffentlicher Verwaltung einerseits und Bürgergesellschaft andererseits ein schwieriges Verhältnis besteht. Der Staat in seinem Selbstverständnis als Aufseher und Kontrolleur behandle die Akteure der Bürgergesellschaft im Regelfall mit Herablassung. Sie seien dann willkommen, wenn es um „nachsorgende Reparatur“ geht, aber Störenfriede, wo sie sich einmischen, sagt die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrrt.

Es besteht unter den Anwesenden auf dieser Zielgruppenkonferenz wohl Einigkeit darin, dass die Bemühungen aller Akteure in sozialen Brennpunkten und benachteiligten Quartieren darauf ausgerichtet sind, soziale Ungleichheiten nicht zu forcieren, sondern deren Folgen zu mindern und zivilgesellschaftliche Konzepte zu entwickeln, die Benachteiligten mehr Chancen eröffnen. Ist – vor dem Hintergrund der o.g. Ergebnisse – dies mehr als ein frommer Wunsch und gelingt Zivilgesellschaft nur da, wo schon in ausreichendem Maße Ressourcen zur Verfügung stehen und scheitert Zivilgesellschaft da, wo sie sich kritisch einmischt? Eine Frage, die insbesondere an die Non-Profit-Organisationen zu richten ist, die ja als substantielle Träger der Zivilgesellschaft Garant von beteiligungsfreundlichen Leistungsstrukturen und Anstoßgeber für soziale Ungleichheit abbauende Innovationen sein sollen und wollen.

2. Sozialstaat und Zivilgesellschaft: zur Handlungslogik öffentlicher Institutionen

Die gegenwärtige Sozialpolitik ist in allen europäischen Staaten von dem Leitgedanken bestimmt, wie sich mit Hilfe sozialstaatlicher Veränderungen mehr Wachstum in den Volks-

wirtschaften herbeiführen lässt. Mit Steuersenkungen, niedrigeren Löhnen und sinkenden Lohnnebenkosten bei gleichzeitiger Förderung der Investitionsfreudigkeit der Unternehmen sollen im internationalen Wettbewerb bessere Renditen erwirtschaftet werden, was nach angebotsorientierter Lehrmeinung auch das geeignete Mittel gegen Arbeitslosigkeit darstellt. Da sich wegen ausbleibender Wachstumserfolge aus Sicht der Politik die Haushaltslage immer prekärer darstellt, wird der vormals vorherrschende Leitgedanke der „gerechten Verteilung“ zunehmend dahingehend umdefiniert, wie der Sozialstaat zu einer „gerechte(n) Verteilung schmerzhafter Einsparungen“ (so der Landschaftsdirektor in NRW, Schäfer 2005) umorganisiert werden kann. Die „Baustelle Sozialstaat“ ist überall davon bestimmt, nicht nur eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft zu finden (d.h. die „Rechte“ und „Pflichten“ der gesellschaftlichen Akteure und Gruppen neu auszutarieren), sondern auch davon, wie sich angesichts der (auch systemimmanent verursachten) Unterfinanzierung des Systems sozialer Dienstleistungen ein neuer wettbewerbs- und effizienzorientierter Ordnungsrahmen konstruieren lässt, um durch „organisierten Wettbewerb“ die sozialen Dienste weiter zu privatisieren und die sozialrechtlich noch gegebene Leistungsverantwortung des Staates weiter zu minimieren (Dahme/Kühnlein/Wohlfahrt 2005).

Das für das deutsche Sozialstaatsmodell so fundamentale Subsidiaritätsprinzip mit seiner spezifischen Wertpluralität verliert auf diese Art und Weise allmählich seine sozialpolitische Ordnungsfunktion, die sich vor allem auch darin äußerte, dass die Fortentwicklung der sozialen Infrastruktur nicht nur als partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern vonstatten ging, sondern darüber hinaus dem Prinzip der bedarfsorientierten Planung sozialer Infrastruktur verpflichtet war. Subsidiarität, obwohl weiterhin im Sozialgesetzbuch verankert, wird dieser Bedeutung zunehmend entkleidet und in wachsendem Maße zu einer Folie für Privatisierungsprozesse und für die Deregulierung sozialer Dienste. Die – für das alte Subsidiaritätsprinzip konstitutive – Gesamtverantwortung des Staates (bestehend aus seiner Finanzierungs-, Planungs- und Letztverantwortung) wird merklich ausgedünnt. Vieles spricht zudem dafür, dass sich auch der gegenwärtig zu beobachtende Wandel der allgemeinen sozialpolitischen Rahmenbedingungen (Ablösung des Wohlfahrtsstaates durch den „nationalen Wettbewerbsstaat“) auf Umfang, Ausmaß, Qualität und Dauer sozialer Dienstleistungen

auswirken wird. Diese Entwicklungen aber haben auch deutliche Konsequenzen für die sozialen Dienste; dies impliziert Trends wie abnehmende staatliche Gewährleistung, abnehmende soziale Rechte, Qualitätsabbau, Dequalifizierung des Personals, Taylorisierung sozialer Arbeit mit großer Lohnspreizung, subsidiäre Mobilisierung der Zivilbevölkerung („do it yourself Gesellschaft“) usw.

Wo und in welcher Intensität politischer Gegendruck zu solchen Trends entwickelt werden kann, ist derzeit schwer voraus zu sagen. Auch ist die Wirksamkeit von politischem Druck wenig kalkulierbar, weil sich die angedeuteten Entwicklungen allenfalls im Rahmen internationaler Vereinbarungen (z.B. „gegen Sozialdumping“) beeinflussen lassen. Gerade die amorphe Struktur der sozialen Dienste könnte hier eine „schleichende“ Situationsverschlechterung erzeugen, ohne in gleicher Weise öffentlich bemerkbar zu werden wie zum Beispiel Veränderungen in der Arbeitsmarkt- oder in der Rentenpolitik, wo ein weiterer Leistungsabbau vorprogrammiert scheint.

Die Folgen der sozialstaatlichen Entwicklung wirken sichtbar in die Gesellschaft hinein. Die im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Rot-Grünen Bundesregierung genannte Quote von 13,5 % einkommensarmer Personen in 2003 kennzeichnet nicht nur aus statistisch methodischen Gründen den untersten Rand der Armut bei privaten Haushalten. Sie bezeichnet lediglich eine Armut, die im Wesentlichen wegen der Entstehung von Einkommen durch fehlende Erwerbstätigkeit oder geringe Erwerbseinkommen erzeugt wird. Hinzu gezählt werden müssten bis zu 8,2 % an Privatpersonen, die wegen hoher Kreditlasten überschuldet sind. Zum Jahresende 2004 lebten 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland unter Bedingungen (strenger) materieller Armut; in Folge der Hartz-Gesetzgebung stieg in den alten Bundesländern die Armutsquote der Kinder bis 15 Jahre von 7,3 % auf 11,5 %; in den neuen Bundesländern hat sich die Zahl mehr als verdoppelt (von 12,2 % auf 25,5 %); die Gruppe der unter 3-jährigen ist mit einer Sozialhilfequote von 11,3 % fast dreieinhalb Mal so stark mit Armut belastet wie die übrige Bevölkerung. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen rasch zu: Das sog. Normalarbeitsverhältnis (unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit durchschnittlichem Einkommen) ist längst nicht mehr der Normalfall. Anfang der 70er Jahre kamen auf einen Nicht-Normbeschäftigten noch fünf Arbeitnehmer/innen in Normalarbeitsverhältnissen. Mitte der 90er Jahre ist dieses Verhältnis nur noch eins zu zwei und in 15 Jahren müsste man bei Fortschreibung dieser Entwicklung von einem Verhältnis von eins

zu eins ausgehen. Im letzten Jahr sind knapp 500.000 voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgebaut worden. Die Zahl der geringfügigen Jobs stieg um etwa 600.000. Dem Ausbau von Minijobs steht ein massiver Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gegenüber.

Nach den Berichten der Bundesagentur für Arbeit befanden sich im Juli 2005 3,78 Millionen Bedarfsgemeinschaften mit 6,86 Millionen Menschen in der Grundsicherung. Ausländische Mitbürger/innen erhielten doppelt so häufig wie Deutsche das ALG II (16,6 % zu 8,3 %).

Konservative Sozialstaatstheoretiker wie der Historiker Paul Nolte sprechen inzwischen wieder von dem Wiederaufkommen einer Klassengesellschaft und entdecken eine sich ausbreitende „Unterklasse“, die sich sozialstaatlichen Integrationsangeboten ziemlich grundsätzlich verweigert.

Dass sich die Spaltung am Arbeitsmarkt nicht nur beim Einkommen und Vermögen bzw. bei der Reichtums- und Armutsentwicklung, sondern insbesondere in einer räumlichen Konzentration in den großen Städten fortsetzt, ist bekannt und wurde in mehreren Studien nachgewiesen (zusammenfassend Krummacker u.a. 2003). In den städtischen benachteiligten Quartieren konzentrieren sich die armen, immobilen und die ethnischen Minderheiten der städtischen Teilgesellschaften. Über gesamtstädtische Arbeits- und Wohnungsmarktsplattungen sowie über selektive Fort- und Zuzüge werden sie – zynisch ausgedrückt – dort „abgelagert“. Die Wohn- und Infrastrukturbedingungen der Quartiere sind durch städtebauliche, ökologische, ökonomische und infrastrukturelle Defizite gekennzeichnet. In Folge der insgesamt schlechten Lebenslagen und heterogener Bewohnergruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen häufen sich Konkurrenzen und Nutzungskonflikte in Gebäuden, im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Zusätzlich zur primären sozialen Benachteiligung nach individuellem Einkommen, Status und sonstigen Ressourcenzugängen ist die Sozialraumsplattung in den sog. „sozialen Brennpunkten“ eine Quelle von zusätzlicher kollektiver Benachteiligung.

3. Kommunale Sozialpolitik und Zivilgesellschaft

Blickt man auf die kommunale Ebene, dann zeigen sich erste Reaktionen auf diese Entwicklung: hier ist programmatisch von der Notwendigkeit der Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements die Rede, Sozialraum-

konzepte haben Konjunktur und die sozialräumliche Reorganisation Sozialer Arbeit ist ein Thema, dass über die Jugendhilfe hinaus inzwischen den Gesamtbereich der sozialen Infrastrukturentwicklung umfasst. Zivilgesellschaftliche Themen wie das Zusammenwirken von Individuen und Gemeinschaften, von Fachkräften und Freiwilligen, die Teilhabe von Hilfebedürftigen und die Bewahrung der spezifischen Eigenheiten freier Träger sind auf kommunaler Ebene (noch) nicht von der Tagesordnung verschwunden und der Augsburger Sozialdezernent spricht gar von einer „Gleichberechtigung der Akteure, die sich vom reinen Subsidiaritätsverständnis löst“ (Hummel 2006, S. 43). Doch er konstatiert wenige Zeilen später: „Über Kopfpauschalen, Pflegesätze, falsch verstandene `Case Management-Diskussionen´ wird der Einzelfall zur Mess- und Handelsgröße. Alle Leistungen darum herum (Infrastruktur, Gemeinwesenarbeit) gelten als verzichtbare Freiwilligenleistung. Die oben beschriebene Kultur wird abstrakt und bleibt eine theoretische Forderung“ (Hummel 2006, S. 43). Sozialraumorientierung sei wichtiger Bestandteil einer sozialen Kommunalpolitik, heißt es immer wieder (Hummel 2004); bei näherem Hinsehen erweist sie sich aber oftmals eher als Bestandteil einer sich auf Kostenmanagement reduzierenden Sozialpolitik. Wenn sich sozialpolitisches Handeln insgesamt aufs Kappen, Umleiten und Manipulieren von Geldströmen bzw. Sozialtransfers reduziert, Effizienz letztlich wichtiger als Effektivität wird, dann darf es nicht verwundern, dass sich auch soziale Kommunalpolitik – trotz anderer Intentionen – zu einer kostenzentrierten kommunalen Sozialpolitik entwickelt mit entsprechend „technizistischer Blickverengung“ (Beresford/Croft 2004, S. 18). Positiv ausgedrückt geht es um das intelligente Jonglieren mit der knapper werdenden Ressource Geld, und damit um „technizistische Optimierung“ (Nolte 2004, S. 164). Die eigentlichen sozialen Probleme aber, die Sozialraumorientierung eigentlich notwendig machen, verlieren in einer so fokussierten Debatte an Bedeutung oder geraten völlig aus dem Blick; dominant sind dann nur Fragen des Managens von Institutionen, institutionellen Kooperationen und Leistungserbringungsprozessen. Das lässt sich auch gut an den aktuellen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen ablesen: Nicht die fehlenden Arbeitsplätze sind das Problem, sondern die institutionelle Verwaltung und Bearbeitung der Arbeitslosigkeit. Auch die neue Sozialraumorientierung leidet an einer solchen „technizistischen Blickverengung“, wenn sie bloß durch die Brille der Verwaltungsmodernisierung betrieben wird.

Blickt man nun auf Handlungsprogramme

wie das E&C-Programm oder das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die soziale Stadt“, dann stellt man fest, dass diese versuchen, die oben genannte Blickverengung zu überwinden und zivilgesellschaftliches Engagement von Schulen, Kindertagesstätten, gemeinnützigen Trägern, Vereinen und Initiativen als quasi „natürliche“ Ressource einer aus der Gesellschaft gewachsenen Unterstützungsarbeit ins Spiel zu bringen.

Bemerkenswert ist, dass den Programmen die Erkenntnis zugrunde liegt, dass die komplexen sozialräumlichen Problemlagen der benachteiligten Stadtteile mit den herkömmlichen sektoral getrennten Herangehensweisen (Bauen – Wohnen – Ökonomie – Soziales) nicht angemessen bearbeitet werden können. Um bessere Wirkungen zu erzielen, bedarf es sozialintegrativer Handlungskonzepte zur Verknüpfung städtebaulicher, sozialer, beschäftigungsorientierter, kultureller und ökologischer Maßnahmen, wenn der zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung entgegen gesteuert werden soll. Bemerkenswert sind auch die Qualitätsstandards, das heißt, die Anforderungen nach integrierten gebietsbezogenen Handlungskonzepten, nach Bürgerbeteiligungen und Vernetzungen der lokalen Akteure, nach sektorenübergreifenden Steuerungs-/Koordinierungsformen in Form von Stadtteilbüros und Quartiersmanagement sowie nach Wirkungskontrollen der eingeleiteten Maßnahmen.

Sieht man einmal von den inzwischen veröffentlichten Bilanzierungen der Programme zur Sozialen Stadt oder zu Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf ab, dann zeigt sich, dass bei einer Reihe von Akteuren, die wir hier als „freie Träger“ bezeichnen, Entwicklungen hin zu einer zivilgesellschaftlichen Öffnung festgestellt werden können:

- Der Bereich Schule war in Deutschland immer relativ deutlich von obrigkeitstaatlichem Denken geprägt, eine Tradition die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Deshalb ist es hier traditionell besonders schwierig, Öffnungen und Erweiterungen des Aktivitätenspektrums in den gesellschaftlichen Raum hinein vorzunehmen. Hinzu kommt, wie die Studie von Evers u.a. feststellt, dass in sozialen Brennpunkten das Engagement der Eltern, in allen Fallbeispielen die untersucht wurden, geringer war, sowohl was zeitliches Engagement als auch Geldspenden angeht (Evers u.a. 2002). Gleichwohl gibt es inzwischen eine Vielzahl von Beispielen, in der soziales Kapital im Schulumfeld mobilisiert werden konnte. Schulen in sozialen Brennpunkten bauen vor allem

Kontakt mit anderen Ämtern und Diensten (Sozialamt, Jugendamt, Caritas etc.) auf.

- Kooperationen von Schule und Jugendhilfe gehören bekanntlich zu schwierigen Themen der Organisationsentwicklung. Für die Organisation und Durchführung der Angebote der Offenen Ganztagschule kooperieren – so das Ergebnis der Studie von Esch u.a. 2005 – die Schulen fast in allen Kommunen mit freien Trägern der Jugendhilfe (Esch u.a. 2005). Viele Kommunen befürchten, dass die Vereine auf Dauer mit der Organisation und Verwaltung des Angebots überfordert sind. Die Angebote werden je nach Schule in städtischer oder freier Trägerschaft durchgeführt.
- Es gibt inzwischen eine Reihe von Beispielen wie Tageseinrichtungen für Kinder neue sozialraumorientierte Konzepte entwickelt haben. In Tageseinrichtungen für Kinder gibt es Mutter-Kind-Gruppen, Spielgruppen, Geburtsvorbereitung, pädagogische Seminare, Zusammenarbeit mit Tagespflege, Kooperation mit Sozialen Diensten und Beratungsstellen, Babysitterbörse u.v.a.m. Alles dies sind bereits vorhandene Beispiele, „die für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien präventives und flexibles Gestalten ermöglichen, damit adäquate und passgenaue Hilfen entwickelt und angeboten werden können“. Eine solche veränderte Angebotsstruktur für junge Familien gelingt aber nur, wenn sich alle Verantwortlichen der Jugendhilfe, öffentliche und freie Träger, zusammenfinden, und – ohne die „Schere im Kopf“, ohne „Oberbedenkenträger“ und ohne „versäulte Determinierungen“ – als zivilgesellschaftliche Akteure verstehen und Handlungskonzepte entwickeln.
- Das Quartiersmanagement hat sich inzwischen als eine neue stadtteilbezogene Aufgabe etabliert. Das Quartiersmanagement soll Instrumente entwickeln, die Impulse setzen, Akteure vor Ort vernetzen und Erfolgskontrolle anbieten. Diese Instrumente sind im Kern darauf programmiert, Koordinationsaufgaben zu erfüllen. Regelmäßig wird dem Quartiersmanagement die Funktion einer intermediären Instanz zugeschrieben: Es soll eine intermediäre „Brücken- oder Mittlerinstanz“ sein, die zwischen den Bewohnergruppen, dem politisch-administrativen System, dem privaten Wirtschaftssektor und anderen lokalen Akteuren vermitteln, „stille“ Ressourcen anregen und Potenziale aktivieren. In nahezu allen Programmgebieten existieren mittlerweile Stadtteilbüros, die als zivilgesellschaftliche Instanzen fungieren:

Sie organisieren runde Tische, Stadtteilkonferenzen, führen konkrete projektbezogene Bürgerbeteiligungen durch und aktivieren Bevölkerungsgruppen.

- Die großen gemeinnützigen Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände sind gegenwärtig zwar vorrangig mit der Neuordnung ihrer Unternehmen befasst, entdecken aber doch, dass sie sich neuen mitgliedschaftlichen Strukturen öffnen und ihre zivilgesellschaftliche Ausrichtung sichtbar in den Organisationsstrukturen verankern müssen. Dabei kann es nicht nur darum gehen, wie Menschen gewonnen werden, die die sozialen Dienste des Verbandes unterstützen, sondern wie alle Verbandsfunktionen darauf ausgerichtet werden können, Prozesse der Selbstorganisation zu unterstützen und ein Angebot an entsprechenden Organisationsmöglichkeiten zu entwickeln.
- Dem Engagement in Vereinen und anderen Organisationen wird eine große Integrationsfähigkeit zugeschrieben. Dies ist vor allem für Bevölkerungsgruppen außerhalb der Mehrheitsgesellschaft interessant. Das Zentrum für Türkeistudien hat im Jahr 2004 ermittelt, dass sich rund zwei Drittel der türkischstämmigen Migrantinnen/innen engagieren. 10 % von ihnen übernehmen feste Aufgaben, 40 % beteiligen sich in von türkischen Teilnehmern dominierten Gruppen, 35 % in sowohl deutschen als auch türkischen Organisationen und 16 % in nur deutschen Organisationen.

Die Beispiele verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliches Engagement mehr ist als die Öffnung der Institution: Es setzt auf mehr Partizipation und will durch die Einbeziehung des Bürgers kommunale Leistungen verbessern, es will anwaltschaftlich agieren und es will – wenn nötig – auch skandalisieren. So sind im Jahr 2004 mit den Demonstrationen gegen Hartz IV soziale Themen protest- und bewegungsfähig geworden, die wohlfahrtsstaatlich traditionell der Aushandlung und Abstimmung zwischen den Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden überlassen blieben. Soziale Fragen sind zu einem Forum zivilgesellschaftlicher Aktionen geworden.

Und noch ein anderer Aspekt scheint mir wichtig: Zivilgesellschaft steht – und dieser Aspekt wird m.E. im deutschen Diskurs vernachlässigt – angesichts wachsender Gefahren sozialen Ausschlusses, scheiternder Jugendlicher in der Schule und im Bildungssystem und des nicht mehr selbstverständlichen Übergangs von der Schule in Arbeit für eine Vielzahl von Jugendlichen auch für ein ordnungspolitisches

Konzept starker Gemeinschaften, die (wieder) Kontroll- und Schutzfunktionen ausüben sollen. Hierbei spielen die freien Träger eine wichtige Rolle: Die Unterstützungen für Eltern und Kinder in deprivierten Stadtteilen – Familienberatung, Arbeitsvermittlung, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung und Sozialleistungen – sind grundsätzlich an Gegenleistungen des Nachfragenden gebunden. Die Zivilgesellschaft wird zu einem unverzichtbaren Instrument des Versuchs, zivile Formen des Umgangs miteinander angesichts zunehmend gefährdeter Gemeinschaften aufrechtzuerhalten und soziale Störungen zu sanktionieren. In England, wo diese Entwicklung schon weiter fortgeschritten ist, verdeutlicht die „Respect-Agenda“ Tony Blairs diesen ordnungspolitischen Inhalt des zivilgesellschaftlichen Konzepts: „Stable families and strong, cohesive communities are important for children, young people and adults. They are the essential foundation within which individual potential is realised, quality of life maximised and our social and economic well-being secured“ (Respect Action Plan 2006, S. 1). Zivilgesellschaftliche Akteure sind nicht nur in Birmingham aufgerufen, die lokale Anti-Hoodies-Gesetzgebung, also das Verbot des Tragens von Kapuzenjacken, durchzusetzen. Auch in Deutschland sind lokale Präventionskonzepte, die auf ressortübergreifende Vernetzung und die Bündelung vorhandener Ressourcen im Quartier setzen, in der Praxis meistens mit Kriminalpräventionsräten, Sicherheitspartnerschaften und Runden Tischen verbunden, die in den letzten Jahren in allen Bundesländern flächendeckend gegründet wurden. Allein in Niedersachsen gibt es 120 kriminalpräventive Gremien, deren Aktivitäten durch den „Sicherheitspartnerschafts-Erlass“ des Innenministeriums gesetzlich unterstützt werden (Stövesand 2004). Die Entgrenzung von Sozial- und Ordnungspolitik ist – auch das muss an dieser Stelle gesagt werden – konstitutiver Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Öffnung freier Träger.

4. Fazit: Quo Vadis Zivilgesellschaft?

Unzweifelhaft ist das Konzept der Zivilgesellschaft mit einer Gesellschaftsutopie verbunden (Maaser 2006). Die Hoffnung, Wohlfahrt im Medium der Gesellschaft zukünftig insgesamt effizienter, bürger- und gemeinschaftsorientierter herzustellen, eine Beteiligungskultur zu entwickeln, die dem traditionellen Sozialstaat fremd war, prägt die uns bekannten Vorstellungen von Zivilgesellschaft.

Die sozialpolitischen Erwartungen an zivilgesellschaftliches Handeln beziehen sich nicht nur auf die Funktion der Stärkung der Demo-

kratie als Partizipationsgemeinschaft, sondern auch darauf, dass durch Bürgerengagement Lücken geschlossen werden sollen, die aus einer Deregulierungs- und Privatisierungspolitik resultieren. Wie neuere empirische Untersuchungen zeigen (Aner 2006) besteht aber nach wie vor eine erhebliche Diskrepanz zwischen den politischen Erwartungen an zivilgesellschaftliches Engagement der Bürger/innen und dem tatsächlichen Potenzial engagierten Handelns für die Herstellung des Sozialen. Kerstin Aner kommt in ihrer Studie zu dem Resümee: „Angesichts existenzieller Bedrohungen durch die Sanierungsversuche kommunaler Haushalte scheinen zudem wachsende Ängste der Professionellen, Modellprogramme zur Engagementförderung könnten darauf zielen, bislang bezahlte Arbeit an Freiwillige zu übergeben, nicht unbegründet, wird doch derzeit ungeachtet internationaler Erfahrungen, nach denen sich in jenen Ländern die meisten Menschen sozial engagieren, in denen die beste professionelle Infrastruktur dafür vorhanden ist (Gaskin u.a. 1996), die Entwicklung von Freiwilligendiensten vorangetrieben, ohne dies durch eine Stärkung Sozialer Arbeit zu flankieren“ (Aner 2006, S. 65-66).

Das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft resümiert, dass das von der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingeforderte Leitbild des ermöglichenden Staates weder in der Gesetzgebung noch gar in der täglichen Zusammenarbeit umgesetzt wurde. Von den zahlreichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission an den Bundestag ist nach drei Jahren kaum eine umgesetzt. Kommt es – so das Institut – zu politischen Konflikten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wird im politischen Raum der Ruf nach Entzug der Gemeinnützigkeit laut, wenn an ein Verbot nicht zu denken ist (Maecenata-Institut 2005).

Blickt man auf die Geschichte des zivilgesellschaftlichen Projekts in der BRD, dann ist dies von Beginn an normativ sehr hoch aufgeladen: Es geht – um nicht mehr und nicht weniger als – um einen Umbau des Gesamtsystems sozialer Infrastruktur hin zu einer neuen Beteiligungskultur im Kernbereich gesellschaftlicher Institutionen, wie Wohnen, Gesundheit, Jugendhilfe, Stadtentwicklung, Bildung und Umweltschutz. Es geht darum, die Dualität von professionellen Dienstleistungsorganisationen und privatwirtschaftlichen Lösungsmustern und freiwilligem Engagement in den Randbereichen und Nischen von Diensten und Einrichtungen aufzulösen. Die zahlreichen Empfehlungen der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ zu den Bereichen Steuerrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, Vereinsrecht, Zuwen-

dungsrecht, Arbeitsrecht etc. haben auf die Bedeutung staatlicher Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement hingewiesen. Gegenwärtig wird angesichts der hohen Staatsabhängigkeit der Finanzierung der Organisationen des Dritten Sektors im internationalen Vergleich darüber diskutiert, wie durch eine organisationspolitisch ansetzende Reformpolitik die Entwicklung eines eigenen Sektorenbewusstseins der Akteure und der Ausbau von Kooperationen, Allianzen und Netzwerken für ihr stärker abgestimmtes Vorgehen vorangetrieben werden kann. Man erhofft sich davon, dass insbesondere die Funktion der Koproduktion sozialer Leistungen in einem „Welfare-Mix“ gestärkt werden kann. Neben dieser „Ermöglichungsstrategie“ wird in Deutschland aber auch stärker über eine Strategie der „Erziehung“ zum/zur zivilgesellschaftlich kompetenten Bürger/in nachgedacht und in Ansätzen bereits umgesetzt. Dabei beziehen sich die Überlegungen zur „Erziehung“ offensichtlich vor allem auf die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Schüler sollen zu freiwilligem Engagement „angehalten“ werden (so die Enquete-Kommission) und freiwillige Tätigkeiten sollen helfen, Kontakte für den Berufseinstieg zu finden. Insbesondere für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die die sozioökonomischen Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Handeln vermissen lassen, wird die Strategie der Erziehung verknüpft mit Maßnahmen des Forderns, für erfolgversprechender gehalten, als die der Ermöglichung. Erzogen bzw. gefordert werden in erster Linie diejenigen, denen zuvor mit der realen Möglichkeit der Teilhabe am Erwerbsleben ein wesentlicher Bestandteil ihres zivilgesellschaftlichen Status genommen wurde.

Die freien Träger im E&C-Programm sind damit konfrontiert, tagtäglich diesen Spagat zwischen Ausschließung und zivilgesellschaftlicher Inklusion vollbringen zu müssen.

Freie Träger, die es mit dem zivilgesellschaftlichen Projekt unter Nachhaltigkeitsbedingungen ernst meinen, müssen deshalb auf der notwendigen Parallelität von mehr Partizipation und einer besseren materiellen Ausstattung der Betroffenen, also der Ergänzung einer Anerkennungskultur durch sozialpolitische Maßnahmen, insistieren. Die im E&C-Programm tätigen Akteure sind deshalb eben nicht die „Ausputzer“ des sich zurückziehenden Sozialstaats, sondern die Wächter und Anwälte eines zivilgesellschaftlichen Integrationsanspruchs, der niemanden aufgibt.

Noch immer liegen Welten zwischen Zukunftsvision und Alltagsrealität, zwischen konzeptionellen Entwürfen und ihrer Realisierung,

zwischen der reformpolitischen Agenda und den Handlungsbedingungen der Initiativen und Organisationen vor Ort.

Die hier in Leipzig zusammen gekommenen Akteure repräsentieren das zivilgesellschaftliche Engagement freier Träger, insbesondere in den sozialen Brennpunkten. Ihnen sind die o.g. Widersprüchlichkeiten in der täglichen Arbeit mehr als präsent. Es besteht aber die – aus meiner Sicht begründete – Hoffnung, dass aus der Erfahrung von gemeinwesenbezogenen Projekten heraus allgemeine Erkenntnisse über die Zukunftsfähigkeit von Handlungskonzepten gewonnen werden können, die einer einseitigen „manageriellen“ und kostenzentrierten Vorgehensweise entgegenstehen. Für diese zivilgesellschaftliche Dimension sozialer Arbeit ist der Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander zwingend. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Schärfung *und* Aufrechterhaltung eines umfassenden Inklusionsanspruchs.

Autor:

Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt
Evangelische Fachhochschule Bochum
Immanuel-Kant-Straße 18-20
44803 Bochum
Email: wohlfahrt@efh-bochum.de

Literatur:

Adloff, F. (2005): Zivilgesellschaft, Theorie und politische Praxis. Frankfurt a. M.
Aner, K. (2006): Wunsch und Wirklichkeit – Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen sozialpolitischen Erwartungen und individuellem Handeln. In: Neue Praxis (2006), Heft 1, S. 53-67
Beresford, P./Croft, S. (2004): Die Demokratisierung Sozialer Arbeit. Vom Klienten als Objekt zum Nutzer als Produzent. In: Widersprüche. (Scheiternde Erfolge oder: die bitteren Früchte politischer Emanzipationsprojekte) (2004), Heft 91, S. 17-43
Boeßenecker, K.-H. (2001): Bürgergesellschaft und Zukunft des Sozialstaats. Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements. In: Fachtagung des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW. Düsseldorf
Dahme, H.-J./Kühnlein, G./Wohlfahrt, N. (2005): Zwischen Wettbewerb und Subsidiarität. Wohlfahrtsverbände unterwegs in die Sozialwirtschaft. Berlin
Ebermann, T. (2005): Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven. Berlin

Eick, V./Grell, B./Mayer, M./Sambale, J. (2004): Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik. Münster
Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements“ (2002): Bürgergesellschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht. Opladen
Esch, K./Klaudy, E.-K./Stöbe-Blossey, S. (2005): Bedarfsorientierte Kinderbetreuung, Gestaltungsfelder für die Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden
Evers, A. (2000): Auf der Suche nach einem neuen Vertrag – die Rolle von Wohlfahrtsorganisationen im Umbau der Wohlfahrtspflege in Europa. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Wertigkeit und Wandel von Wohlfahrtsverbänden in einem zusammenwachsenden Europa – ihr Beitrag zum Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft. Brüssel
Evers, A./Riedel, B. (2004): Engagementförderung mit eigenem Profil. Der Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband. Deutscher Caritasverband (Hg.). Freiburg i.B.
Evers, A./Rauch, U./Stitz, U. (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Berlin
Gaskin, K. u.a. (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. In: Robert-Bosch-Stiftung (Hg.). Freiburg
Hummel, K. (2006): Kommunale Sozialpolitik – was ist machbar? In: Nachrichten Dienst des Deutschen Vereins (2006), Heft 1, S. 43-45
Hummel, K. (2004): Eine Ära geht zu Ende. Soziale Kommunalpolitik statt kommunaler Sozialpolitik. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (2004), Heft 1, S. 3-6
Kessl, F./Otto, H.-U. (2003): Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit. In: Dahme, H.-J./Otto, H.-U./Trube, A./Wohlfahrt, N. (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen, S. 57-73
Krummacker, M./Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N. (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Opladen/Wiesbaden
Maaser, W. (2006): Aktivierungsdiskurs der Verantwortung. In: Neue Praxis (2006), Heft 1, S. 37-52
Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft (2005): Informationen zur Zivilgesellschaft. (www.maecenata.de)
Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. München

- Respect Action Plan (2006): Home Office, London. In: www.respect.gov.uk
- Ries, Heinz A./Elsen, S./Steinmetz, B./Homfeldt, H.-G. (Hg.) (1997): Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung. Neuwied
- Salamon, L. (1996): Third party government. Ein Beitrag zu einer Theorie der Beziehungen zwischen Staat und Non-profit-Sektor im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Evers, A./Olk, T. (Hg.): Wohlfahrtspluralismus. Opladen
- Schäfer, W. (2005): Hintergründe für die Entscheidung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Ausschreibungsverfahren durchzuführen. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (2005), Heft 3, S. 48-53
- Schütter, S. (2006): „Control the future“. Kinder und Kindheit im New Labours Gesellschaftsentwurf. Manuskript. Magdeburg
- Stövesand, S. (2004): Flashback. Manuskript. Hamburg

Vorbeischaun oder Rausgehen – Familienförderung und Elternbildung vor dem anstehenden und (un-)gewollten Perspektivenwechsel: Ergebnisse der Begleitforschung des Bremer Modellversuches

„Verwerfen wir das Defizitmodell zugunsten einer wissenschaftlichen, praktischen und politischen Orientierung, die sich zum Transformationsexperiment bekennt. Solche Transformationsbestrebungen ... dienen den Zwecken der Wissenschaft nach Dearborne's Diktum: ‚Wenn sie etwas verstehen wollen, versuchen sie, es zu ändern.‘“ (Bronfenbrenner 1981, S. 268)

Wollen wir also nach Bronfenbrenner die Tätigkeiten und Institutionen der sozialen Arbeit besser verstehen lernen, müssen wir ihre Strukturen und Operationen verändern. So gesehen ist die empirische Basis der professionellen sozialen Arbeit die Entwicklung ihrer Tätigkeiten und Organisationen. Dabei sollten wir weniger den großen begrifflichen Fahnen (Vernetzung, Systemik, Koproduktion etc.) folgen als den ausgetretenen Trampelpfaden der konkreten Kooperation in der alltäglichen Arbeit und Kommunikation. Dabei treten alsbald die Haupt-Engpässe der professionellen Weiterentwicklung zu Tage: Zielgruppen- und Organisationskompetenz – beides auf allen Strukturebenen der sozialen Arbeit.

Die Frage, wie sich freie Träger, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen bei der Entwicklung sozialräumlicher integrierter Angebote im Stadtteil einbringen können, stellt sich nach den Erfahrungen des Bremer Modellprojektes „Strukturkonzept Familienbildung“ ebenso dringend wie eine probate Antwort unter den Bedingungen der gegebenen sozialpolitischen Programm-Kompetenzen beinahe unerreichbar erscheint. Die Bedeutung des präventiven, d.h. des frühzeitigen, zielgruppengerechten und persönlich passenden Hilfe- und Bildungsangebotes trifft die Kernproblematik gleich doppelt. Auch für die Restrukturierung der sozial-programmatischen Angebotsbedingungen bei Ämtern wie bei Trägern käme es auf einen ebenso ehrlichen wie beherzten Neuanfang an. Das Bremer Modellprojekt war ein Schritt in diese Richtung.

Wie sich in Bremen zeigte, ist die Kooperationsbereitschaft der freien Träger wie die von Kindertageseinrichtungen und Schulen für ein Zusammenspiel der lokalen Akteure groß, die institutionelle Kooperationskompetenz dagegen eher gering. Der erste Schritt auf dem Weg

zur Entwicklung ebenso alltagsrobuster wie zukunftsfähiger Konzepte sozialer Koproduktion bestünde also im strukturellen Ausbau der intra- wie interinstitutionellen Kooperation. Dies erforderte organisatorisch einen Wechsel von der Meistersteuerung zur kundenorientierten Prozessorganisation. Dies aber verbietet die Organisation der staatlichen Geldgeber und Ämter. Evaluation ist Kooperation mit Wissensexperten und zielt erst einmal auf den Evaluanden-Nutzen: Allerdings wissen die Träger wie die anderen Beteiligten nur in Ansätzen, dieses Angebot für die Entwicklung der eigenen Arbeit zu nutzen.

Wer hat das Recht, ein solches Vorhaben zu kritisieren?

Wir, die wissenschaftliche Begleitung, waren Zeugen eines großartigen und ziemlich einmaligen Familienbildungsprojektes in Bremen. Was dieses Projekt auszeichnete war sein kühner Restrukturierungsentwurf, gepaart mit einer großen Zahl engagierter und veränderungsoffener Umsetzer/innen, angenommen von einer aufgeschlossenen Öffentlichkeit – von den Familien bis hin zur Wirtschaft – und begleitet von einer sozial- und organisationswissenschaftlich erfahrenen Begleitforschung. Gut zwei Jahre intensiven Lernens liegen hinter uns. Die Wirkungen des Projektes bilden heute eine der Grundlagen des Folgeprojektes „Bündnis für Familie in Bremen“. Die Befunde sind veröffentlicht, im Internet wie als Buch (Carle/Metzen 2005b). Deren Akzeptanz ist bei den Projektbeteiligten geteilt. Das ist verständlich, gibt es doch mindestens vier Perspektiven auf das bremische Familienbildungsprojekt, seine Bedingungen, seinen Verlauf und seine Wirkungen:

- die des kühnen Projektentwurfs als Plan einer Antwort auf ein großes Problem,
- die der praktischen Projektorganisation und Projektdurchführung als Umsetzung des Entwurfs mit gegebenen Mitteln und unter vorgegebenen Realisierungsbedingungen,
- die der notwendig streng kritischen Begleitforschung als Indikator für die Wirksamkeit der Projektdurchführung,
- die der qua Mittelzuweisung nicht bedachten Trägerprojekte – also das, was mit diesem Geld und Engagement statt dessen

hätte getan werden können. Uns sind die vier reforminternen Perspektiven vertraut und wir haben sie auch in unserem ausführlichen Abschlussbericht (Carle/Metzen 2005b) zu würdigen versucht. In der gebotenen Kürze dieses Beitrages geben wir allerdings vorrangig die lernbegierige (sachlich kritische) Sicht der Begleitforschung wieder, gehorchen dabei also der Popper'schen Maxime von der Strenge wissenschaftlichen Arbeitens. Deshalb sollten Sie als Leser/innen versuchen, bei der Bewertung des Vorhabens zwischen der Bewunderung für die Entwurfskühnheit und dem Engagement einerseits sowie der Strenge der Kritik andererseits zu unterscheiden.

Was wir aus der Kampagne gelernt haben

Man mag es beklagen – eigentlich tun dies fast alle – aber man kann es auch begrüßen: Die „Jugendhilfe“, Familienförderung und Elternbildung in Deutschland darf so nicht weiter arbeiten. In den meisten Städten und Landkreisen wird deshalb bereits seit Jahren an der Verbesserung der Strukturen und Ressourcen der „Familienbildung“ gearbeitet. Die Pessimisten sehen darin vor allem Zeichen sozialer Kälte, die Reformoptimisten die Möglichkeit zur Entwicklung zeitgemäßer Leistungsprozesse. Die Erfolge der vielfältigen Bemühungen lassen allerdings auf sich warten und geben insofern eher den Pessimisten Recht. Dies bestätigte der 12. Kinder- und Jugendbericht ebenso wie die aktuelle Neuauflage des Berichtes „Familienbildung als Angebot der Jugendhilfe“.

Dieser Artikel beschreibt die Arbeit von Optimisten. Sie bemühten sich um die Propagierung eines positiven und offenen Familienbildes in der Öffentlichkeit, um die Vernetzung der Familienbildung und um ihre nachfragegerechte Weiterentwicklung mit dem Ziel der Stärkung der elterlichen Kompetenz. Was wurde erreicht und was davon ist auch auf andere Kommunen übertragbar?

Bislang gab es in Deutschland kein ehrgeizigeres Restrukturierungsprojekt im Bereich Familienbildung als das Bremer Modellprojekt „Strukturkonzept Familienbildung“. Dieser Mut ist sicher übertragbar, finden sich doch in vielen Kommunen weitsichtige und ehrgeizige Familienbildungs-Professionelle, die zur Auffassung gelangt sind, dass die Familienbildung in ihrer Kommune – wie in Deutschland – in ihren überkommenen organisatorischen und personellen Strukturen und in der Allokation ihrer personellen, finanziellen und baulich-räumlichen Ressourcen den an sie gerichteten Erwartungen und Aufgabenstellungen nicht gerecht wird. Auch die strukturelle Zielstellung des Modellprojektes, „Familienbildung zu vernetzen,

nachfragegerecht zu entwickeln und mit dem Ziel der Stärkung der elterlichen Kompetenz für einen weiteren Kreis von Familien zugänglich zu machen“, kann von allen kommunalen Sozialdiensten und Familienbildungsträgern übernommen werden und bildet sowieso den Kern der meisten kommunalen Familienbildungsprojekte in Deutschland. Übertragbar ist zudem die organisatorische Projektidee einer „Kontakt- und Koordinierungsstelle für Familienbildung“ zur informatorischen Grundlegung der kommunalen Angebotsentwicklung. Die besonders geglückte Bremer Version des „Bremer Elternnetzes – Fit für Familie“ dient mittlerweile als bundesweites Muster.

Der gesamte Verlauf des Modellprojektes bis hin zum öffentlichen Paukenschlag, der Medienkampagne „Fit für Familie“ zur Propagierung des Familienbildungsgedankens mit den Elementen Strichmännchenfamilien-Logo, knallbuntes Elternmobil, persönliche Ansprache durch vertraute und z.T. fremdsprachliche Multiplikatoren/innen, Couponheft im „Pixibuch“-Format, Luftballons, Riesenplakate, Hörfunkspots, Fernseh- und Kinotrailer sowie der ortsteilbezogenen Angebotsaufbereitung kann als vorbildlich und ohne weiteres umsetzbar angesehen werden. Auch die in Bremen erreichte Kombination von teilprojekteigener Qualitätsentwicklung und externer, aber involvierter Begleitforschung nebst fachlich-wissenschaftlicher Expertisebildung verdient nicht nur die wirkungssichernde Nachahmung, sondern muss geradezu als *conditio sine qua non* erfolgsorientierter Familienbildungsreorganisation angesehen werden. Übertragbar, weil auch überall vorhanden, ist die kompetenzorientierte Bildungsbereitschaft und Erreichbarkeit des überwiegenden Anteils der Eltern. Das Modellprojekt hat alle Teilprojekte mit Erfolg abgeschlossen, der Einstieg in die Restrukturierung ist also insgesamt gut vorbereitet.

Was wird aus dem Erreichten?

Besitzt die Bremische Familienbildungskampagne Modellcharakter und verdient sie diesen? Diese Fragen können eindeutig mit „Ja“ beantwortet werden. Die glückliche Mischung von gestaltungswilliger Leitung, kompetenter Agentur, hilfsbereiten Unterstützern/innen und Promotern/innen sowie engagierten Mitarbeitern/innen in und um die Kampagne generierte einen zwar finanziell schlanken, konzeptionell aber starken Medien-, Mittel- und Ereignismix. Hierbei standen Lokalisierung und Individualisierung der Ansprache sowie Kompetenzorientierung und Nobilisierung der „Produkte“ im Mittelpunkt. Dass es kurzfristig nicht zum erträumten Nachfrageschub in Sachen Elternbil-

derung kam, lag überwiegend an der Neuartigkeit des mit der Kampagne betretenen Territoriums, an der individuell wie organisational unzureichenden Zielgruppenspezifität aufgrund mangelhaft verfügbarer Zielgruppenkompetenz. Wer mit dem Bremischen Kampagnenmodell eine wirksamere Familienbildungskampagne „fahren“ möchte, braucht nur das Konzept kopieren und den im Bericht ausführlich diskutierten Schwachstellen aufgabenadäquat begegnen – eine wissenschaftliche Begleitforschung von Anfang an eingeschlossen.

Ist der wegweisende Entwurf einer neuen, integrativen, präventiven und umfassenden Netzwerkstruktur für die Familienförderung und Elternbildung aus der Zeit des Aufbruchs über die zahlreichen Aktivitäten vor, während und nach der Kampagne inzwischen in die Phase der praktischen Realisierung eingetreten?

- Ein ganz wichtiges praktisches Werkzeug wurde nicht nur geschaffen, sondern zeigt bereits eine gewisse Produktreife: Das „Bremer Elternnetz“ bietet alle Möglichkeiten eines Informations- und Koordinierungspools.
- Der Arbeitskreis Familienbildung hat sich zum stadtübergreifenden Ort des Austauschs und der Anregung für öffentliche und private Familienbildungsträger entwickelt.
- Die Häuser der Familie – obwohl personell extrem schwach ausgestattet – haben sich vereinzelt, aber auch als Gruppe, auf den Weg gemacht, ihre Arbeit besser und breitenwirksamer zu machen.
- Zwei dieser Häuser haben in einem unglaublichen und wahrscheinlich nicht zur Nachahme empfehlbaren Kraftakt demonstriert, dass ein Stadtteil auch mit minimalem finanziellen Aufwand familienpädagogisch zu bewegen ist und dass sie dafür auch ihre angestammten Gefilde zu verlassen bereit sind.
- Sie alle erreichten eine Vielzahl der Familienbildungsabstinenten, ob über ihre stille Arbeit, über das etablierte Ortsteilereignis oder über die stadtweite Öffentlichkeitskampagne. Bereit zum Rausgehen, Dazulernen und Zusammenarbeiten scheinen alle: Soziale Dienste, Bildungsträger, Schulen, Kindergärten und sehr viele Eltern. Viel mehr als die Bremische Familienbildung bisher erreichen und bedienen konnte. Wenn es das zu demonstrieren galt, dann ist dies geschehen und insofern hat der Entwurf seine Wirkung gehabt.

Was aber machen wir mit dem reichen Erfahrungsschatz, den diese familienpädagogisch

aufregende Zeit zwischen 2003 und 2005 zu Tage gefördert hat? Was machen wir mit dem vielen nach Umsetzung schreienden Wissen und was machen wir mit den nicht weniger virulenten Scheiternserfahrungen bei fast allen handfesten Erfolgskriterien wie Nachfrageerhöhung, Trägervernetzung und Angebotsausweitung?

Wichtige Akteure sind erst einmal erschöpft. Das Modellprojekt wurde beendet. Die Stadt befindet sich in finanzieller Notlage. Das Amt durchleidet eine vehemente Umstrukturierungskrise. Den Trägern drohen lebensbedrohende Einkommenseinbußen. Wer will – besser: kann – da noch der Eltern- und Familienbildung den ihr gebührenden und von den Eltern immer lautstärker eingeforderten Stellenwert geben sowie die Erziehungskompetenz der Eltern so stärken, wie sie es sich wünschen und ihre Kinder es verdienen? Schade, dass da niemand in Sicht ist, obwohl wir auf der Basis der reichen „Fit für Familie“-Erfahrungen mit den entwickelten Kompetenzen und Werkzeugen und über das neue „Bündnis für Familie“ einen leichteren Weg vor uns hätten, als wir beim ersten Ausbruchversuch aus den angestammten „Komfortzonen“ hinter uns gebracht haben.

Konsequenzen

Der Bericht endet nicht bei der Beschreibung von Stärken und Schwächen des Modellprojektes. Es werden nicht nur die zum Projektbeginn gestellten Wirkungsfragen beantwortet, sondern im Kapitel „Konsequenzen“ wurde auch das niedergeschrieben, was wir durch dieses Vorhaben, durch ungewollte aber interessante Ergebnisse sowie durch den Austausch mit deutschen und internationalen Experten/innen der Familienförderung und Elternbildung (Carle/Metzen 2005a) quasi als Antworten auf anfänglich (noch) nicht gestellte Fragen gelernt haben. Die Konsequenzen skizzieren insgesamt eine völlig neue Sicht auf die strukturellen Erfordernisse erfolgversprechender Familienförderung und Elternbildung. Selbst wenn die Details allesamt praktisch belegt sind, gehen sie im Ensemble weit über das „Strukturkonzept Familienbildung“ hinaus, wie es etwa im 12. Kinder- und Jugendbericht bzw. im Bericht zur „Familienbildung als Angebot der Jugendhilfe“ aufscheint: Didaktische Verbesserungen der Angebote, institutionelle Vernetzung der Anbieter und Intensivierung der Förderung von benachteiligten Kindern und Familien. So berechtigt diese Forderungen sind, sie bleiben in der tradierten institutionellen Perspektive befangen – selbst wenn die zusätzliche Einbindung familiennaher Einrichtungen

wie Arztpraxen, Kindergärten und Schulen in die Familienbildung gefordert wird.

Unsere Konsequenzen gehen einen entscheidenden Schritt weiter, indem sie sich die Kinder- und Familienperspektive zu Eigen machen: „Quartiersansatz“ nennen wir diese neue Familienförderungs- und Elternbildungsstrategie. Hier zur Übersicht stichwortartig die zentralen Bestandteile dieses Wirkungsrahmens:

- Im Kern des Projektes stehen die Kinder: Sie sind der wichtigste Partner.
- Neu sind zwei Professionalisierungsinstrumente:
 - die „Lokale Zielgruppenservice-Segmentierung“ und
 - die „Überregionale Zielgruppenkompetenz-Segmentierung“.
- Hiermit erst kann der Kernansatz gelingen: die „Aufladung des nahen Umfeldes mit professionellem Familien-Know-how“.
- Weitere, z. T. altbekannte Erfolgsfaktoren sind:
 - Vernetzung der professionellen Familienförderung,
 - Kontaktkette und Angebotsleitsystem,
 - Schnittstellenmanagement in einem breiten Projektbündnis,
 - niedrigschwellige Angebote,
 - professionelle Werbung und Nobilisierung von Familienarbeit,
 - Familienbildung als Selbstverständlichkeit,
 - moderne Didaktik,
 - Kinderbetreuung,
 - Qualitätssicherung,
 - Kenntnis der Situation vor Ort und

schließlich die unumgängliche,

- „Nachhaltigkeit“ der Reorganisationsbemühungen.

Bis auf die ersten vier, sind die meisten dieser Rahmenbedingungen für Familienförderung und Elternbildung wahrscheinlich unbestritten. Ihrem Wirksamwerden stehen allerdings drei Engpässe im Wege: Erstens werden immer nur Teilstrukturen realisiert, nie das Ensemble. Es kommt so nie zu einer kritischen familiennahen Wirkungsenergie. Zweitens wird diese Realisierung auf einem organisatorischen Niveau betrieben, das die meisten Ideen und Energien der Projektbeteiligten absorbiert, bevor sie wirksam werden können.

Wir stehen also auch vor einem organisatorischen Perspektivenwechsel. Die für große soziale Projekte notwendige organisatorische Professionalität haben wir in einem „Oktogon der Reformerschlüsselfaktoren“ zusammengefasst. Von den erfolgskritischen acht Momenten finden sich in sozialen (Modell-) Projekten in Bremen wie in Deutschland allenfalls drei Projektbedingungen. Bleibt der dritte Engpass: die Familienbildungsthemen, die Familien wollen. Hierzu bietet der Bericht die Ergebnisse von Elternbefragungen und teilnehmenden Kursbeobachtungen. Wer also wissen will, wie zielgruppengerechte Familienförderung und Elternbildung aussehen könnte und vor allem, wie man dorthin gelangt, der sollte den Bericht lesen. Aber Vorsicht, damit verlassen Sie vertrautes Terrain! Gefragt nach den Lernergebnissen, die sie als Teilprojekt-Verantwortliche im Verlaufe der Projektdurchführung gewannen, lautete eine kennzeichnende Antwort:

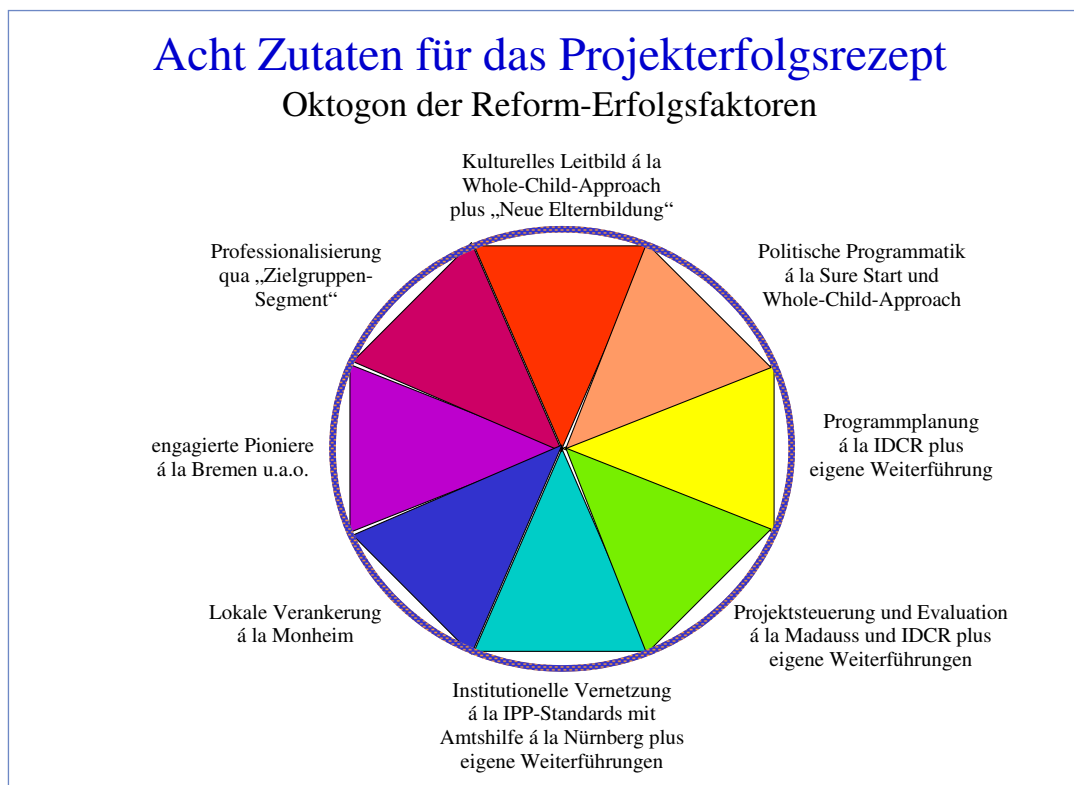


Abb.: Oktogon der Reform-Erfolgsfaktoren

„Das Schwierigste war das Rausgehen“! Erleichterung für das Wagnis des „Rausgehens“ bietet die in Bremen gewonnene Zuversicht, dass die mit neuen Familienbildungskonzepten verbundene Systemfrage in der Familienförderung und Elternbildung kaum mehr Reaktanz bei den angesprochenen Institutionen, Professionen und Mitarbeitern/innen auslöst. Die institutionellen Strukturen in diesem Bereich sind veränderungsbereiter als vielfach unterstellt. Die allerorten beschworene Veränderungsresistenz dieser Strukturen entspringt denn auch vor allem der vorherrschenden „Suboptimalität“ der politischen Veränderungsprogramme. Diese Unzulänglichkeiten (Mangel an Personal, Zeit, Geld und Projektorganisation) werden wider besseres Wissen von der Politik und ihrer Exekutive seit Jahrzehnten reproduziert. Ein „Update“ der sozialpolitischen Programm-Kompetenz ist daher überfällig. Dieses Update wurde aber bisher weder in Bremen noch andernorts erreicht und muss daher auch erst als neues Muster entwickelt werden.

Autor:

Dr. Heinz Metzen
Fit für Familie, Begleitforschung
Sedanstr. 57
28201 Bremen
Email: heinz.metzen@s-hb.de

Literatur:

Brocke, H. (2004): Pfusch am Kind wird teuer! Frühkindförderung/Familienförderung – Integrierte Dienste im Stadtteil und lokale Aktionspläne. Journal E&C, Nr. 12 (Internet-download, Stand 2004_06: www.eundc.de/download/journal_12.pdf)
Bronfenbrenner, U. (1981): Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Stuttgart
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Berlin (Internet download, Stand 2005_12: <http://www.bmfsfj.de/doku/kjb>)
Carle, U. (2005): Was hindert Kindergarten, Schule und Eltern in Bremen, enger zu kooperieren? Ringvorlesung der Universität Bremen im Wintersemester 2004-2005 (Internet-download, Stand 2006_05: <http://www.familienbildung.uni-bremen.de/veranstaltungen/carle%20kooperation.htm>)
Carle, U./Metzen, H. (2006): Regionale Netz-

werke „Frühes Lernen“. In: Balgo, R./Lindemann, H. (Hg.): Theorie und Praxis systemischer Pädagogik. SYSIPHOS – Beiträge zur systemischen Pädagogik. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für systemische Pädagogik. Band 1. Heidelberg, S. 63-83

Carle, U./Metzen, H. (Hg.) (2005a): Familie als wichtigste Bildungsinstitution?! Neue Modelle der Familienförderung und Elternbildung. Auf der Suche nach Zukunftsweisenden Leitbildern, innovativen Strukturen und nachhaltigen Praxen. Ringvorlesung an der Universität Bremen im Wintersemester 2004-2005. Bremen (Internet-download, Stand 2005_06: <http://www.familienbildung.uni-bremen.de> und direkter Zugang zu den Videomitschnitten <http://mlecture.uni-bremen.de/> (Veranstaltungsübersicht WS2004/2005, Familie als wichtigste Bildungsinstitution?!))
Carle, U./Metzen, H. (2005b): Vorbeischaun oder Rausgehen. Familienförderung und Elternbildung vor dem anstehenden und (un-)gewollten Perspektivenwechsel. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Modellprojekt „Strukturkonzept Familienbildung Bremen – Fit für Familie“. Universität Bremen, Fachbereich 12, Bildungs- und Erziehungswissenschaften, Arbeitsgebiet Grundschulpädagogik (Buchverlag: Books on Demand, Norderstedt). Download-Version (PDF) auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Internet-download, Stand 2006_05: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=67442.html>)
Deutscher Bildungsserver (Hg.) (2005): Kurse und Methoden der Elternbildung. (Website mit kurzen Programmklärungen und weiterführenden Links, URL (Internet-download, Stand 2005_06: <http://www.bildungsserver.de/drucken.html?seite=2530>)
Deutsches Jugendinstitut (DJI) (Hg.) (2005): Eltern zwischen Ratlosigkeit und „SuperNannys“. In: Auf einen Blick. Nr. 07, (Internet-download, Stand 2005_07: http://cgi.dji.de/cgi-bin/inklunde.php?inklunde=9_themen/thema0507/aufeinenblick.htm)
Pettinger, R./Rollik, H. (2005): Familienbildung als Angebot der Jugendhilfe. Rechtliche Grundlagen – familiale Problemlagen – Innovationen Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Kinder (BMFSFJ). (Internet-download, Stand 2005_12: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/familienbildung/root.html>)
Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales Bremen/Michaelis, S. (2003): Kinder-, Jugend- und Familienbericht 2003. Familienbildung in Bremen. Mit einem einführenden

Kapitel von Andreas Borchers. Bremen: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales – Abteilung Junge Menschen und Familie. (Internet-download, Stand 2005_06: http://www.bremische-buergerschaft.de/drucksachen/67/1507_1.pdf)

Smolka, A. (2003): Beratungsbedarf und Informationsstrategien im Erziehungsalltag. Ergebnisse einer Elternbefragung. ifb-Materialien. Bamberg

Erfahrungen und Erkenntnisse des Bundesmodellprojekts „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit (SoFJA)“

Einleitung

In der Literatur zur Gemeinwesenarbeit wird an einigen Stellen über ein Phänomen in der Sozialen Arbeit berichtet, das die US-amerikanischen Kollegen/innen mit der Bezeichnung „creaming the poor“ beschrieben haben. Sozialräumliche und gemeinwesenorientierte Ansätze legitimieren sich gerne damit, dass sich ihre Arbeit auf Hilfe für die ärmsten und ausgegrenztesten Menschen bezieht. Gerade diese Gruppe soll aktiviert werden, um sie artikulationsfähig zu machen. Gerade deren Interessen, Kompetenzen und Erfahrungen sollen organisiert werden und im gesellschaftlichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess mehr Berücksichtigung finden. Die Lebenslage dieser Menschen soll verbessert und soziale Integration soll hergestellt werden. Aber auch bei gemeinwesenorientierten Konzepten, wie bei vielen anderen Handlungsansätzen in unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit auch, fallen viele Menschen aus der anvisierten Zielgruppe durchs Hilfenetz. Unter dem Druck, Erfolge vorweisen zu sollen, konzentriert sich die Arbeit mehr und mehr auf den Teil der Zielgruppe, der noch am ehesten sozial handlungsfähig ist. Das „Sahnehäubchen“ der Armen und Ausgegrenzten wird dabei „abgeschöpft“, der Rest darf im besten Fall auf strukturelle Verbesserungen hoffen, die sich erfahrungsgemäß erst auf lange Sicht erzielen lassen. Das ist gemeint, wenn von „creaming the poor“ die Rede ist.

Das Bundesmodellprojekt SoFJA stellt sich genau diesem Problem der Praxis Sozialer Arbeit. Am Beispiel von schwer erreichbaren Jugendlichen und ihren Familien soll hier ein Konzept vorgestellt werden, das der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch der Hilfe für sozial desintegrierte Familien zu mehr Effektivität und Effizienz verhelfen kann. Gerade den sogenannten „Multi-Problem-Jugendlichen“, die bisher durchs „Netz“ gefallen sind, soll hier wirksam geholfen werden.

In drei Schritten soll über unsere Erfahrungen und Erkenntnisse der Modellprojektarbeit mit sozial desintegrierten Jugendlichen und deren Familien informiert werden. Zunächst wird über die Entstehung und die Geschichte des SoFJA-Programms¹ berichtet. Daran wird auch deutlich werden, dass

- nur über Kooperation beziehungsweise soziale Koproduktion bestimmte Praxisprobleme lösbar sind,
- das Zustandekommen von Kooperation an Voraussetzungen geknüpft ist,
- nicht jede Form von Kooperation etwas bringt,
- die Modalitäten der Kooperation genau abgesprochen werden müssen, damit positive Effekte erzielt werden.

Im zweiten Schritt werden Grundinformationen zum Bundesmodellprojekt vermittelt, damit der Rahmen der Projektarbeit deutlich wird. Zum Dritten sollen dann durch ein logisches Modell die Inhalte und die idealtypische Wirkungsweise des sozialpädagogischen Programms von SoFJA veranschaulicht werden.

1. Die Entstehung des Programms einer sozialräumlichen Familien- und Jugendarbeit

Mobile Jugendarbeit hat es in ihrer Praxis mit Jugendlichen zu tun, die gravierend sozial desintegriert sind. Die Jugendhilfe insgesamt steht angesichts der prekären Lebenslage solcher Jugendlichen vor einer schwierigen Aufgabe. Die meisten dieser Jugendlichen haben schon mehrere Hilfeformen durchlaufen. So manches gut gemeinte Angebot blieb wirkungslos oder hat gar geschadet. Dementsprechend schlecht sind auch die Erfahrungen, die gravierend sozial desintegrierte Jugendliche mit sozialarbeiterischen Hilfen, aber auch mit diversen gesellschaftlichen Kontrollinstanzen (beispielsweise Polizei, Justiz) gemacht haben. Dies wirkt sich wiederum verheerend auf die Bereitschaft dieser Jugendlichen aus, sich nochmals auf Hilfe einzulassen. Derart demotivierte Jugendliche empfinden sich als Versager. Sie hoffen meist nicht mehr auf ein besseres Leben durch pädagogische Unterstützung und misstrauen verständlicherweise weiteren Hilfsangeboten oder Personen, die ihnen Hilfen antragen.

Obwohl diese Jugendlichen schwer zu erreichen sind, stellt die Mobile Jugendarbeit in der Regel auch zu ihnen Kontakt und Vertrauen her. Dennoch tat sich die Mobile Jugendarbeit in der Arbeit mit der Zielgruppe sehr schwer. Die soziale Integration konnte nicht verbessert werden, in manchen Fällen trat eine Verschlimmerung der Situation ein. Den Grund für diese unbefriedigenden Betreuungsverläufe sieht das Bundesmodellprojekt in nicht bearbei-

1) Der Begriff „Programm“ wird hier synonym zum Begriff „Konzept“ verwendet.

teten problemauslösenden und problemstabilisierenden familiären Strukturen. Aus dieser Hypothese ergibt sich zwingend, dass der/die Helfer/innen das Gesamtsystem Familie erreichen und bearbeiten müssen, um hier die Basis für den Erfolg weitergehender Hilfen, etwa zur Integration der Zielgruppe in Ausbildung und Arbeit, zu schaffen.

Genau an dieser Stelle entstehen für die Mobile Jugendarbeit aber zwei Probleme: Um selbst familiäre Strukturen zu bearbeiten, fehlt der Mobilien Jugendarbeit ein adäquates Methodenrepertoire. Vermittlungsversuche an andere Institutionen, die im Feld über Methoden und Techniken zur Bearbeitung familiärer Strukturen verfügen, schlugen regelmäßig fehl. Entweder die Jugendlichen kamen in der Institution, in der die systemische Familienberatung stattfinden sollte, nie an oder sie erschienen nach dem ersten Gespräch nicht mehr zur Beratung. Auch die aufsuchende sys-

temische Familienberatung/-therapie konnte diese schwer erreichbare Zielgruppe und deren Familien nicht in einen Beratungsprozess involvieren.

Diese Überlegungen führten zur Grundidee von SoFJA, die in einer Kombination beziehungsweise Kooperation von Mobiler Jugendarbeit und aufsuchender systemischer Familienberatung liegt. Aus der Erfahrung heraus, dass es alleine nicht geht und eine Kooperation in Form einer reinen Vermittlung (an die Familienberatung) regelmäßig scheitert, wurde jetzt nach einer Kooperationsform gesucht, die das Praxisproblem angemessen lösen hilft. Eine solche Kooperation, eingebettet in eine sozialräumliche Grundorientierung, muss konzeptionell ausgestaltet werden. Genau dies wurde im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit (SoFJA)“ versucht und – wie wir meinen – auch mit Erfolg praktiziert.

Abb.:
Grundinformationen
zum Bundesmodell-
projekt „SoFJA“

Modellprojektname:	Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit (SoFJA)
Zielgruppe:	Sozial desintegrierte Jugendliche/gefährdete Jugendliche
(Grundsatz-)Ziel:	Soziale Integration bzw. Verbesserung der sozialen Integration
Modellprojektträger:	Diakonisches Werk der EKD
Modellprojektdauer/ (-zeitraum):	Vier Jahre (01.07.2002 – 30.06.2006)
Modellprojektstandorte/ sozialräume:	1. Berlin/Oberschöneweide 2. Glauchau/Ober- und Unterstadt 3. Hamburg/Gebiet Eckernförderstraße (Altona) 4. Schwerin/Region 1 und 2
Kooperationspartner an den Standorten:	Berlin: Diakonisches Werk Neukölln-Oberspree e.V. Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., Outreach Mobile Jugendarbeit Berlin Glauchau: Diakoniewerk Westsachsen gGmbH, Mobile Jugendarbeit Diakoniewerk Westsachsen gGmbH, Familienberatungsstelle Hamburg: Pestalozzi-Stiftung Hamburg Stiftung „Das Rauhe Haus“ Hamburg Straßenpflaster e.V. Schwerin: Verbund für Soziale Projekte e.V. Alternatives Jugendwohnen e.V.
Internetpräsenz:	www.sofja.de oder über www.diakonie.de

2. Grundinformationen zum Bundesmodellprojekt „SoFJA“

Es folgen einige Grundinformationen zum Bundesmodellprojekt, die den Rahmen für die Erprobung und Optimierung des eigentlichen sozialpädagogischen Programms einer sozialräumlichen Familien- und Jugendarbeit verdeutlichen.

3. SoFJA – Das sozialpädagogische Programm

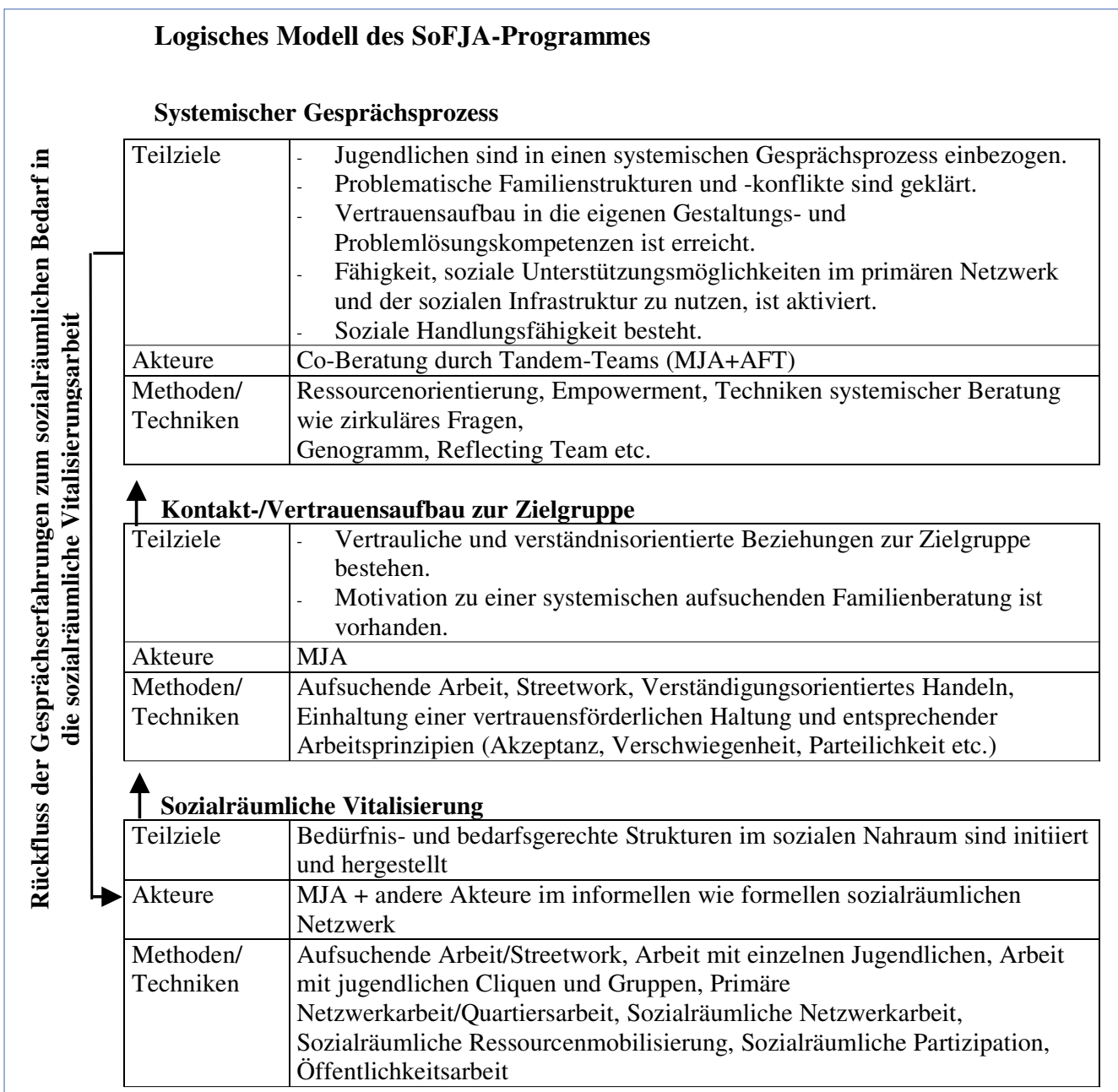
Das Programm von SoFJA lässt sich idealtypisch in einem Logischen Modell² veranschaulichen. Logische Modelle enthalten „wenn-dann-Aussagen“ und beschreiben so den inneren Wirkzusammenhang eines Programms. Logische Modelle enthalten folgende

Elemente:

- Input (wie finanzielle und personelle Ressourcen),
- Aktivitäten (Implementationsdaten),
- Output (Produkte der Programmaktivitäten),
- Reaktionen der Zielgruppen,
- Kurzfristige Ergebnisse/Outcomes,
- Mittelfristige Ergebnisse/Outcomes,
- Langfristige Ergebnisse/Outcomes,
- Gesamtwirkungen.

Zur Erläuterung des Schaubilds von unten nach oben betrachtet:

Abb.: Logisches Modell des SoFJA-Programmes



2) Univation 2004

E&C Zielgruppenkonferenz: „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“ vom 11. und 12. Mai 2006

Sozialräumliche Vitalisierung als Basisstrategie

Das Programm ist eingebettet in eine Basisstrategie, die wir als sozialräumliche Vitalisierung bezeichnen. Es handelt sich dabei um einen systematisch ausgearbeiteten Katalog (nicht nur) für Träger Mobiler Jugendarbeit zum gemeinwesenorientierten Handeln, der sich in acht Handlungsformen gliedert:

- sozialräumlich aufsuchende Arbeit/Streetwork,
- Arbeit mit einzelnen Jugendlichen,
- Arbeit mit jugendlichen Cliques und Gruppen,
- Primäre Netzwerkarbeit/Quartiersarbeit,
- Sozialräumliche Netzwerkarbeit,
- Sozialräumliche Ressourcenmobilisierung,
- Sozialräumliche Partizipation,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Um den Kontakt zu den Jugendlichen herzustellen, bewegen sich die Mitarbeiter/innen der Mobilen Jugendarbeit im Sozialraum und suchen die Jugendlichen an ihren informellen Treffpunkten auf. Parallel zum Kontakt- und Vertrauensaufbau beginnen die Mobilen Jugendarbeiter/innen mit der Arbeit mit Einzelnen. Ziel ist dabei – neben konkreten Problemlösungen – immer auch der Ausbau und die Verstärkung einer vertrauensvollen Beziehung als Basis für eine weitergehende sozialintegrative Arbeit. Oft findet der Aufbau von Kontakt und Vertrauen zu einer Clique oder Gruppe statt. Die soziale Gruppenarbeit ist dabei ein Mittel, die Ressourcen und Kompetenzen dieser lebensweltlich vorhandenen Gruppen für eine Verbesserung der sozialen Integration zu nutzen. Ein wesentliches Ziel dieser Arbeit ist es, die Gruppe artikulationsfähig zu machen, damit sie ihre Sichtweisen und ihre Interessen selbst vertreten kann. Des Weiteren versuchen die pädagogischen Fachkräfte, die primären Netzwerke der Jugendlichen und ihrer Familien im Sinne sozialer Unterstützungskonzepte zu aktivieren und zu stärken. Dabei soll das „Soziale Kapital“ des ganzen Quartiers „gehoben“ und nutzbar gemacht werden. Um hierbei erfolgreich zu sein, muss sich die Mobile Jugendarbeit mit allen relevanten Sozialraumakteuren im informellen wie formellen Sektor vernetzen. Die Kompetenzen der Menschen im Sozialraum und alle anderen sozialräumlichen Ressourcen können so wahrgenommen und zur Befriedigung der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen und ihrer Familien mobilisiert werden. Besondere Bedeutung kommt einer möglichst weitgehenden Partizipation der Jugendlichen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Prozess zu. Dabei nimmt die Mobile Jugendarbeit die Rolle einer intermediären Instanz ein,

die Partizipation grundsätzlich auf zwei Wegen realisieren kann. Zum einen nimmt die Mobile Jugendarbeit die Jugendlichen mit in den existierenden gesellschaftlich-kulturellen Prozess hinein. Zum anderen kann sie aber auch mit den Jugendlichen neue Begegnungsformen mit der lokalen Gemeinschaft initiieren und inszenieren. Dort, wo die Jugendlichen ihre Interessen noch nicht öffentlichkeitswirksam selbst vertreten können, muss die Mobile Jugendarbeit mit anderen Sozialraumakteuren im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit sozialanwaltschaftlich handeln.

Aufsuchende Familiengespräche

Aus dieser sozialräumlichen Vitalisierungsarbeit heraus bindet die Mobile Jugendarbeit auf der Basis von vertrauensvollen und verständigungsorientierten Beziehungen die Jugendlichen in einen systemischen Gesprächsprozess ein, den wir „aufsuchende Familiengespräche“ genannt haben. Mit den aufsuchenden Familiengesprächen betritt SoFJA bei der Bearbeitung des Familiensystems Neuland, weil eine neue Form der Kooperation praktiziert wird. Der aufsuchende und systemische Beratungsprozess in und mit der Familie wird durchgeführt von einem „Tandem-Team“, das aus je einem/einer Mobilen Jugendarbeiter/in und einem/einer systemischen Berater/in besteht. Folgende Rahmenbedingungen des Beratungssettings haben sich als zielführend erwiesen³:

- Bildung von Tandem-Teams: Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Beratungsprozesses ist die Qualität der Kooperation im Tandem-Team. Wenn die pädagogischen Fachkräfte auf der Basis persönlicher und fachlicher Wertschätzung ihren/ihre Co-Berater/in selbst auswählen und in dieser Konstellation kontinuierlich zusammenarbeiten können, verläuft die Kooperation weitgehend störungsfrei. Des Weiteren führt das gemeinsame Handeln auf der Basis „freier Partnerwahl“ vor dem Hintergrund unterschiedlicher Handlungsansätze zu einer deutlichen Steigerung der Fachlichkeit. Hier entstehen Synergieeffekte durch eine „kollegiale Qualifizierung“, die der Qualität des Beratungsprozesses zugute kommen.
- Zusammensetzung der Tandem-Teams: In der Ursprungskonzeption von SoFJA setzt sich ein Tandem-Team zusammen aus Mobiler Jugendarbeit und aufsuchender Familienberatung. Bei der praktischen Umsetzung der SoFJA-Konzeption haben die Standorte aber im Hinblick auf die Zu-

3) Hier handelt es sich um Ergebnisse einer Cluster-Evaluation, mit der das Bundesmodellprojekt wissenschaftlich begleitet wird. Zum Konzept der Cluster Evaluation: Haubrich 2003.

sammensetzung der Tandem-Teams noch mit anderen Konstellationen experimentiert. Danach muss der/die Partner/in der systemischen Beratung im Tandem-Team aus evaluativer Sicht nicht in jedem Fall die Mobile Jugendarbeit sein. Auch Mitarbeiter/innen etwa aus der offenen Jugendarbeit kommen als Co-Berater/innen in Frage. Notwendige Voraussetzung für eine solche Konstellation ist allerdings, dass eine stabile und vertrauensvolle Beziehung zu den jungen Menschen existiert.

- Ort der aufsuchenden Familiengespräche: „Aufsuchen“ heißt in der Familienberatung, dass der/die systemischen Berater/innen in die Wohnung der Familie kommen. In einigen wenigen Fällen waren Familien anfangs nicht bereit, Sozialarbeiter/innen den Zugang in ihren privaten Raum zu gestatten. Die Schwelle zur Durchführung der aufsuchenden Familiengespräche in einer Beratungsstelle war aber für die Familie ebenfalls zu hoch. Die Tandem-Teams organisierten daraufhin „neutrale“ Treffpunkte im Stadtteil, die den Wünschen der Jugendlichen und ihrer Familien entsprachen.
- Auch bezüglich der Anzahl und der Intervalle der aufsuchenden Familiengespräche gehen die Tandem-Teams flexibel auf die je individuellen Bedürfnisse und Bedarfe der Betroffenen ein. Die Konzeption sieht zunächst maximal 26 aufsuchende Familiengespräche im ein- bis zweiwöchigen Rhythmus vor. Insgesamt dauert ein Beratungsprozess also maximal ein Jahr⁴.
- Zeitpunkt und Dauer eines aufsuchenden Familiengesprächs: Je nach Situation und Thema dauert ein aufsuchendes Familiengespräch zwischen 30 und 90 Minuten.
- Teilnehmende an den aufsuchenden Familiengesprächen: Die Tandem-Teams beziehen auf der Grundlage ihrer fachlichen Einschätzung Personen aus dem sozialen Umfeld in die Familiengespräche mit ein. Auch die zeitweise Beratung einzelner Familienmitglieder beziehungsweise familiärer Teilsysteme ist vorgesehen, falls es aus beraterischen Gesichtspunkten angezeigt ist. Unabhängig von solchen gezielten Gestaltungen müssen sich die Tandem-Teams aufgrund des lebensweltlichen Settings auf die Anwesenheit von Verwandten, Nachbarn, Freunden und Haustieren einstellen.
- Methoden und Techniken: Die Tandem-Teams greifen auf die gesamte Palette systemischer Methoden und Techniken zurück. Im Hinblick auf sprachliche Defizite in den Familien, aber auch im Bezug auf eine al-

terspezifisch angemessene Beratung haben sich metaphorische Techniken⁵ wie Familienskulptur, -brett oder Cartoons als sehr hilfreich erwiesen. Besondere Beachtung im Projektverlauf fand die Methode des Reflecting-Team⁶. Diese Methode scheint besonders geeignet zu sein, um festgefahrene Konflikt- und Problemsituationen aufzulösen, indem entwicklungshemmende Einstellungen und Selbstbilder irritiert und alternative Deutungsmuster angeboten werden.

Die aufsuchenden Familiengespräche dienen in der SoFJA-Konzeption aber nicht nur dem Ziel der Herstellung sozialer Handlungsfähigkeit, sondern eignen sich auch hervorragend zur Wahrnehmung sozialräumlicher Bedarfe und Bedürfnisse der Jugendlichen und ihrer Familien. Die Inhalte der Beratung, angereichert mit dem lebensweltlichen Wissen der Mobilen Jugendarbeit über die Lebensbedingungen und -gestaltung der Jugendlichen, ermöglichen eine ziemlich genaue Einschätzung der sozialräumlichen Bedarfe und Bedürfnisse. Diese sozialräumlichen Bedarfe und Bedürfnisse werden von der Mobilen Jugendarbeit wiederum in die sozialräumliche Vitalisierungsarbeit eingespeist. Das Programm von SoFJA stellt insofern einen zirkulären Prozess dar, der durch Methodenintegration unterschiedliche Bereiche sozialintegrativer Arbeit tangiert: die Verbesserung sozialer Handlungsfähigkeit von Menschen und Gruppen, die Vitalisierung ihrer primären Netzwerke und die bedarfs- und bedürfnisgerechte Umgestaltung materieller und interaktiver Aufwachs- und Lebensbedingungen. Das alles geht nur über gestaltete Kooperation und soziale Koproduktion in Sozialräumen.

Zentrale Ergebnisse der Evaluation belegen, dass das SoFJA-Programm sehr erfolgreich ist. Die grundsätzlichen Ziele des Programms sind bzw. waren:

- Verbesserung der sozialen Integration der Zielgruppe und
- Vermeidung von Fremdunterbringungen.

Die Evaluation hat bezüglich dieser beiden Ziele ergeben: Bei 2/3 der Fälle konnte die soziale Integration der Jugendlichen und deren Familien deutlich verbessert werden. In knapp 38 % der Fälle konnte eine Fremdunterbringung vermieden werden. Und das bei einem Klientel, das bisher mit den gängigen Hilfsangeboten kaum erreichbar war. Diese Zahlen sprechen für sich.

4) Hier sind Urlaubs- und Krankheitszeiten mit berücksichtigt.

5) Schlippe/Schweitzer 2000, S. 173 ff

6) Andersen 1990

Autor:

Matthias Bruckdorfer
Diakonisches Werk der EKD
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
Email: bruckdorfer@diakonie.de

Literatur

- Andersen, T. (1990): Das reflektierende Team.
Dortmund: Modernes Lernen.
- Haubrich, K. (2003): Cluster-Evaluation als innovativer Ansatz der Evaluation multizentrischer Programme. In: KONTRASTE, Nr. 5 (2005)
- Schlippe, A. v./Schweitzer, J. (2000): Lehrbuch der systemischen Therapie und Beratung. Göttingen, S. 173 ff.
- Univation GmbH (Hg.) (2004): Das A-B-C der wirkungsorientierten Evaluation. Köln, S. 25-26

Kompetenzen bündeln – Perspektiven der Kooperation von Jugendhilfe und Schule: Acht Thesen

1. Bildung fördern, Benachteiligung abbauen, Familien unterstützen: Fachliche und politische Ziele der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

(1) Erweitertes Bildungskonzept ermöglichen

Durch die Kooperation beider Institutionen kann Bildung in einem weiten Verständnis, das kognitive, emotionale und soziale Dimensionen umfasst und sich auf die gesamte Persönlichkeit bezieht, eher realisiert werden.

(2) Schulschwierigkeiten vermeiden und sozialer Ungleichheit entgegenwirken

Kooperation von Schule und Jugendhilfe hat eine zentrale Begründung darin, durch individuelle Schwierigkeiten und soziale Benachteiligungen induzierte Misserfolge von Schülern/innen in der Schule entgegenzuwirken und Probleme zwischen Schulen und ihren Schülern/innen zu bearbeiten bzw. zu minimieren.

(3) Schule als Ort sozialer Dienstleistung für Kinder, Jugendliche und Familien

Kooperationen von Schule und Jugendhilfe tragen dazu bei, Schule als Ort sozialer Dienstleistung für Kinder, Jugendliche und Familien auszubauen. Dazu gehören: verlässliche Be-

treuungsangebote, die Eltern eine Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit ermöglichen, Hausaufgabenbetreuung und Förderangebote, Mittagessen und Angebote psychosozialer Beratung und Unterstützung.

2. Kooperation von Schule und Jugendhilfe erfolgt auf der Basis unterschiedlicher gesellschaftlicher Funktionen, organisatorischer Bedingungen, methodischer Ansätze und fachlicher Qualifikationen

Schule ist gekennzeichnet durch eine klare Struktur und einheitliche Vorgaben und Regeln. Demgegenüber stellt die Jugendhilfe einen differenzierten Handlungs- und Leistungsbereich dar. Sie hat keinen einheitlichen Ort, keine einheitliche Methode und kein einheitliches Personal. Bei der Kooperation mit der Schule kann die Jugendhilfe vielfältige Arbeitsformen und Aufgabenbereiche einbringen.

3. Kooperation von Schule und Jugendhilfe erfolgt in vielen Handlungsbereichen für alle Kinder und Jugendliche und für Kinder und Jugendliche mit speziellem Bedarf für Förderung und Unterstützung (siehe Abb.)

	Aufgabenbereiche und Leistungen der Jugendhilfe			
Reichweite der Kooperation	Jugendarbeit	Jugendsozialarbeit	Kindertagesbetreuung	Hilfen zur Erziehung
einzelfallbezogen		Schulsozialarbeit	Übergang Kindergarten - Grundschule	Erziehungsberatung
gruppenbezogen	u.a. kulturelle Jugendbildung, Mädchen- und Jungenarbeit, Sport, Abenteuerpädagogik, Hausaufgabenhilfe	u.a. Gewaltprävention Mediation	Gestaltung von Lernwelten in der Schule Individuelle Förderung	soziale Gruppenarbeit Tagesgruppen
schulbezogen		Prävention von Schulversäumnissen und Schulverweigerung	Verbindung von Lernangeboten und Freizeitgestaltung	
gemeinwesenbezogen		Berufsvorbereitung	Beteiligung von Kindern an Planung und Gestaltung	

Abb.: Aufgabenbereiche und Leistungen der Jugendhilfe

4. Kooperation von Jugendhilfe und Schule erfolgt in unterschiedlichen Bereichen

Kooperation von Jugendhilfe und Schule erfolgt in Bezug auf:

- den Unterricht,
- außerunterrichtliche Angebote an Schulen,
- den Bereich der Versorgung und Betreuung an Schulen,
- psychosoziale Beratung und Dienstleistung.

5. Jugendhilfe und Schule bringen ihre fachlichen Leitlinien in eine Kooperation mit ein

Fachliche Leitlinien der Jugendhilfe sind:

- Freiwilligkeit,
- Beteiligung der Adressaten,
- Lebensweltorientierung,
- Sozialraumorientierung und Gemeinwesenbezug.

Fachliche Leitlinien der Schule sind:

- Geplante und strukturierte Organisation von Lehr- und Lernprozessen,
- Vergleichbarkeit der Leistungen,
- Generalisierung von Lernprozessen,
- Individuelle Leistungsbeurteilung.

6. Kooperationen von Jugendhilfe und Schule müssen langfristig und verlässlich aufgebaut werden

Organisatorisch müssen Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit der Kooperation bei der Wahrung von Selbständigkeit und Autonomie der jeweiligen Handlungsbereiche gesichert werden. Kooperation muss über punktuelle Angebote und einmalige Aktivitäten hinausgehen.

7. Lebensweltorientierung der Schule kann durch Kooperation mit der Jugendhilfe gestärkt werden

In der Jugendhilfe stellt Lebensweltorientierung ein wichtiges Handlungsprinzip dar. Leistungen der Jugendhilfe sollen niedrigschwellig, alltagsorientiert und dezentral organisiert und angeboten werden. Die Jugendhilfe kann so auch für Schule eine Brücke zu den Lebenswelten ihrer Schüler/innen bilden. Deshalb ist Schulentwicklung als ein Prozess zu organisieren, an dem Schule und Jugendhilfe beteiligt sind.

8. Kooperation von Schule und Jugendhilfe stellt eine Aufgabe der Kommunen und eine Herausforderung für kommunale Schul- und Jugendhilfeplanung dar

Kooperation von Schule und Jugendhilfe kann dazu beitragen, eine soziale und kulturelle Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in den Kommunen zu schaffen. Dafür stellen Kooperationen von kommunaler Schul- und Jugendhilfeplanung und von kommunalen Schul- und Jugendämtern eine wichtige Voraussetzung dar. Kooperation von Schule und Jugendhilfe kann so dazu beitragen, eine kommunale Bildungslandschaft zu etablieren, in der ungleiche Zugangschancen für Kinder und Jugendliche abgebaut, sozialräumliche Barrieren minimiert und gleiche Bildungsangebote für alle Kinder und Jugendliche bereitgestellt werden.

Autor:

Dr. Wolfgang Mack
Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)
Nockherstraße 2
81541 München
mack@ph-ludwigsburg.de

Gemeinsam die Zukunftschancen junger Menschen verbessern – Jugendhilfe und Schule bündeln ihre Kompetenzen

Vorbemerkungen

Das Thema soll unter zwei Aspekten dargestellt werden: fachlich konzentriert auf die Perspektive der Jugendhilfe (insbesondere die in freier Trägerschaft) und mit Bezug auf die Gruppe der „älteren Kinder“ und Jugendlichen und unter dem Aspekt der Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, Sozialarbeit an Schulen – aber nicht auf die Kindertageseinrichtungen und nicht auf die Jugendberufshilfe. Geographisch beziehen sich meine Praxiseinblicke vorwiegend auf das Land Brandenburg.

Die Ausführungen basieren auf einer mehrjährigen Tätigkeit in Praxisforschungs- und Beratungsprojekten (Konzeptions- und Projektentwicklung/Evaluation) in den Handlungsfeldern Hilfen zur Erziehung/Heimerziehung, Sozialarbeit an Schulen und regionaler Kooperation von Schule und Jugendhilfe.

Deshalb soll hier versucht werden, eine analytische und konstruktive Einschätzung der Kooperations- bzw. Koproduktions-Praxis vorzunehmen, die sich nicht so sehr auf die unzweifelhaft vorhandenen Schwierigkeiten und Hemmnisse beziehen, sondern die Ansätze und Bedingungen hervorheben, die Kooperationsbündnisse eher gelingen lassen.

Das auch deshalb, weil es aus meiner Sicht weniger an programmatisch-konzeptionell-normativen Vorgaben und Empfehlungen mangelt, sondern an dem Transfer gelungener Praxis.

Letzte Vorbemerkung: der Begriff „Koproduktion“ bezogen auf die beiden Systeme Schule und Jugendhilfe wird weitgehend synonym mit dem Begriff „Kooperation“ verwendet.

1. Praxisrelevante „Qualitätsstufen“ sozialer Koproduktion von Schule und Jugendhilfe

1.1 Schule als „Auftraggeber“ und „Jugendhilfe als Dienstleister“

Dort, wo Schule überhaupt andere Partner von „außerhalb“ benötigt oder/und einbeziehen will, geschieht das häufig, indem sie ihren spezifischen Problemlösungs- und Ergänzungsbedarf definiert. Bezogen auf Jugendhilfe-Kompetenzen sind das vor allem die Vorbereitung und Durchführung von Freizeitangeboten, Betreuungs- und Beratungsleistungen.

Die freien Träger der Jugendhilfe aus der Region übernehmen ganz dienstleistungsorientiert den Auftrag. Dazu bedarf es i.d.R. nur geringer Abstimmungen und kaum konzeptioneller Kooperation: „Wer zahlt – bestimmt“.

Deshalb ist diese Qualitätsform (bis auf die eher seltenen ausschließlich durch Ehrenamtliche erbrachten Leistungen) auch gebunden an die Verfügungsgewalt von Schule über Finanzmittel, wie das z.B. im Land Rheinland-Pfalz finanziert von Landesmitteln für Ganztagschulen möglich ist. Auch im Land Brandenburg stehen dafür beträchtliche Mittel aus dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ zur Verfügung.

1.2 Problem- und themenbezogene (zeitlich befristete) Projektarbeit

Bezogen auf Schule als Ganzes, einzelne Jahrgangsstufen oder nur Klassen erfordert die gemeinsame Durchführung von (befristeten) Projekten eine Phase der arbeitsteiligen Planung, Durchführung und (meistens) Auswertung/Nachbereitung. Inhaltlich dominieren hier Themen aus dem Spektrum sozialer Kompetenzen wie Gewaltprävention, Konflikttraining, Streitschlichtung/Mediation, Gruppenbildung, politische Bildung, erlebnispädagogische Aktivitäten etc.

Häufig erwachsen diese partiellen Kooperations- und Koproduktionsbezüge aus der schulinternen Erkenntnis, einerseits mit den bisherigen Mitteln und aus eigener Kraft nicht mehr weiter zu kommen und andererseits, dass die Jugendhilfe-Anbieter über die erforderlichen Kompetenzen verfügen. Die Einbeziehung der „Produzenten“ auf schulischer Seite und vor allem des „Produktions-Systems“ in den Lernprozess geschieht eher selten und partiell. Trotzdem wird diese Qualitätsform aus schulischer Sicht überwiegend als entlastend und hilfreich erfahren und deshalb ausgebaut. Insofern das Projekt den Unterrichtsrahmen übersteigt, ist die Finanzierung fast immer von externen Fördermitteln (vor allem von Landes- Bundes- bzw. ESF-Mitteln) abhängig.

1.3 Problem- und themenbezogene (längerfristige, dauerhafte) Projektarbeit

Insbesondere bezogen auf den Teil von Schülern/innen, die sich dem Regelschulangebot z.T. oder gänzlich verweigern, haben sich in den letzten Jahren bundesweit eine Vielzahl von sog. „Schulverweigerer-Projekten“ etabliert, die in unterschiedlichsten organisatorischen und konzeptionellen Formen vorwiegend aber als Kooperations-/Koproduktions-Projekte arbeiten. Dabei ist es hier und heute irrelevant, ob dies unter der Regie und dem Dach von

Schule als sog. abweichende Organisationsform, oder unter der Verantwortung der Jugendhilfe und in deren Trägerschaft geschieht. Für beide Existenzformen gilt, dass es von der konzeptionellen Grundlegung, über die Finanzierung bis hin zur alltäglichen Realisierung einer Kooperation über mehrere Ebenen bedarf.

Sowohl auf der Steuerungs- und Letztentscheidungsebene hinsichtlich der Genehmigungen, des Personals und auch weitgehend der Finanzierung (in Brandenburg: die Schulämter und die kommunalen Jugendämter), als auch auf der Ebene der beteiligten Schulen (Leitungen und Lehrkräfte) und der Träger bis hin zu den Projektmitarbeitern/innen müssen die Institutionen konzeptionell, rechtlich und fachlich, schul- und sozialpädagogisch zusammenwirken.

Nur der Vollständigkeit halber: In diese Qualitätsstufe gehören auch die Projekte der Schulsozialarbeit, die in Trägerschaft der Jugendhilfe und an/in Schule etabliert sind und vom Selbstverständnis her und qualitativ mehr als Schülerclubbetreiber und „Time-Out-Reservisten“ sind.

1.4 Konzeptionelle Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe mit dem (Fern-) Ziel der Entwicklung eines neuartigen Lern- und Lebensortes für Kinder und Jugendliche

Dieser Qualitätsstufe von Koproduktion nähern sich die Schulen an, die sich einerseits gegenüber dem Sozialraum und dem Gemeinwesen zu öffnen begonnen haben und andererseits für außerschulische Partner (vor allem, aber nicht nur für die Jugendhilfe, z.B. auch für die Wirtschaft, Kultur, Sicherheit etc.) offen sind in einem umfassenden Sinn, insbesondere bezogen auf die Entwicklung neuartiger inhaltlicher und organisatorischer Lernangebote, die Schüler/innen und Lehrende betreffen. Dieses Konzept für ein neuartiges „Haus des Lernens“ umfasst gemeinsam zu entwickelnde Ziele, auf deren Erreichung abgestimmte Tages- und Raumpläne, die reguläre, professionell verzahnte Mitwirkung außerschulischer Partner im Lern- und Lehrprozess, kooperative Kommunikations- und Kooperationsstrukturen u.v.a.m. ausgerichtet sind.

Dort wo sich Schulen – und das sind in Brandenburg erst wenige und diese sind offene Ganztagschulen – auf diesen Weg gemacht haben, wurden vor allem zwei Erfahrungen deutlich: erstens, dass dies keine kurzfristig zu bewältigende Aufgabe ist, die einer intensiven konzeptionell-programmatischen Arbeit (Schulprogrammentwicklung und -fortschreibung) sowie einer zeitnahen Evaluation bedarf und zweitens, dass es von Anfang an eine gemeinsame, eine partnerschaftliche Aufgabe ist.

Es genügt nicht, dass z.B. Schulleitungen oder Schulträger die Idee und das Konzept entwickeln und dann die Lehrer/innen, die außerschulischen Partner/innen und Schüler/innen wie Eltern dann „beteiligen“ und „mitwirken lassen“. Optimal ist deren frühzeitige Einbeziehung und wirkliche Mitwirkung, insbesondere auch die Entscheidungen betreffend.

2. Bedingungen, Formen und Methoden gelingender Kooperation

2.1 Die entscheidende Frage für alle Beteiligten bzw. zu Beteiligten ist: Qui bono?

Nur wenn es allen Beteiligten – warum auch immer – zumindest perspektivisch als nützlich erscheint, „auf gleicher Augenhöhe“ zusammenzuarbeiten, wird es Kooperation geben, die diesen Namen verdient.

Im Focus dieser Frage müssen letztlich und vor allem die Interessen der Kinder und Jugendlichen stehen, das was sie brauchen, um ihr Leben jetzt und künftig meistern zu können. Das ist die Messlatte für jegliche Veränderung respektive Weiterentwicklung ihrer Lernprozesse.

Für die Kinder und Jugendlichen ist eine offene, lebendige und lebens- wie liebenswerte Schule auf jeden Fall ein Gewinn. Allerdings fehlt wohl momentan und auf absehbare Zeit vielen Schülern/innen der Glaube daran, und angesichts der schlichten Verlängerung der Anwesenheitszeiten in der von ihnen häufig als wenig liebenswert erlebten „alten“ Schule, wählen sie diese mit den Füßen – oft nicht erst am Nachmittag – ab.

Eltern, insbesondere benachteiligte Familien, erleben offene Ganztagschulen zunehmend als fördernde und aktivierende Bildungsangebote.

Die Schule als Institution erfährt durch außerschulische Partner, durch die Nutzung externen Expertenwissens eine unterstützende Erweiterung und Ergänzung ihrer Kompetenzen und ihres Profils, die zu einer Verbesserung ihres Rufes und zur stärkeren Identifikation der Schüler/innen und Lehrer/innen mit ihrer Schule führen (können). Sie erhält eine Chance zur Innovation, (Re-)Habilitierung und (Re-)Vitalisierung.

Was hat Jugendhilfe, insbesondere die freien Träger im Feld Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit/Hilfen zur Erziehung, von einer Kooperation mit Schule?

Angesichts der offensichtlich nicht nur vorübergehenden Verschlechterung der (finanziellen) Arbeitsbedingungen für Jugendhilfe-Träger fällt das Antworten schwer. Es bleibt aber trotzdem richtig, dass es gerade auch unter

den Bedingungen des demografischen Wandels und in ländlichen Regionen darum gehen muss, sich neue Aufgabenfelder und Profile zu erschließen, dort Angebote zu präsentieren, wo die Kinder und Jugendlichen sind, und dies als Chance zu nutzen, die Schule (weiter) zu öffnen und innovativ zu verändern.

Erfahrungsgemäß steht am Anfang des Prozesses der Entwicklung einer kooperativen Arbeit ein hoch motivierter Initiator, der zumindest einen zweiten engagierten und aktiven Partner aus der anderen Institution findet oder gewinnt. Je höher diese Aktivisten in der Leitungshierarchie der Institution bzw. Organisation stehen, um so aussichtsreicher wird ihr Bemühen um die konzeptionelle und praktische Realisierung des Kooperationsprojektes. Diese Koproduktion kann nicht angeordnet werden, sie „wächst“ von unten und um so erfolgreicher, je mehr die Erfolge als Verbesserungen, Erleichterungen, Entlastungen etc. spürbar und sichtbar werden¹.

Generell und langfristig benötigt Koproduktion allerdings mehr als persönlich-engagiertes Agieren. Dieses muss, um nachhaltig zu sein, strukturell abgesichert und verankert werden.

Und dies zumindest auf der Projektebene und darüber hinaus auf der lokalen, sozialräumlichen bzw. regionalen Entscheidungsebene (Steuerebene) – bei Schule, dem Schulamt und dem Schulträger und bei Jugendhilfe, dem Jugendamt und dem für Jugendhilfe zuständigen Sachgebiet der kommunalen Verwaltung (oft identisch mit dem Schulträger).

Wenn Kooperation (besser) gelingen soll, dann müssen die „richtigen“ Ebenen zueinander finden. Im Folgenden werden die zuständigen Institutionen auf den verschiedenen Arbeitsebenen mit den jeweiligen Aufgaben aufgeführt.

siehe Auflistungen auf der Folgeseite

Eine zweite Erfahrung aus der Analyse erfolgreicher Kooperationen ist es, dass es nach der Eingangsphase der Ideenentwicklung sehr schnell gelingen muss, die benötigten/angestrebten Partner einzubinden, und zwar von Anfang an und auf gleicher Augenhöhe als Projekt- oder Arbeitsgruppe etc. Wird das Konzept von einer Seite allein erarbeitet und die Partnermitwirkung erst danach eingeleitet, ist es kein „gemeinsames Kind“.

Dies schließt nicht aus, dass sich jeder Partner, jede Gruppe (wie Eltern, Schüler/innen, Lehrer/innen etc.) unter sich über die von ihr angestrebten Ziele, Schwerpunkte usw. verständigt und dies dann in die gemeinsame Diskussion einbringt.

Die Ziele, Positionen und Bedingungen der Konzeptdiskussion werden i.d.R. in vertraglicher Form fixiert, die Umsetzung des Kontraktes wird dann in festgelegten regelmäßigen Beratungen der Projekt- oder Steuergruppe besprochen, ausgewertet und Folgerungen festgelegt. Dies gilt zugleich für die im Konzept zu verankernde Evaluation, für die es Schwerpunkte (unter Umständen) und Bewertungskriterien zu entwickeln gilt.

In vielen seit Jahren mit Erfolg arbeitenden Kooperationen Schule – Jugendhilfe hat sich gezeigt, dass es außerordentlich nützlich ist, über die Veranstaltungen zur Verbesserung der Kenntnisse über das System des Kooperationspartners (Strukturen, Funktionen, Abläufe, Ziele, Aufgaben und Besonderheiten etc.) hinaus in Fortbildungsveranstaltungen Vertreter/innen beider bzw. auch mehrerer/verschiedener Partner gemeinsam lernen und arbeiten zu lassen („Tandem-Fortbildungen“).

Gelingende Koproduktion bedingt und befördert die Öffnung von Schule. Dieser Prozess kann optimiert werden durch die Vernetzung des Projektes insbesondere der Schule mit möglichst vielen anderen Institutionen, Organisationen und Personen, die direkt oder indirekt mit Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen befasst sind. Dazu zählen fast überall – nicht nur in ländlichen Regionen – vor allem Vereine, Feuerwehr, Polizei, die Kirchen. Noch eher selten gelingt die Einbindung von Vertretern der Wirtschaft.

Zu einer Bestandserhebung² über die soziokulturelle Landschaft des Sozialraumes/Ortes/der Region gehört es, sich eine Übersicht, z.B. in einer Datenbank anzulegen und zu pflegen, welche Personen – Eltern, aber auch andere jüngere oder ältere Erwachsene, Rentner/innen – mit welchen Kompetenzen in der Lage und

1) Anmerkung: Übrigens bestätigen alle erfolgreich kooperierenden Projekte, dass es wichtig ist, „klein“ und „bescheiden“ anzufangen und sich überschaubare, kurzfristig erreichbare Ziele zu setzen. Insofern gilt: Der Weg ist das Ziel!

2) Um einen Überblick über Angebote für Kinder und Jugendliche der Region, des Ortes, des Sozialraumes zu bekommen, ist die Kontaktaufnahme zur Jugendhilfeplanung des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt zu empfehlen.

I. Rahmenbedingungen und „Rückendeckung“

JUGENDHILFE	SCHULE
Jugendministerium (und nachgeordnete Institutionen z.B. Sozialpädagogisches Fortbildungswerk)	Bildungsministerium (und nachgeordnete Institutionen z.B. Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg)
Landesjugendamt	Landesweit agierende Organisationen/ Gremien (z.B. Landeselternrat)
Liga der Wohlfahrtsverbände/	Schulämter
Landesverbände z.B. Landesjugendring etc.	

Abb.: Wenn Kooperation (besser) gelingen soll, dann müssen die „richtigen“ Ebenen zueinander finden.

II. Grundsätzliche (strategische/politische) Entscheidungen/ Steuerung

JUGENDHILFE	SCHULE
Landtag/ Landesjugendhilfeausschuss	Landtag/ Bildungsausschuss
Kommunale Vertretungskörperschaft/ Ausschüsse (Jugendhilfeausschuss)	Kommunale Vertretungskörperschaft/ Ausschüsse (Bildungs-/ Kulturausschuss)
Dezernenten	Dezernenten

III. Leitungsentscheidungen/ Projektsteuerung/ Controlling

JUGENDHILFE	SCHULE
Jugendamt/Amtsleitung/FB-Leitung	Schulamt
Sachgebietsleitung (ASD/EH/JA/JSA)	Schulträger/ Schulverwaltungsamt
Kommunales Amt (Jugend/Soziales)	Schulleitung
Geschäftsführung freier Träger	
Einrichtungsleitung	

IV. „Alltags“-Kooperation

JUGENDHILFE	SCHULE
Sachgebietsleitung/ Sachdienst – Mitarbeiter/innen/ Fachkräfte (auch freier Träger)	Schulleitung Klassenleiter/innen/ Klassenkonferenz
Mitarbeiter/innen der Einrichtung/ Bezugserzieher/innen	
Ehrenamtliche Kräfte	Elternvertretungen / Schülervertretungen

bereit sind, bestimmte Aufgaben zu welchen Konditionen zu übernehmen und auf die dann zur Durchführung dieser Aufgaben zurückgegriffen werden kann.

Eine positive Brandenburger Erfahrung ist es auch, initiiert und gefördert durch die Landesebene, Unterstützungs- und Begleitsysteme für Kooperationen und insbesondere auch Ganztagschulen zu installieren, die es Interessenten und „Beginnern“ ermöglichen, sich in ihrer Region über gelingende Kooperationen zu informieren und beraten zu lassen. Zu diesem System zählen in Brandenburg unter dem Dach von KoBra.net. u.a. die Landesfortbildungsstätten für Jugendhilfe und Schule³ mit diversen Veranstaltungen, Servicestellen (z.B. für Schülerclubs und Schülerfirmen), mit regionalen Arbeitsgruppen und Beratern/innen für Ganztagsangebote und mit Konsultationsstandorten für Ganztagschulen und nicht zuletzt die eingangs erwähnte Landeskooperationsstelle Schule – Jugendhilfe.

Im nächsten Schuljahr werden pro Schulamtsbereich zwei Lehrer/innen als Berater/innen bzw. Koordinatoren/innen für Soziales Lernen ausgewählt und ausgebildet. Eine landesweite Fortbildung für künftige Koordinatoren/innen (Fachkräfte für regionale-lokale und Projekt-Kooperation) ist in der Endphase der Vorbereitung und wird hoffentlich ab 2007 beginnen können.

Zusammenfassend können folgende Faktoren als „Katalysatoren“ von Kooperation/Ko-Produktion zwischen Schule und Jugendhilfe benannt werden:

- räumliche Nähe von Jugendhilfe-Träger und Schule; gemeinsames Einzugsgebiet (kurze Wege),
- systematische Aufbauarbeit von *einer* Schule und *einem* Jugendhilfe-Träger,
- kleine Einheiten als Kooperationspartner,
- personelle Kontinuität,
- Stützung durch Leitung,
- Stunden- und Arbeitszeitentlastungen für die Gestaltung von Kooperation,
- Stimmigkeit in den Hierarchieebenen,
- Wechselseitige Zurverfügungstellung sächlicher Ressourcen,
- Kooperation als Tagesordnungspunkt in Dienst- und Teambesprechungen; anschauliche, gut vorbereitete Präsentationen,
- gegenseitige Besuche; Arbeit im Tandem,
- gemeinsame Fortbildungen und Fachtage,
- effektive Gremien; strukturierte, zeitbegrenzte Sitzungen.

Abschließend erlauben Sie mir – ein wenig schmunzelnd und als Fazit und Ausblick – zwei

3) Sozialpädagogisches Fortbildungswerk (SPFW) und Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)

E&C Zielgruppenkonferenz: „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“ vom 11. und 12. Mai 2006

kurze Verweise: Erstens eine eher grundsätzliche Anmerkung: Die Verhaltensforschung hat neuerdings experimentell bewiesen, was die Menschheitsgeschichte schon seit langem offenbarte: Nicht nur das Denken, die Sprache, sondern insbesondere auch die Fähigkeit zur Kooperation hat den Menschen zum Menschen gemacht und seine „Überlegenheit“ begründet. „Ob als Jäger und Sammler, ...ob als Angestellter in einer modernen Demokratie – der Homo sapiens ist auf Gemeinsinn geeicht. Er kooperiert: Jeder gibt das Seine zum Gelingen dazu. So führt er Kriege, so baut er Häuser, so betreibt er Welthandel.“ (Von Bredo 2006, S. 125) Ich füge hinzu: So entwickelt er ein moderneres Bildungssystem.

Damit bin ich bei der zweiten Anmerkung, die eine Erfahrung aufgreift, die von vielen Teilnehmern/innen des Ersten Ganztagschulkongresses im Land Brandenburg⁴ bestätigt wurde: Es ist wichtig, sich konzeptionell auf ein strategisches Fernziel, vielleicht noch eher eine Vision zu beziehen, z.B. benannt als „Haus des Lernens“. Aber genauso wichtig ist es, sich überhaupt auf den Weg zu machen, mit kleinen Schritten zu beginnen, aber in die richtige Richtung.

Autor:

Dr. Klaus Schorner
Landeskooperationsstelle, Schule - Jugendhilfe Brandenburg (KoBra.net)
Rudolf-Breitscheid-Straße 58
14482 Potsdam
Email: schorner@kobranet.de

Literatur:

- Deinet, U. (2001): Sozialräumliche Verbindung, Stolpersteine und Schnittmengen der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. In: Deinet, U. (HG): Kooperation von Jugendhilfe und Schule – Ein Handbuch für die Praxis. Opladen. S. 9-21
- Thimm, K. (2006): Kooperation und Ganztag – Sieben Sünden und drei gute Gründe. In: Serviceagentur Ganztag/KoBRa.net (Hg.): Forum GanzGut (2006), Heft 01, S. 37-45
- Thimm, K. (2004): Chancen und Schwierigkeiten der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. In: Jugendhilfe (2004), Heft 6, S. 292-306
- Von Bredo, R. (2006): Macht der Niedertracht. In: Der Spiegel (2006), Heft 5, S. 124 - 126

4) Der erste Ganztagschulkongress „Ganztag in Brandenburg gemeinsam gestalten“ fand am 5. und 6. Mai 2006 in Cottbus statt.

Lotsen für die soziale und berufliche Integration – Partnerschaft zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitsvermittlung: Erfahrungen des Modellprogramms Kompetenzagenturen des BMFSFJ

An der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf verfolgen die Kompetenzagenturen das Ziel, besonders benachteiligte Jugendliche in Ausbildung und Erwerbsleben zu integrieren. Das Modellprogramm beinhaltet eine Reihe innovativer Elemente sowohl auf der Handlungs- und Umsetzungsebene als auch auf der Ebene der strukturellen Ausrichtung. Gemäß der Tagungsinhalte werden hier Fragen nach der Arbeit in Netzwerken und Kooperation eine besondere Rolle spielen.

Das Modellprogramm

Das Modellprogramm Kompetenzagenturen ist ein Förderprogramm an der Schnittstelle von sozialpädagogischer Förderung, beruflicher Orientierung und Qualifizierung, das sich an Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf richtet, die von bestehenden Angeboten bisher nicht oder nur unzureichend profitieren konnten. Anstelle der noch vorherrschenden Maßnahmeorientierung setzt das Programm an den Biografien der einzelnen Jugendlichen an. Es werden nicht neue pädagogische Angebote entwickelt, sondern Jugendliche so durch das Spektrum vorhandener Angebote gelotet, dass eine den jeweiligen Voraussetzungen, Motiven, sozialen Lagen und biografischen Situationen entsprechende optimale Förderung erfolgt. Mit Hilfe des Handlungsinstrumentes Case Management wird jungen Menschen bei Bedarf eine Palette individuell und passgenau abgestimmter Unterstützungsangebote unterbreitet, die über die Grenzen bestehender Einzelmaßnahmen hinausgehen. Die Kompetenzagenturen übernehmen hierbei eine längerfristige Vermittler- und Lotsenfunktion. In Zusammenarbeit mit den institutionellen Kooperationspartnern/innen sollen Förderlücken aufgespürt und geschlossen werden.

Zentrale Ziele:

- Von beruflicher und sozialer Ausgrenzung bedrohte Jugendliche werden an das Ausbildungssystem und den Arbeitsmarkt herangeführt.
- Bereits marginalisierte und ausgegrenzte Jugendliche werden sozial und beruflich reintegriert. Schwachstellen und Lücken in den lokalen Angeboten zur Förderung des

Klientels werden identifiziert und in Zusammenarbeit mit den vorhandenen Institutionen neue Angebotstypen initiiert.

Die organisatorische Steuerung des Programms erfolgt über eine Regiestelle beim Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS GmbH). Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Mit dem Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit - Modellphase Kompetenzagenturen“ erproben seit dem Programmstart im November 2002 bundesweit 15 Kompetenzagenturen neue Dienstleistungsangebote an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf. Die Aufnahme einer 16. Kompetenzagentur zu Beginn des letzten Jahres wurde als sinnvoll erachtet, da sich Ende 2004 herausstellte, dass alle 15 Kompetenzagenturen des Modellprogramms in Landkreisen oder Kommunen angesiedelt waren, die sich für die Organisationsform der ARGE (Arbeitsgemeinschaft) zur Umsetzung des SGB II entschieden hatten. Mit der neuen Agentur in Wiesbaden wurde eine Optionskommune als Vergleichsgröße nachträglich aufgenommen. Die Kompetenzagentur Leipzig hat zum 31. Dezember 2005 ihre Arbeit eingestellt, sodass zur Zeit wieder 15 Kompetenzagenturen im Modellprogramm arbeiten. Das Programm startete am 01. November 2002 und hat eine Programmlaufzeit bis zum 30. September 2006.

Handlungsansatz der Kompetenzagenturen:

Bei der Ausarbeitung des Rahmenkonzepts für das Modellprogramm ging das BMFSFJ von zwei Erkenntnissen aus, die sich aus vorangegangenen Modellphasen herauskristallisiert hatten.

- Es zeigte sich ein höherer Steuerungsbedarf in der Kooperation und Koordination der Jugendberufshilfe.

Jugendberufshilfe meint hier alle Akteure, die sich mit der sozialen und beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher befassen. Es gab in der Vergangenheit viele gute Ansätze der direkten Zusammenarbeit einzelner Akteure zu beobachten. Auf der Praxisebene, in der direkten „Face to Face“-Kooperation, klappte die Gemeinschaftsarbeit in der Regel

gut. Selten jedoch konnte man eine systematische, verbindliche, Ressort übergreifende und institutionell verankerte Zusammenarbeit feststellen.

- Die Förderung der Jugendlichen bedarf einer stärker am Individuum orientierten Unterstützung.

Die Jugendberufshilfe war in der Vergangenheit sicherlich mit vielen guten Maßnahmen erfolgreich. Doch die Strukturen und Inhalte dieser Maßnahmen schienen, sich nicht wirklich an den vielfältigen Lebens- und Problemlagen des Einzelfalles auszurichten. Es gab und gibt zwar eine unüberschaubare Fülle von Angeboten, bei der selbst Fachleute häufig den Überblick verloren, aber Fehlbelegungen, Abbrüche, sogenannte Maßnahmekarrieren deuteten darauf hin, dass die pauschale Zielgruppenorientierung in vielen Fällen den spezifischen Anforderungen des Individuums nicht gerecht werden konnte. Das Schlagwort der „Verschiebeparkplätze“ beschreibt den Umstand, dass Zuständigkeiten und Zielrichtungen der Maßnahmen nicht immer geklärt waren. Inzwischen ist der Begriff der „passgenauen Vermittlung“ von Jugendlichen in Angebote und Maßnahmen, die genau auf den Einzelfall zugeschnitten sind, eine Handlungsmaxime, der sich auch die Kompetenzagenturen verpflichtet fühlen.

Was wollen die Kompetenzagenturen also anders machen?

Die Kompetenzagenturen nehmen eine *zentrale* Vermittler- und Lotsenfunktion zur beruflichen und sozialen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher ein. Als fachlich anerkannte Dienstleister vermitteln sie zwischen solchen Jugendlichen, deren soziale und berufliche Integration gefährdet ist, und dem vorhandenen Spektrum von Angeboten des Bildungssystems, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsagenturen, der freien Träger und des sozialen Sicherungssystems. Dazu schaffen sie Transparenz in lokalen und regionalen Angebotsstrukturen der Benachteiligtenförderung, identifizieren Defizite in den Angebotsstrukturen und initiieren Angebote, die für eine effektive Förderung der beruflichen Integration erforderlich, aber vor Ort bislang nicht vorhanden sind. Die Kompetenzagenturen entwickeln und erproben geeignete Konzepte der aufsuchenden Arbeit, um diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die vom bestehenden System der Hilfeangebote nicht profitieren bzw. von sich aus den Zugang nicht finden und mit vielfältigen sozialen, schulischen und/oder beruflichen Problemlagen behaftet sind. In ihrer präventiven Orientierung nehmen die Agenturen die Probleme

von Schulmüdigkeit, Schulverdrossenheit und Schulverweigerung zum Anlass, eng mit den Akteuren des ersten Bildungssystems zusammen zu arbeiten. Damit tragen sie dazu bei, Maßnahmekarrieren im Ansatz zu verhindern und begleiten die Jugendlichen über die erste Schwelle hinweg. Zur Sicherung der individuellen Förderung kommen Handlungskonzepte des Case Management für diese Zielgruppen zum Einsatz. Durch die konsequente Organisation „maßgeschneiderter“ Übergangshilfen und den Einbezug aller verfügbaren Unterstützungsangebote werden die Prozesse der sozialen und beruflichen Reintegration optimiert und systematisch umgesetzt. Die einzelnen Jugendlichen werden aktiv an der Entwicklung und Umsetzung der individuellen Förderpläne beteiligt. Ihre Ressourcen und Kompetenzen werden ermittelt und fließen in den Förderungsprozess ein. Zur Aktivierung der Selbsthilfepotentiale der Jugendlichen werden die Ressourcen des Elternhauses und des familiären Umfeldes systematisch in die Unterstützungsplanung mit einbezogen und umfassend gefördert.

Im Sinne des Gender Mainstreaming überprüfen die Kompetenzagenturen ihre Methoden und Strategien kontinuierlich daraufhin, welchen Beitrag diese zur Verbesserung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern leisten. In Analogie zum Genderprinzip wird auch Cultural Mainstreaming als Querschnittsaufgabe im Modellprojekt betrachtet. Jugendliche anderer Nationalität und anderer kultureller Herkunft werden in ihrer Lebenswelt wahrgenommen und ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert.

Was kennzeichnet die Zielgruppe der Kompetenzagenturen, die „besonders benachteiligten Jugendlichen“?

Das können Jugendliche sein, mit:

- individuellen psychosozialen Benachteiligungen wie Lern- und Leistungsbeeinträchtigungen, Verhaltensstörungen oder Suchtverhalten;
- bildungsbedingten Benachteiligungen wie Schulmüdigkeit oder -verweigerung, Abbrüche von Ausbildungen oder berufsorientierenden Maßnahmen;
- sozial bedingten Benachteiligungen, etwa ein instabiles oder fehlendes Familiennetz, Straffälligkeit, Wohnungslosigkeit oder Migrationshintergrund.

Besonders benachteiligt und damit Betreuungskunden im Case Management, der langfristigen Fallbegleitung, sind die Jugendlichen aber erst dann, wenn eine besondere Schwe-

re vorliegt bzw. ein Mix aus verschiedenen Benachteiligungen zusammenkommt, wenn also sogenannte *multiple* oder *multikomplexe* Problemlagen vorliegen. Genau diese Jugendlichen werden in großer Zahl von den Kompetenzagenturen erreicht. Und eine wichtige Erfahrung zeigt sich bereits deutlich: Die Bearbeitung einer solchen Bündelung von verschiedenen Problemlagen verlangt nach einer besonders geduldigen, intensiven Unterstützung der Jugendlichen, die langfristig aufgebaut wird und sich auf eine vertrauensvollen Arbeitsbeziehung stützen muss.

Hier wird z.B. bereits der vom klassischen Fallmanagement vorgesehene Zeitrahmen allein für den Aufbau einer vertrauensvollen Arbeitsbeziehung deutlich überschritten. Hierbei wird hohe sozialpädagogische Kompetenz abgefragt, wie alle bescheinigen können, die mit schwierigen jungen Menschen arbeiten oder gearbeitet haben. Die wissenschaftliche Begleitung hat mit ihren Auswertungen belegt, dass genau diese jungen Menschen im Modellprogramm erreicht werden und dass „Creamingeffekte“ (vgl. Beginn dieses Artikels) offenbar gering sind. Einzelfallbeschreibungen aus der Praxis zeigen, dass es sich bei den Klienten/innen der Kompetenzagenturen tatsächlich um die „ganz harten Fälle“ handelt. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Zahlen interpretiert werden, die wir in unserer Zwischenbilanz präsentieren können. Die Zahlen verweisen auf eine erfolgreiche Lotsenarbeit und bestätigen den Ansatz als für diese Zielgruppen richtig und sinnvoll. Unsere letzte Transferkonferenz im Dezember 2005 hieß „erreichen, halten und vermitteln“, weil dies die drei Ebenen beschreibt, auf denen die Kompetenzagenturen mit ihrer Arbeit erfolgreich sind.

Erfolge des Modellprogramms: erreichen, halten & vermitteln

Erreichen

Über unterschiedliche Konzepte aufsuchender Arbeit, in enger Zusammenarbeit mit den abgebenden Schulen und über Absprachen mit zuständigen Institutionen haben die Kompetenzagenturen bis zum November 2005 insgesamt weit über 5000 junge Menschen erreicht und in der programmbegleitenden Software erfasst. Das Deutsche Jugendinstitut hat die aktuellen Daten aus der Software ausgewertet.

5048 Jugendliche wurden insgesamt von den Kompetenzagenturen erreicht, davon:

- 58 % im Fallmanagement
- 19 % in intensiver Beratung
- 23 % in kurzer Beratung und Weitervermittlung

Nur knapp ein Fünftel der erreichten Jugendlichen sind so genannte „einfache Beratungskunden“, die nach relativ kurzer Zeit an andere Stellen weitervermittelt werden können.

Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Modellprogramm beträgt 38 %. Wenn man nach alten und neuen Bundesländern unterscheidet, verschieben sich die Zahlen. Der Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist mit durchschnittlich 48 % in den alten Bundesländern (im Vergleich zu 4 % in den neuen Bundesländern) relativ hoch und liegt in manchen Kompetenzagenturen sogar noch weit über 50 %. Das entspricht durchaus der Zusammensetzung der Schüler/innen in vielen Hauptschulklassen. Im Modellprogramm zeigt sich deutlich, dass eine möglichst frühzeitige Ansprache, insbesondere in den Schulen, sehr wichtig ist. Präventives Ziel der Kompetenzagenturen ist, dazu beizutragen, dass kein/e Jugendliche/r die Schule ohne direkte Anschlussperspektive verlässt. Unnötige und kostenintensive Warteschleifen können so frühzeitig vermieden und Wartezeiten verkürzt werden. Die Kompetenzagenturen arbeiten dafür mit unterschiedlichen präventiven Konzepten in den Schulen.

Halten

Die erreichten Jugendlichen in den Beratungsprozess aktiv einzubinden, sie dort zu halten ist eine wichtige Aufgabe der Kompetenzagenturen. Hier kommt den Mitarbeitern/innen die Erfahrungen der Jugendhilfe mit partizipativen Beratungsansätzen zugute. Es gelingt offenbar „fördern und fordern“ so auszutarieren, dass zumindest der Kontakt bestehen bleibt. Mit den Methoden des Case Managements wurden knapp 3000 Jugendliche (58 %) intensiv begleitet. In 16 % der Fälle wurde der Prozess abgebrochen. Die inzwischen vermittelten Jugendlichen durchliefen ein Case Management von durchschnittlich 9 ½ -Monaten Dauer.

Wenn für 16 % der Fälle der Beratungsprozess abgebrochen werden musste, dann ist das zu bedauern, weil mit diesen Jugendlichen keine adäquate Perspektive entwickelt werden konnte. Die Abbruchgründe werden noch genauer untersucht. Die Zahl bedeutet aber im Umkehrschluss auch, dass es in 84 % der Fälle gelungen ist, die Jugendlichen einzubinden und im Beratungsprozess zu halten. Die Bündelung von verschiedenen Problemlagen der benachteiligten Jugendlichen verlangt nach einer besonders geduldigen und intensiven Unterstützung im Case Management. Hierbei geht es nicht darum, möglichst schnell zu einer Eingliederungsvereinbarung zu kommen, sondern Jugendliche überhaupt an eine für beide Seiten verbindliche Absprache heran zu führen.

Der Kontakt muss langfristig und sorgsam aufgebaut werden und die Zusammenarbeit muss sich auf eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung stützen können. Dadurch, dass Kompetenzagenturen mit ihren Angeboten immer wieder neu auf die Jugendlichen zugehen, können sie diese erreichen und tatsächlich auch halten. Mit hoher sozialpädagogischer Beratungskompetenz können sie die Jugendlichen von der Glaubwürdigkeit ihres Angebots überzeugen. Durch verlässliche Beziehungsarbeit setzen die Kompetenzagenturen dem häufigen Misstrauen dieser Jugendlichen in soziale Beziehungen ein hartnäckiges „Werben“ und das Angebot einer belastbaren, tragfähigen Beziehung entgegen. Die Mitarbeiter/innen der Kompetenzagenturen schaffen es in vielen Fällen, Jugendliche dazu zu befähigen, ihre Probleme in immer größerer Eigenverantwortung anzugehen und ihr Leben zunehmend selbst in den Griff zu bekommen.

Vermitteln

Die Kompetenzagenturen sind nicht im klassischen Sinne Arbeits-, Ausbildungs- oder Maßnahmevermittler. Vermitteln im Rahmen ihrer Lotsenfunktion bedeutet, dass sie zwischen den Erfordernissen der Jugendlichen und den zur Verfügung stehenden Unterstützungsangeboten vermitteln. Dabei müssen besonders die zuständigen Finanzgeber überzeugt werden. Die Kompetenzagenturen verfügen über keine Mittel zur direkten Finanzierung von Maßnahmen für die Jugendlichen. Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, können sich die Verbleibzahlen der Jugendlichen, die das Case Management durchlaufen haben, sehen lassen. Von den 31 % der Jugendlichen, die das Fallmanagement beendet haben, konnten zusammen 47 % in eine Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden. 23 % besuchen weiter oder wieder die Schule und 24 % wurden in weiterführende Förderangebote vermittelt.

Diese Zahlen werden im Laufe des Jahres noch differenzierter ausgewertet. Z.B. lässt sich im Moment noch nicht sagen, wie viele Jugendliche in so genannte „Arbeitsgelegenheiten“ vermittelt wurden. Man weiß aus einer Monitoringumfrage im Juni 2004, dass die Kompetenzagenturen mit dem Instrument der Arbeitsgelegenheiten sehr vorsichtig umgehen und auf jeden Fall sehr darauf achten, dass sie einen hohen Qualifizierungsanteil beinhalten. Einige Jugendliche haben ihren Wehr- oder Zivildienst angetreten oder sich entschieden, zunächst Familienarbeit zu leisten.

Erfolgreiche Verstetigung der Kompetenzagenturen

Finanzierung 2006 und Perspektiven

Dadurch, dass die Kompetenzagenturen sehr ausführliche Anamnese-, Profiling- und Kompetenzfeststellungsverfahren einsetzen und ihre spezifischen sozialpädagogischen Methoden anwenden, können sie dezidierte Hilfepläne erarbeiten und die Jugendlichen offensichtlich in die für sie „richtigen“ Angebote vermitteln. In den überwiegenden Fällen folgen die kooperierenden Entscheidungsträger/innen den Vorschlägen der Kompetenzagenturen für „passgenaue“ Maßnahmeabfolgen für die einzelnen Jugendlichen. Um einen „passgenauen“ Eingliederungsplan erstellen und umsetzen zu können, der den individuellen Kompetenzen und dem spezifischen Förderbedarf der einzelnen Jugendlichen gerecht wird, müssen die Kompetenzagenturen über die ganze Bandbreite der örtlichen und regionalen Kontakte verfügen. Hier geht es nicht nur um die so genannten „Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung“, sondern wirklich um die ganze Palette der zur Verfügung stehenden Unterstützungsangebote. Das können auch die Migrantenvereine, die Sportvereine, Jugendtreffs, Familienberatungsstellen oder vergleichbare Angebote sein. Wichtig ist, dass alle Möglichkeiten bekannt sind und genutzt werden. Zur Arbeit der Kompetenzagenturen in Netzwerken gehört natürlich die enge Zusammenarbeit mit den Schulen, den Schulämtern, dem Jugendamt, der Sozialverwaltung, den Trägern der Jugendberufshilfe und den Jobcentern. Darüber hinaus kooperieren viele Kompetenzagenturen auch eng mit Firmen, Kammern und Wirtschaftsverbänden. In der Regel arbeiten die Kompetenzagenturen inzwischen fallbezogen sehr eng und gut mit den Mitarbeitern/innen in den ARGE'n und Jobcentern zusammen, egal, ob es sich um Fallmanager/innen, persönliche Ansprechpartner/innen oder Berufsberater/innen handelt. Wichtig ist, dass sie über eine gute Zusammenarbeit gemeinsam die bestmögliche und effektivste Unterstützung für die Jugendlichen erreichen. Das funktioniert am besten dadurch, dass die Instrumente der sozialen Stabilisierung mit den Angeboten der beruflichen Integration aufs engste verzahnt werden. Dazu sind viele Kompetenzagenturen inzwischen auch anerkannte Gesprächspartner der ARGE-Leitungsebenen in Fragen der zukünftigen beruflichen und sozialen Integration benachteiligter Jugendlicher. Ein großer Erfolg des Modellprogramms besteht in der frühzeitigen Absicherung der Nachhaltigkeit des Modells der Kompetenzagenturen.

15 von 16 Kompetenzagenturen werden in

kommunaler Förderung weiter bestehen. Die Bundesförderung endet zum 30.09.2006. Die kommunale Finanzierung für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2006 ist sicher gestellt. Es liegen in allen Fällen die Absichtserklärungen von politischen Gremien oder administrativen Entscheidungsträgern vor, die Leistungspalette der Kompetenzagenturen langfristig in die Förderangebote für benachteiligte Jugendliche zu integrieren. Die weitere Förderung der Kompetenzagenturen erfolgt für

- 6 Kompetenzagenturen durch: Kommune (Jugendamt),
- 6 Kompetenzagenturen durch: Kommune und ARGE,
- 3 Kompetenzagenturen durch: Kommune, ARGE und Arbeitsagentur.

Dies zu erreichen war – angesichts der angespannten Haushaltslage der Kommunen und Kreise – nicht einfach. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass sich in sechs Fällen die ARGE'n und in drei weiteren Fällen zusätzlich die Agenturen für Arbeit anteilig an dieser Finanzierung beteiligen werden. Die restlichen Kompetenzagenturen werden überwiegend über Mittel der Jugendhilfe erhalten. Dieses Ergebnis der nachhaltigen Verankerung der Kompetenzagenturen spricht für die gute Arbeit, die vor Ort geleistet wurde und wird, und man kann mit gutem Gewissen sagen, dass das Modellprogramm mit seinen Intentionen und Wirkungen an den lokalen Standorten erfolgreich verläuft.

Partnerschaften, Kooperationen, Netzwerkarbeit

Die Kompetenzagenturen arbeiten in vielen Netzwerken, agieren auf vielen Netzwerkebenen und unterhalten eine Fülle von Kooperationen, um ihrer Lotsenfunktion gerecht werden zu können:

- Bei der *kundenorientierten Arbeitsebene* stehen die operative Einbindung, die persönlichen Kontakte, die verbindliche Kooperation und Zusammenarbeit im Vordergrund.
- Die *regionalpolitische Ebene* dient der strukturellen Einbindung und lokalen Absicherung des Dienstleistungsangebotes.
- Auf der *sozialräumlichen Ebene* findet die fachliche Abstimmung der Zielsetzungen und der konkreten (Zusammen-)Arbeit statt. Auf dieser Ebene bildet sich auch die organisatorisch-strategische Einbindung der Kompetenzagentur ab.

Für die gelingende übergreifende Lotsen- und Vermittlertätigkeit der Kompetenzagenturen ist es erforderlich, dass der Träger einen neutralen

Status hat, eine anerkannte fachliche Position und Akzeptanz im Umfeld einnimmt und auf eine nachhaltige Arbeitsweise im bestehenden Hilfesystem verweisen kann. Diese Verankerung im Feld der Akteure wurde durch intensive Beteiligung der Leitungsebene der Kompetenzagenturen in den regionalpolitischen und sozialräumlichen Netzwerken erreicht. Für die aufsuchende Arbeit, die präventiven Angebote und die konkrete individuelle Fallbegleitung im Case Management ist vor allem die Qualität der Kontakte auf der kundenorientierten Arbeitsebene von Bedeutung. Zur Schließung von Förderlücken im bestehenden Angebotsgefüge müssen ausgehend von den Erfordernissen der Fallarbeit die sozialräumliche und regionalpolitische Netzwerkebene einbezogen werden.

BEISPIEL: Kundenorientierte Kooperation

Am Beispiel eines typischen Falles der Kompetenzagentur Leipzig kann das Zusammenspiel der verschiedenen Netzwerke auf der kundenorientierten Ebene verdeutlicht werden. Markus (21 Jahre) ist arbeitslos, er hat keinen Schulabschluss. Das Verhältnis zu seinen Eltern ist seit langem schwierig. Halt fand der labile junge Mann bei rechtsradikalen Gruppen. Um sich innerhalb der rechten Szene zu behaupten, beging er unter Alkoholeinfluss mehrere Gewalttaten. Zunehmend verloren sich die Bindungen an Eltern und seine Freundin, der Einfluss der neuen Freunde von rechts stieg. Die Bewährungshilfe schaltete die Kompetenzagentur ein. In den ersten Gesprächen mit Markus zeigte sich, dass der junge Mann motiviert war, einen Schulabschluss nachzuholen und eine Ausbildung zu beginnen. Die vom Gericht verhängten Arbeitsstunden leistete Markus unter Vermittlung der Kompetenzagentur in einer städtischen Dienststelle ab, in der er „quasi“ als Praktikum erste Erfahrungen im Bereich Maler sammeln konnte, seinem Wunschberuf. In der Beratung wurde auch deutlich, dass Markus unter dem zerrütteten Verhältnis zu seiner Familie und Freundin sehr litt. Der Fall kann hier nicht in seiner ganzen Länge dargestellt werden, deshalb in Kurzform: Die Begleitung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem hier greifenden institutionellen Netzwerk. Nach ca. zwei Jahren hat es auch in Markus' persönlichem und familiärem Umfeld Veränderungen gegeben. Durch Vermittlung eines Freundes der Familie, hat sich das Verhältnis zu Eltern und Freundin deutlich verbessert und ist wieder tragfähig geworden. Aus der rechten Szene hat sich Markus gelöst. Die Kompetenzagentur begleitete Markus auf diesem Weg über die verschiedenen Maßnahmen hinweg, plante mit ihm gemeinsam die notwendigen Schritte, führte mit den herangezogenen Netzwerk-

partnern Planungsgespräche, um passgenaue Maßnahmen anbieten zu können und leistete flankierende Unterstützung, wenn der Gesamtprozess an der einen oder anderen Stelle in Gefahr geriet.

BEISPIEL: Sozialräumliche und Regionalpolitische Netzwerkebenen

Am Beispiel der Netzwerkkontakte der Kompetenzagentur Cottbus wird die Vielfältigkeit der Partner deutlich, mit denen die Kompetenzagentur im Austausch steht und zusammenarbeitet. Es ist wichtig klarzustellen, dass die Kompetenzagentur immer versucht, eine gleichberechtigte Stellung gegenüber allen Kooperations- und Netzwerkpartnern einzunehmen:

- Lenkungsrunde der Sozialen Stadt Sachsendorf-Madlow,
- Lenkungsrunde Lokales Kapital für soziale Zwecke im Stadtteil Sachsendorf-Madlow,
- Familienbildung des FB Sozialwesen der FH-Lausitz im Stadtteil Sachsendorf-Madlow,
- Lokales Bündnis für Familie im Stadtteil Sachsendorf-Madlow,
- AG Jugendarbeit im Stadtteil Neu-Schmellwitz,
- Lenkungsrunde der Kompetenzagentur Cottbus,
- Lokales Bündnis für Familie für die Stadt Cottbus,
- AG 78 des Jugendamtes der Stadt Cottbus.

Dazu kommen zahlreiche informelle Gesprächsrunden mit den Mitarbeitern/innen der Jugendclubs, der Jugendgerichtshilfe, des Jugendhilfe Cottbus e.V., der Diakonie Cottbus, dem Paritätischen Verein Cottbus, der AWO Cottbus, dem Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes, den städtischen Schulsozialarbeitern/innen, den Mitarbeitern/innen der sozialen Dienste der Justiz u.v.m. Hier wird die Vielfalt der Zusammenarbeit aber auch die Rolle der freien gemeinnützigen Träger sehr deutlich. Vor allem die Vereine mit ihren spezifischen Angeboten der konkreten Lebenshilfe und Freizeitgestaltung spielen für die soziale Integration vieler Jugendlicher häufig eine bedeutende Rolle (z.B. Beratungsangebote der Migrantenvereine, offene Jugendhäuser und Freizeitstätten, Sportvereine u.v.m.). Die Kompetenzagenturen können mit ihrer Arbeit in den Netzwerken dazu beitragen, dass alle gemeinsam an der sozialen und beruflichen Integration der Jugendlichen arbeiten und ihre jeweiligen Angebote aufeinander abstimmen.

Im Folgenden werden noch einige grundsätzliche Überlegungen und Hinweise aus den Er-

fahrungen der vernetzten Zusammenarbeit der Kompetenzagenturen aufgezeigt.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in Netzwerken – Erfahrungen der Kompetenzagenturen:

Integration in bestehende Netzwerke

Im Modellprogramm ging es nicht darum weitere Netzwerke aufzubauen, sondern die vorhandenen Netzwerkstrukturen zu erfassen und sich in bestehende Arbeitszusammenhänge und Netzwerke einzubringen.

Netzwerkmanagement ist nicht Aufgabe der Kompetenzagenturen

Den Kompetenzagenturen wurde in den meisten Fällen davon abgeraten, die aktive Rolle des Netzwerkmanagements zu übernehmen. In den meisten Fällen fehlt es den Trägern an der entsprechenden Umsetzungsmacht. Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit ihrer neutralen Stellung im Anbietergefüge brauchen die Kompetenzagenturen die Netzwerke als externe Kontrollinstanzen oder zur freiwilligen Selbstkontrolle. Darüber hinaus fehlen den Kompetenzagenturen die entsprechenden Ressourcen, da ihre Hauptaufgabe in der konkreten Fallarbeit besteht. Im Falle der Organisation der vielerorts noch ausstehenden Jugendkonferenzen nach SGB II wurde den Kompetenzagenturen aber empfohlen, sich aktiv für deren Durchführung einzusetzen und ggf. auch bei der Organisation und Gestaltung mitzuwirken.

Netzwerke brauchen Moderation

Effektiv arbeitende Vernetzungseinheiten brauchen Verantwortliche, die die Prozesse und Entscheidungen vorbereiten, organisieren, moderieren und dokumentieren.

Netzwerke brauchen Promoter/innen

Wirkungsvolle Netzwerke beteiligen Personen mit Umsetzungsmacht, die aufgrund ihres Amtes oder ihrer Funktion die fachlichen Inhalte und Ergebnisse in entsprechende Entscheidungsgremien bringen können. Es ist wichtig, dass Arbeitskreise anerkannt, politisch gewollt oder rechtlich vorgeschrieben sind.

Voraussetzungen für erfolgreiche Kooperation:

Zusammenarbeit aller hierarchischen Ebenen

Top down- und Bottom up-Strategien müssen ineinander greifen. Beispiel Schule: Genauso wichtig, wie einzelne Lehrer/innen für eine Zusammenarbeit zu begeistern, ist es, die Schulleitung von der Wichtigkeit der Kooperation

zu überzeugen. Umgekehrt kann die Schulleitung Kooperation kaum verordnen, wenn es auf der Praxisebene nicht „funkt“ und funktioniert. Hilfreich sind auf jeden Fall Türöffner. Das können Kontakte über bereits gelingende Zusammenarbeit sein oder Empfehlungen von Kollegen/innen.

Ressourcen (räumlich, personal und finanziell)

Erfolgreiche Netzwerkarbeit braucht Ressourcen. Damit sind aber nicht nur Geldmittel gemeint. Schulen können zum Beispiel selten finanzielle Ressourcen einbringen. Diese müssen meist mitgebracht oder anderweitig akquiriert werden. Schule kann aber Personalressourcen (Deputatsstunden) stellen, Zugänge zu den Jugendlichen ermöglichen oder Räume zur Verfügung stellen (Werkstätten, Besprechungsräume, Veranstaltungssäle, Schulhöfe, Sportanlagen usw.).

Effektive Kommunikationsstrukturen, ggf. Moderation

Dies heißt in erster Linie: solange und klar kommunizieren, bis man sich versteht und von der selben Sache spricht, aber auch: kulturelle Unterschiede überwinden. Wenn mehrere Partner kooperieren ist es sinnvoll, die Organisation von Besprechungen und Sitzungen verantwortlichen Moderatoren/innen zu übertragen.

Schärfung der jeweiligen Profile in der Alltagspraxis

Es sollte sehr deutlich beschrieben werden, was das spezifische (Leistungs-)Angebot der einzelnen Partner ist. Am Beispiel der Zusammenarbeit an einer Hauptschule kann dies verdeutlicht werden: In Absprache mit der Schulleitung gab es an dieser Schule sowohl die Beratung durch die Berufsberatung des damaligen Arbeitsamtes als auch das Angebot der Kompetenzagentur. Weder Lehrer/innen noch Schüler/innen wussten, an wen sie sich wenden können. Beide Beratungsangebote schienen in Konkurrenz zueinander zu stehen. Erst als in ausführlichen Klärungsgespräche deutlich herausgearbeitet wurde, dass sich das Angebot der Berufsberatung an alle Schüler/innen richtet, die Kompetenzagenturen aber für die besonders „schwierigen“ Schüler/innen zuständig sind, konnte dies auch nach außen klagestellt und die jeweilige Akzeptanz auch bei den Nutzern/innen gesteigert werden.

Ausreichende Kenntnis der gegenseitigen Arbeitsfelder

Man sollte wissen, was die jeweils andere Institution tut und was ihre Aufgaben sind, wo die Überschneidungen und Abgrenzungen sind.

Ziel ist es, Synergieeffekte herzustellen und ergänzend zu arbeiten. Doppelstrukturen sind zu vermeiden.

Standardisierung der Instrumente (Verträge, Vereinbarungen) und bedarfsorientierte Weiterentwicklung

Es geht um die strukturelle Absicherung der Zusammenarbeit, die auch Personalwechsel überdauern bzw. längerfristige Planungssicherheit bieten kann. Eine standardisierte Kooperation geht über die persönliche Beziehung hinaus. Hier ist die strategische Ebene angesprochen, indem durch klare Regelungen und Zielvereinbarungen Inhalt und Form der Zusammenarbeit konkret abgesprochen wird.

Subjektive Faktoren für erfolgreiche Kooperation und Zusammenarbeit

Hier seien nochmals die Faktoren einer erfolgreichen Zusammenarbeit genannt, die selbstverständlich erscheinen, aber in der Hektik des Alltags häufig in Vergessenheit geraten:

- Überzeugung, dass die Kooperation notwendig ist,
- gegenseitige Anerkennung,
- partnerschaftliches Verhältnis der Beteiligten,
- Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zum Abbau von Ängsten und Konkurrenzgefühlen,
- gegenseitiger Respekt und Kritikfähigkeit und
- Feedback.

Mit den aufgeführten Zitaten der Praktiker/innen der Kompetenzagenturen soll auf die Bedeutung vernetzten Arbeitens abschließend noch einmal hingewiesen werden:

- „Die Lotsen brauchen den Überblick in ihrem Sozialraum. Sie leben von individuellen (persönlichen) Kontakten, sind eingebunden in das Netzwerk und damit stets ein Teil von ihm.“
- „Netzwerkarbeit geschieht nicht um ihrer selbst Willen. Im Mittelpunkt der (Netzwerk-) Arbeit der Kompetenzagenturen steht stets der Unterstützung suchende junge Mensch. Durch den umfassenden Ansatz der vernetzten Arbeit können ihm/ihr zeitnah geeignete Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden.“
- „Die Einbindung in Netzwerkgruppen stellt sicher, dass Bedarfe und notwendige Angebote an die verantwortlichen, relevanten sozialpolitischen Stellen transportiert werden. Die im fachlichen Austausch gewonnenen Ergebnisse können so als Planungsgrundlage in zukünftige oder bereits vorhandene Angebote einfließen.“

- „Ein funktionierendes Netzwerk braucht ständige Pflege, mit einem einmaligen Aufbau ist es nicht getan.“

Autor:

Hardy Adamczyk

INBAS GmbH

Regiestelle Kompetenzagenturen

Herrnstr. 53

63065 Offenbach am Main

Email: adamczyk@inbas.com

Der Integrationsbeistand oder: Wie die ARGE des Landkreises Heilbronn Landessieger beim Förderpreis „Jugend in Arbeit“ wurde

Die Arbeitsgemeinschaft der Agentur für Arbeit Heilbronn und des Landkreises Heilbronn (ALH - ARGE Landkreis Heilbronn) konnte sich beim Landeswettbewerb Baden-Württemberg im Rahmen des bundesweiten Förderpreises „Jugend in Arbeit“ den undotierten Preis in der Kategorie SGB-II-Umsetzer mit ihrem besonderen Betreuungskonzept für junge Menschen unter 25 Jahren sichern. Die Mitarbeiter/innen der ARGE Landkreis Heilbronn, die die Betreuung langzeitarbeitsloser Frauen und Männer im Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II übernommen haben, richten ihr Augenmerk besonders auf Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Ein Integrationsbeistand begleitet die jungen Menschen auf ihrem Weg in die Arbeitswelt und verbessert ihre Bewerbungschancen trotz teilweise hoher Vermittlungshemmnisse wie fehlendem Schulabschluss, Sprach- oder gar Suchtproblemen. Der Beistand ist auch noch nach einer gelungenen Vermittlung Ansprechpartner – auch für die Arbeitgeber. Die intensive Begleitung der Jugendlichen ist zunächst für maximal zwölf Monate vorgesehen.

Der Preis ist für die ARGE Landkreis Heilbronn vor allem eine Verpflichtung, den „Integrationsbeistand“ intensiv weiter zu führen. Es ist beabsichtigt, noch mehr Integrationserfolge erzielen und auch die Zusammenarbeit der Fallmanager/innen und Vermittler/innen mit den Integrationsbeiständen weiter verbessern. Darüber hinaus scheint sich bestätigt zu haben, dass es richtig war, die (freien) Träger der Jugendhilfe in dieses Projekt mit einzubeziehen. Dank ihrer Erfahrungen kann eine gute Begleitung der jungen Frauen und Männer auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden.

Die Auszeichnung würdigt auch die gute Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit Heilbronn und dem Landkreis Heilbronn. Denn nur dadurch konnte der „Integrationsbeistand“ an der Nahtstelle zwischen Arbeitsförderung und kommunalen Hilfsstrukturen angesiedelt werden.

Eine/r für zehn

Individuelle Betreuer/innen der ARGE Landkreis Heilbronn unterstützen Jugendliche bei der sozialen und beruflichen Integration. Die ARGE Landkreis Heilbronn entwickelte ein Konzept speziell für junge Menschen unter 25 Jahren aus problematischen sozialen Verhältnissen und mit mehreren Vermittlungs-

hemmnissen: Ihre sozialen Kompetenzen sind mangelhaft, sie haben meist keinen Schulabschluss, Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache oder Suchtprobleme. Solche Jugendlichen gelten auf dem Arbeitsmarkt als schwer vermittelbar. Die Idee der ARGE Landkreis Heilbronn: Ein/e persönliche/r Betreuer/in, genannt Integrationsbeistand, unterstützt diese jungen Menschen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt. Dafür nutzt sie/er auch die bereits vorhandenen Angebote der öffentlichen Jugendhilfe. Ziel ist es, die Bewerbungschancen der Betreuten deutlich zu verbessern.

Das Besondere an dem Konzept: Ein Integrationsbeistand kümmert sich ganz individuell um maximal zehn junge Menschen. Die ARGE Landkreis Heilbronn hat den Landkreis in sechs Fallbezirke eingeteilt (Bad Friedrichshall, Neckarsulm, Weinsberg, Lauffen a. N., Eppingen, Bad Rappenau). Die jeweils maximal zehn jungen Menschen stammen alle aus einem Bezirk. Wichtig ist auch, dass die Integrationsbeistände in jedem dieser Bezirke vor Ort präsent sind. Daher hat sie/er ein Büro im Bezirk. So ist sie/er für die jungen Menschen und für wichtige regionale Kooperationspartner/innen gut erreichbar bzw. kann selbst Kunden/innen aufsuchen. So kann die/der Betreuer/in aber auch leichter Kontakte zu den relevanten Behörden, Institutionen und Angeboten vor Ort aufbauen. Der Beistand bemüht sich besonders um die gesellschaftliche Integration der Jugendlichen: Sie/er macht zum Beispiel Vorschläge für die Freizeitgestaltung in lokalen Vereinen und Verbänden. Der Integrationsbeistand nimmt zudem an „Runden Tischen“ und Netzwerk-Gesprächen in ihrem/seinem Bezirk teil.

Ausgangslage/ Überlegungen:

- schwierige Fallkonstellationen in der ARGE
- Erfahrungen der Jugendhilfe: hohe Zahl an Schulabgängern ohne berufliche Perspektive
- Zusammenhang Erziehung – schulische/berufliche Karriere
- Möglichkeit im SGB II: Einbezug der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften (ab 15 Jahre)

Struktur:

- Ausschreibungsverfahren: Beteiligung (freier) Jugendhilfe- und Beschäftigungsträger
- je Fallbezirk ist ein Integrationsbeistand für zehn U25-Kunden/innen zuständig

- Unterstützung ist von 4 Wochen bis 12 Monaten möglich (auch Nachbetreuung) – Maßnahme wird verlängert
- Stützpunkt/Büro im Fallbezirk

Arbeitsmethoden:

- Einzelfallarbeit (Beratung)
- Gruppenarbeit (Zusammenführung der einzelnen U25-Kunden)
- Gemeinwesenarbeit (Kenntnisse, Mitarbeit im Fallbezirk)

Kontakt zur ARGE:

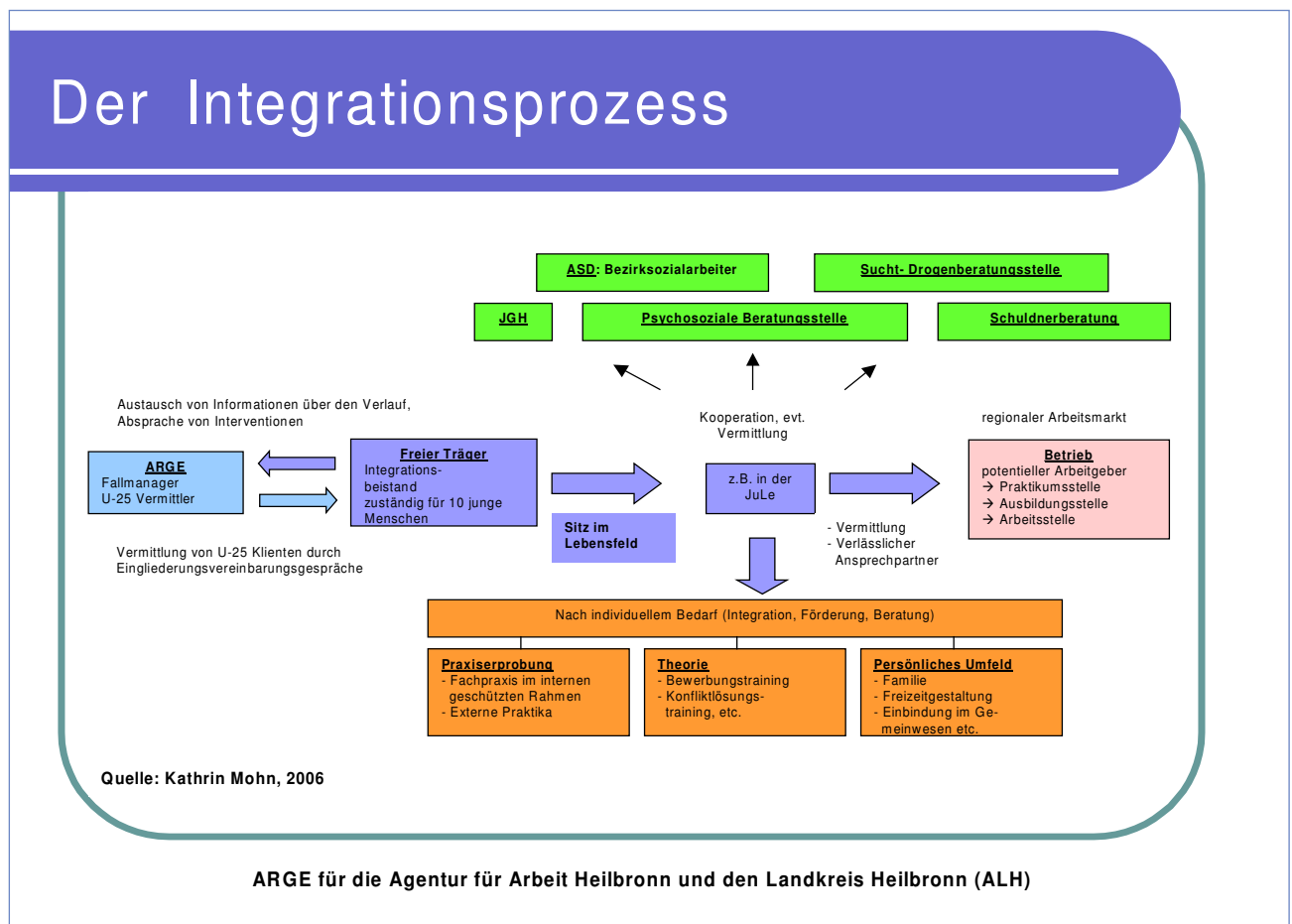
- Vermittlung durch Mitarbeiter/innen des Sachgebietes „Integration + Arbeitsmarkt“ der ARGE
- gemeinsames Gespräch (Mitarbeiter/in der ARGE, Kunde U25, Integrationsbeistand)
- in die Eingliederungsvereinbarung werden Ziele, ggf. Teilziele, und die zeitliche Perspektive aufgenommen
- Erfahrungsaustausch jedes Quartal: Integrationsbeistände + Mitarbeiter/innen des Sachgebietes „Integration + Arbeitsmarkt“ der ARGE aus der jeweiligen Region
- Kontakt zu den Sonderdiensten (Schulden, Sucht u.ä.)

In der folgenden Abbildung wird der Integrationsprozess veranschaulicht.

Es mag verwundern, dass die Begleitung und Unterstützung der jungen Menschen nicht durch die Mitarbeiter/innen der ARGE selbst erfolgt. Hintergrund der Vergabe dieser Aufgabe ist die Möglichkeit, die sich aus § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 37 Abs. 1 SGB III ergibt. Danach kann die Agentur für Arbeit (aufgrund der Verweisung in § 16 Abs. 1 SGB II auch die ARGE) zu ihrer Unterstützung Dritte mit der Vermittlung oder mit Teilaufgaben der Vermittlung beauftragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn dadurch die berufliche Eingliederung erleichtert werden kann.

Die jungen Menschen, welche eine solche Betreuung erhalten, benötigen eine intensive Unterstützung auch im Lebensfeld, die von den Mitarbeitern/innen der ARGE so nicht geleistet werden kann. Die Federführung einer solchen Unterstützung verbleibt in der ARGE. Die konkrete, dichte Arbeit mit den jungen Menschen erfolgt durch den „Integrationsbeistand“. Die ARGE Landkreis Heilbronn ist sich bewusst, dass eine solche Unterstützung zeit- und kostenintensiv ist – es gibt allerdings keine Alternative, will man diesen jungen Menschen nicht eine zweite (oder oftmals erste!) Chance auf eine soziale und berufliche Integration geben.

Abb.: Der Integrationsprozess der ARGE Heilbronn (Landkreis)



Autor:

Andreas Schulz
ARGE für die Agentur für Arbeit Heilbronn
und den Landkreis Heilbronn (ALH)
Bahnhofstraße 1
74072 Heilbronn
Email: andreas.schulz3@arge-sgb2.de

Integrierte Angebote brauchen einen Ort – Die Idee lokaler Zentren

1. Vorbemerkungen

Das vorgegebene Thema des Vortrags unterstellt die These, nach der es zur Gestaltung von integrierten Angeboten im Gemeinwesen *einen* Ort im Stadtteil bzw. Quartier geben soll. Die Frage ist aber: Brauchen wir nicht nur nicht einen Ort, brauchen wir nicht vielmehr verschiedene Orte als Sozial- bzw. Nachbarschaftszentren, die sich für die unterschiedlichen Bürgergruppen im Gemeinwesen öffnen und die trotzdem den besonderen Anforderungen der einzelnen Zielgruppen und Aufgabenstellungen vor Ort gerecht werden? Oder stellt sich vielmehr die Frage, ob wir in einem dieser Orte/Zentren oder darüber hinaus noch mal einen besonderen Schlüssel- und Kristallisationsort als lokales Gemeinwesenzentrum brauchen, der sozusagen als Ort des „gemeinsamen Handelns im Stadtteil/Quartier“ alles zusammenführt und „abbundet“? Ich halte es für wichtig und richtig, in diesem Sinne die Idee lokaler Zentren als neuen Impuls für Gemeinwesenarbeit weiter zu entwickeln, das „versäulte“ Handeln zu überwinden und Orte der Nachbarschaftsentwicklung bzw. zur Milieuvernetzung zu kreieren.

Ich werde dazu vor allem Rahmenbedingungen aus der Sicht eines Trägers beschreiben, der sich über seine lokalen und regionalen Diakonischen Werke und Mitgliedsorganisationen bundesweit in der Sozialarbeit nicht nur in Sozialen Brennpunkten engagiert, der aber auch Nachholbedarf hinsichtlich der Zuwendung zum Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenorientierung seiner Einrichtungen und Dienste hat.

Örtliche Kirchengemeinden haben in den Quartieren in Partnerschaft mit Diakonischen Werken vor Ort durchaus Schlüsselstellungen. Beide sind mit ihren Einrichtungen und Angeboten in Quartieren vor Ort, mit ihrem Personal und ihrer Eingebundenheit in die lokale Zivilgesellschaft darüber hinaus Kenner der örtlichen „öffentlichen Belange“ und oftmals „anwaltschaftliche Instanz“ für durchsetzungsschwache Gruppen im Quartier. Mit ihren Liegenschaften, sprich Kirchengebäuden und Gemeindehäusern sowie Infrastruktureinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sind sie starke Partner in der Stadtteilentwicklung. Allerdings sind sie in die Prozesse der Stadtteilentwicklung mehr oder weniger stark einbezogen.

Ich stelle immer wieder fest, dass auch Kirche und Diakonie – wie fast alle Akteure aus dem

sozial-kulturellen Sektor – nur unzureichend an integrierter Strategieentwicklung beteiligt sind. Das hat mit der mangelnden Kooperationserfahrung und -bereitschaft von Politik und Planungsinstanzen zu tun, aber ebenso auch mit den nach wie vor sehr versäulten Arbeitsstrukturen in der sozial-kulturellen Arbeit. In allen Verbänden haben wir diese Strukturen („... wir sind zuständig für die Kinder“, „...wir sind zuständig für die Jugend“, „...wir sind zuständig für Beratungsdienste bei Migranten/innen“ usw.) ebenso wie in den öffentlichen Verwaltungen.

Insofern ist es schon bemerkenswert, dass das Diakonische Werk der EKD, die von mir besetzte Projektstelle „Soziale Stadt“ eingerichtet hat, die diese integrierte Programmstrategie auf Bundesebene begleitet und unterstützt. Es gehört zu meinen Aufgaben, Landesverbände, örtliche Träger und Partner zu unterstützen, ihr Gemeinwesenprofil und ihr Gewicht in der „Sozialen Stadt“ und in sozialen Brennpunkten zu stärken, das Thema Armut in den sozialräumlichen Kontext zu stellen und neue Formen der Kooperation oder Koproduktion in den Quartieren zu organisieren. Nun ist diese Erkenntnis eigentlich nicht neu. Aber durch E&C, „Soziale Stadt“ und LOS hat der Sozialraumansatz eine deutliche Renaissance erfahren, und das ist auch gut so.

Es ist weiterhin wichtig, dass wir durch die entsprechenden Programme auf Bund- und Länderebene starke Unterstützung für diese Standorte finden. Die Förderung von sozialer Stadtentwicklung in kommunalen Brennpunkten muss als dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Wir haben inzwischen gute Beispiele, von denen man in allen Bereichen viel lernen kann, ob in der öffentlichen Verwaltung oder in den Verbänden oder bei Projektansätzen vor Ort, aber es ist noch kein Flächenphänomen. Ich will darauf aufmerksam machen, dass es derzeit auf Bundesebene um die Erweiterung des Programms „Soziale Stadt“ geht. Wir haben dort in den letzten Jahren 70 Millionen Euro Förderung von Bundesseite, die sich ergänzt durch ein Drittel Förderung vom Land und ein Drittel Förderung von den Kommunen, also wurden bis heute 210 Millionen Euro für „Soziale Stadt“ aus dem Städtebau eingesetzt. Der Bund will im laufenden Haushaltsjahr 40 Millionen Euro mehr einsetzen, was sich durch die Komplementärfinanzierung der anderen Ebenen auf 110 Millio-

nen Euro verdreifacht. Es sollen insbesondere Modellvorhaben im nicht-investiven Bereich gefördert werden. Es geht dabei schwerpunktmäßig um Fragen der Bildung im Stadtteil, der Integration im Stadtteil und der lokalen Beschäftigung/Ökonomie, also um drei Bereiche, die den Schwerpunkt Städtebau ergänzen, aufordern stärker „in die Menschen zu investieren“ und die Kritik im Ansatz aufgreifen, dass der Städtebau bisher mit einer „Investition in die Steine“ dominiert hat.

Es wird jetzt darauf ankommen, innovative Maßnahmen zu entwickeln, die lokale Zentren mit Leben erfüllen, Partizipation ermöglichen sowie Kooperation und Know-how bündeln. Die örtlichen Netzwerke sind herausgefordert, entsprechende Modelle zu kreieren und zu gestalten. Es besteht vielleicht die einmalige Chance, Investitionsvorhaben mit passgenauen lokalen beschäftigungswirksamen und sozialpolitischen Projekten zu koppeln.

Zur Gliederung meiner Ausführungen: Ich werde zuerst über ein Beispiel berichten, in dem eine Kirchengemeinde sich aufmacht, ein traditionelles evangelisches Gemeindehaus zu einem geöffneten Nachbarschaftszentrum zu entwickeln, wodurch die Beteiligten neue Rollen und Funktionen erkennen müssen. Im zweiten Teil werde ich etwas zu Orten der Nachbarschaft sagen, in denen man Ansatzpunkte vorfindet, integriert zu handeln. Im dritten Teil geht es um Rahmenbedingungen zum Ausbau lokaler Zentren und viertens um Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Gemeinwesenzentren. Abschließend gehe ich noch einmal auf die Rolle und den Beitrag von Kirche und Diakonie zur Verwirklichung dieses Ansatzes ein.

2. Vom Gemeindehaus zum Nachbarschaftszentrum (NBZ)

In einer mittelhessischen Kreisstadt hat sich eine Kirchengemeinde auf den Weg gemacht, Kirchenarbeit, Gemeindearbeit neu zu verstehen. Es handelt sich dabei um ein „Soziale Stadt“-Gebiet, in dem durch Migration, Armutsentwicklungen und Veränderungen im Industriestandort viele Armutsprobleme aufgetaucht sind. Dort hat man gesagt: Wir krempeln auch das Kirchengebäude um, den sakralen Raum reduzieren wir auf eine ganz kleine Einheit und öffnen das Kirchengebäude für Angebote des Stadtteiles; wir wollen unser Profil als diakonische Gemeinde stärken und schärfen. „... unsere Kirche zu einer Herberge für alle machen“, so definieren es die Beteiligten. Das heißt, sie kümmern sich nicht mehr nur um den „Verein der Christen“, der sich bisher in und um das Kirchengebäude gruppierte, sondern

man hat gesagt, wir wollen neben unserem Kirchengebäude auch unser Gemeindehaus zu einem Nachbarschaftszentrum für alle öffnen. Schlüsselpersonen aus dem Stadtteil haben sich zusammen mit der Kirchengemeinde bei der Stadtpolitik und beim Land dafür eingesetzt, dass dieser Standort in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen wird. Es hat sich also über einen starken Impuls aus der örtlichen Kirche eine breite Lobby im und für den Stadtteil entwickelt. Die Kirchengemeinde hat inzwischen zusammen mit einem Planungsbüro das Quartiermanagement übernommen. Nicht irgendein Externer, der mit dem Stadtteil erst mal gar nichts zu tun hat, hat hier den Zuschlag bekommen, sondern die Kirche als ein vor Ort relevanter Partner hat das Quartiermanagement mit Fachpersonal besetzt. Nun wird damit begonnen, das angrenzende Gemeindehaus, das in die Jahre gekommen und für kirchliche Bereiche überdimensioniert ist, zum Nachbarschaftszentrum zu entwickeln und dort verschiedene Projekte und Dienste für den Stadtteil vor Ort anzusiedeln. Diakonie bis AWO, interkulturellen Vereine über Bildungsträger bis zur Kirche selbst, aber insbesondere auch Bürgergruppen und Selbsthilfeinitiativen sollen dort Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Die Kirchengemeinde bringt ihre angesparte Renovierungsrücklage ein und die Öffentliche Hand setzt über das Programm „Soziale Stadt“ den Anteil für dieses „Leuchtturm“-Projekt Nachbarschaftszentrum ein. Der Umbau zum Nachbarschaftszentrum ist so gut wie beschlossen, über neue Trägermodelle wird unter den Beteiligten heftig diskutiert, eine „Treuhand“-Trägerschaft durch das örtlich Diakonische Werk oder eine Trägerverbundlösung sind nicht ausgeschlossen.

Natürlich lief und läuft nicht alles widerspruchsfrei unter den Beteiligten ab. Der Kirchenvorstand musste sich mit der Frage befassen, was der wesentliche Schwerpunkt der Gemeindegemeinschaft ist oder sein soll. Es gibt Kräfte, die sagen, wir sollten uns auf unsere Kernaufgaben besinnen („...taufen, verheiraten, beerdigen und die pastorale Arbeit“, „...was haben wir eigentlich mit diesen Dingen alles zu tun?“, „...was hängen wir uns hier alles ans Bein?“). Im Kirchenvorstand hat sich neben der „Verkündigungsgemeinde“ (durch das Wort) auch das Profil der „diakonischen Gemeinde“ (durch die Tat) durchgesetzt, nämlich sich der Gemeinwesenenaufgabe in einer kulturell vielfältigen und vom wirtschaftlichen Wandel stark beanspruchten Gemeinde zu stellen. Auf den nächsten Ebenen mit dem Kirchenkreis und der Landeskirche gab es ähnliche Diskurse, aber auch die Frage, ob man nicht durch die Förderung der Öffentlichen Hand Nutzungsauf-

lagen erhält und eigene Handlungsspielräume preisgeben muss.

Im interkulturell geprägten Stadtteil wurde und wird diskutiert, ob durch die Bindung an die Kirche tatsächlich ein Ort für alle entsteht. Die Muslime und die Moschee-Vereine im Stadtteil thematisierten ihre Option auf die Nutzung der Räume. Es gibt nach wie vor Debatten zum Nutzungsrahmen, zur Vertragsgestaltung und über die gemeinschaftliche Trägerschaft. Schon heute wird das Gemeindehaus von der örtlichen „Tafel“ genutzt. Neben der Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige wird über eine Stadtteilküche Mittagsversorgung im Stadtteil organisiert. Inzwischen sind mehr als 50 Arbeitsgelegenheiten entstanden, die überwiegend von ALG II-Empfängern/innen wahrgenommen werden. Auf Selbsthilfebasis werden Integrationskurse angeboten und vieles mehr.

Für einige Gemeindeglieder „wird es manchmal zu viel“. Sie beklagen den Verlust ihrer Traditionsgemeinde; manche empfinden die verstärkte Beschäftigung mit Armutfragen als stigmatisierend für den Stadtteil und die Gemeinde und wenden sich von der Gemeinde ab. Aber es gibt auch neues Interesse am Gemeinwesen. Von der Kirchengemeinde wird ein neues Gemeindeleben auch außerhalb des traditionellen Gottesdienstes wahrgenommen, das viele Christen und Nichtchristen an das entstehende lokale Zentrum (Nachbarschaftszentrum) inmitten einer vielfältigen lokalen Infrastrukturlandschaft über Kindertagesstätte, Jugendzentrum, Schule, Sportlerheim, Moschee und so weiter hinaus bindet. Ein spannender Prozess, der noch nicht zu Ende ist.

3. Orte der Nachbarschaften in Sozialen Brennpunkten

Soziale Brennpunkte haben ein Imageproblem, sie werden von innen und außen als unattraktiv wahrgenommen. Deshalb brauchen sie attraktive öffentliche Räume und Orte und eine differenzierte sozial-kulturelle Infrastruktur. Den Beteiligten muss klar sein, dass eine Imageverbesserung und Wertsteigerung in einem solchen Stadtteil nur dann entsteht, wenn Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote für die Menschen vor Ort und auch für Auswärtige, die nicht in diesem Stadtteil wohnen, interessant werden. Es muss Aufmerksamkeit auf diese Stadtteile gelenkt werden, die auch in den Quartieren verankert sein muss, indem dort vorhandene Potentiale besonderes gefördert und als „Highlights für die Gesamtstadt“ herausgestellt werden. Dies kann auch ein Beitrag zur Verhinderung von Abwanderungsprozessen sein und die Bindung der Anwohner-

schaft an ihren Stadtteil stärken.

Notwendig sind qualifizierte Angebote für alle Zielgruppen, die auch niedrigschwellig erreichbar sind. Diese müssen für und mit den spezifischen Zielgruppen gestaltbar sein, damit sich die Nutzergruppen diese auch aneignen können. Damit das gelingt, ist eine enge Abstimmung mit der Sozial- und Raumplanung notwendig.

Eine erfolgreiche Partizipation der beteiligten Akteure macht es zwingend notwendig, dass die potentiellen Nutzergruppen schon bei der Planung einbezogen werden. Die Akteure der Sozialarbeit müssen dazu mit den Architekten/innen und Fachplanern/innen Hand in Hand arbeiten. Es geht um die Abwägung von sozialen und räumlichen Belangen bzw. Rahmenbedingungen und in der Regel geht es um zwei Etatbereiche (Investitions- und Verwaltungsbereich), die hier verzahnt werden müssen. Hier muss für alle Beteiligten weitgehende Transparenz bei den Kosten und vor allen Dingen Klarheit über die Perspektiven der Investitionsentscheidungen hergestellt werden. Es muss in diesem Zusammenhang auch über „den Masterplan“ für die Stadt(teil)entwicklung gesprochen werden und über die Wirkungen einzelner Vorhaben auf das betreffende Stadtgebiet/Quartier, die die Förderzeiträume übersteigen. Oft sind Planungshorizonte von fünf bis zehn Jahren zu kurz, um Auswirkungen und Bindungen aus den Planungsentscheidungen beurteilen zu können.

3.1 Orte der Zielgruppen und Handlungsfelder

Unterschiedliche Zielgruppen in sozialen Brennpunkten brauchen spezifische Orte und Räume zur Gestaltung und Aneignung. Das gilt sowohl für die verschiedenen sozialen Infrastruktureinrichtungen, die sich an verschiedene Zielgruppen richten, als auch für Bürgergruppen und Vereine, die sich selbst organisieren. Man kann nicht alles unter ein „Dach“ bringen. Zum Beispiel kann sich die Schule im Stadtteil zu einem Bildungszentrum entwickeln, sie wird aber ihren Grundcharakter als Ort der Bildung für die Zielgruppe der Schüler/innen in bestimmten Altersgruppen zunächst nicht überwinden. Auch wird eine Kindertagesstätte als Tagesbetreuungseinrichtung für Kinder im Vorschulalter ihren Kernauftrag erfüllen, sie kann sich aber zu einem Kinder- und Familienzentrum entwickeln und weitergehende Aufgaben als Familienbildungsstätte und Beratungszentrum mit einbeziehen. Auch Alteinrichtungen und Sozialstationen können sich zu Orten der Begegnung in Nachbarschaften weiterentwickeln, ohne dass sie die Grundversorgung im Alter und bei Krankheit aufgeben. Das heißt, dass jeder „Ort der Zielgruppe“ sich

zu einem spezifischen soziokulturellen Zentrum der lokalen Infrastruktur entwickeln kann, wenn er sich für andere Zielgruppen und als Raum und Ort für Selbstorganisation, Begegnung, Kommunikation und Vernetzung öffnet. Es wird spannend, wie sich Zielgruppenorte zu Gemeinwesen-Stützpunkten und neuen zielgruppenübergreifenden Kooperationen organisieren lassen.

Gleiches gilt für unterschiedliche Interessensgruppen, Communities und Gruppen der Ortspolitik. Lokales Vereinsleben braucht geeignete und ausreichende Räume zur eigenständigen Entfaltung. Zum Beispiel braucht jeder Sportverein seinen Raum und seine Gelegenheiten zur Gestaltung seines Vereinslebens; er ist nicht einfach in irgend ein Schul- oder Kindertageszentrum zu integrieren. Doch sicher gibt es Verbindungslinien, wie man verschiedene Aktivitäten und unterschiedliche Gruppen miteinander zusammen bringen kann.

Einrichtungen für Zielgruppenprojekte müssen offen sein für Nachbarschaften, damit (auch Konflikt-)Erfahrungen unter den Gruppen im Sinne einer Milieuvernetzung möglich sind, indem verschiedene zielgruppenspezifische Orte Verbindungen untereinander haben. Sonst entwickeln sich tatsächlich Parallelgesellschaften, denen im übrigen nicht nur die muslimischen, sondern auch die christlichen Gemeinschaften Vorschub leisten. Darüber hinaus ist mit den Zielgruppen abzuwägen, welche Räume im Stadtteil selbst bzw. noch kleinräumiger im Quartier vorzuhalten sind, oder wie man das auch in einen größeren räumlichen Kontext stellen kann und muss. Ich glaube, das sind wichtige Aspekte, die man auch mit den Akteuren und Zielgruppen klar besprechen muss.

Ähnliches gilt auch für die verschiedenen Arbeitsbereiche und Handlungsfelder. Soziale Brennpunkte brauchen geeignete Orte zum Ausgestalten der Aufgaben, die sich im Stadtteil stellen, die niedrigschwellig, aneignungsfähig und bedarfsgerecht sind. Dazu gehören insbesondere lebensweltbezogene Zentren und Räume zur Ausgestaltung gemeinwesenbezogener Projekte u.a. in den Bereichen:

- Kinder- und Jugendhilfe,
- Familienbildung,
- Seniorenarbeit,
- sozial-kulturellen Arbeit,
- Integration,
- Bildungsarbeit,
- Qualifizierung,
- lokale Beschäftigung,
- Sport und Gesundheit,
- Ökonomie/Gründerzentern,
- Politikgestaltung/politischen Bildung.

Wie sich dafür Orte und Räume finden und organisieren lassen, ist stadtteil- und quartierspezifisch zu klären. Wichtig ist nur, vorhandene Arbeits- und Organisationsstrukturen immer wieder auf ihre Wirkung hin zu überprüfen und arbeitsbereichs- und handlungsfeldübergreifende Projekte im Sinne einer sachgerechten Kooperation/Koproduktion zu entwickeln.

3.2 Orte des bürgerschaftlichen Engagements

Es bedarf öffentlicher Räume und Orte zur Entfaltung von bürgerschaftlichem Engagement. Ich will noch einmal betonen, wir brauchen Orte, an denen Kommunikation, Versammlung von Bürgern/innen und von Nachbarschaften selbst organisiert stattfinden kann – im Gegensatz zu Orten, an denen öffentliche Verwaltung, freie Träger oder wer auch immer „Angebote machen“. Notwendig sind die klassischen Formen der Selbstorganisation/-verwaltung, wie zum Beispiel das Sportlerheim, das vom Sportverein wohlmöglich mit „Muskelhypothek“ selber gebaut und gestaltet wurde sowie in Eigenregie bewirtschaftet wird. Oder auch die muslimische Gemeinde, die in ihren Gebets- und Versammlungsräumen eigenes Vereins- und Gemeinschaftsleben organisiert. Es müssen Räume und Orte entstehen, die auch geeignet sind zur Animation von bürgerschaftlichem Engagement „im Kellergeschoss der Gesellschaft“. Hier ist Förderung und Unterstützung notwendig im Sinne einer „Kultur des Ermöglichens“, die nicht nur die traditionell Starken im Stadtteil erreicht, sondern die ganz bewusst die Fähigkeiten und Potentiale von Gruppen fördert, denen sich Wege und Ressourcen aus den Bereichen der Sport-, Kultur-, Bildungs-, Wirtschaftsförderung usw. nicht sofort erschließen.

Dies sind Voraussetzungen für Community-Entwicklung, Partizipation und Selbstverwaltung. Die Stärkung von Gruppen-, Vereins- und Netzwerkentwicklung vor Ort und die Bildung von Foren ist Voraussetzung für die Gestaltung von Ortspolitik und für die Vitalisierung lokaler Demokratie. Gegebenfalls müssen neue Ansätze gefunden werden, die nicht von vornherein bei einem etablierten öffentlichen oder freien Träger angesiedelt sind; vielmehr müssen mit den Menschen vor Ort Nachbarschaftsvereine, nachbarschaftliche Bürgerstiftungen, Freiwilligen-Agenturen/-Börsen, Fördervereine usw. gegründet werden, die neue Formen der Selbstorganisation und Eigenverantwortung entwickeln und die von den klassischen Akteuren lediglich unterstützt bzw. ermöglicht werden. Insofern stellen sich neue Fragen, wie Gemeinwesenzentren als Orte und Zentren der Nachbarschaften in bürgernahe Träger- und Nutzungsorganisationen verwaltet und geleitet werden.

4. Rahmenbedingungen zum Ausbau lokaler Zentren

Die Idee der Gründung lokaler Zentren braucht die Unterstützung aller Akteure des sozialen Netzwerkes im Quartier. Es geht insbesondere um die Akzeptanz der Bürgerschaft, die Aufmerksamkeit und Förderung von Politikverwaltung, Verbänden, Kirchen und – ich betone es ausdrücklich – der örtlichen Wirtschaft sowie der Wirtschaft darüber hinaus. Denn, das scheint mir wichtig, mit diesen Akteuren muss man auch ins Gespräch kommen, weil sie ja auch ein unmittelbares Interesse haben müssen, dass Stadtteilentwicklung in diesen Quartieren funktioniert und dass Wertschöpfungsketten, von denen sie profitieren, in den Stadtteilen aufrecht erhalten bleiben.

Insofern entwickeln sich lokale Zentren im Verbund zu Gemeinwesenzentren und es entstehen Orte zur Bearbeitung der Lokalen Agenda. Diese bilden ein – vielleicht auch virtuelles – Dach für Akteure im Stadtteil. Sie sind Orte für Netzwerke auch unterschiedlicher Communities, schaffen Foren für Projektentwicklung, erproben neue Wege und schaffen neue Spielräume. Sie sind ständige Planungswerkstatt mit den Beteiligten. Gemeinwesenzentren sind Orte der interkulturellen Nachbarschaftshilfe, des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort, sie sind Orte für formelle und informelle Bildung, Partizipation, Einmischung, Lobby, Politikgestaltung und für die Identitätsentwicklung im Gemeinwesen.

Die Weiterentwicklung von Einrichtungen zu lokalen Zentren und die Gründung von Gemeinwesenzentren braucht auch ein handlungsfähiges Management in der Koproduktion und Kooperation, das dann auch die Fragen nach dem Quartiermanagement aufwirft. Mit dem Konzept und der Förderung von „Soziale Stadt“ ist man dabei deutlich voran gekommen. Oft haben sich Gemeinwesenzentren als räumlich eigenständige Quartierszentren oder spezifische Orte und lokale Zentren zu einem Netz von Nachbarschaftsagenturen entwickeln lassen, die durch die Organisationseinheit eines „Stadtteil-/Quartiersbüros“ Ressourcen bündeln und verschiedene Akteure, von Schule bis Kindertagesstätte, von Jugendeinrichtung bis Kirchengemeinde unter einen gemeinsamen strategischen Ansatz stellen.

4.1 Abgestimmte Rahmenkonzepte

Abgestimmte Rahmenkonzepte sind Voraussetzung für das Entstehen von Gemeinwesenzentren. Sie basieren im Wesentlichen auf der Initiative von Schlüsselakteuren in den Quartieren und Stadtteilen, die fähig und in der Lage sind, Initiativen zum gemeinsamen Handeln zu entwickeln. Die Schlüsselpersonen müssen ihr

Eigeninteresse einem Gemeinschaftsinteresse zuordnen können und darauf abstellen, dass Win-Win-Situationen entstehen. Es geht um das Herausfinden von Bedarfslagen in einer Quartiers- oder Stadtteilsituation, die sich für alle Partner gleichermaßen darstellen und die jeder Einzelne für sich nicht bearbeiten kann. Es müssen Lösungen produziert werden, die nicht von Misstrauen und Konkurrenz dominiert sind, sondern Gemeinsames herausstellen und Aufgaben- und Ressourcenteilung planvoll miteinander verbinden.

Ich berichtete von dem Beispiel in Mittelhessen, wo sich die Akteure aus dem Stadtteil zusammen gefunden haben, um gemeinsam das Programm „Soziale Stadt“ in diesen Stadtteil holen; was ein Akteur allein gar nicht geschafft hätte. Schon dieser gemeinsame Erfolg schafft die Grundlage zu einem Kooperationsansatz, um ein – auch kostenintensives – Nachbarschaftszentrum gemeinsam zustande zu bringen.

Die Idee von Gemeinwesenzentren betont auch die Idee der gemeinsamen Planung, Konzeptentwicklung und Umsetzung; womöglich auch von gebietsbezogenen gemeinsamen „Leuchtturm“-Projekten. Sie baut auf die Bereitschaft zum trägerübergreifenden Handeln im Hinblick auf Vertrags-, Finanz- und Nutzungsmanagement und konstituiert damit lokale Entwicklungspartnerschaft.

4.2 Belastbare Trägerstruktur

Das Management von Gemeinwesenzentren fordert eine belastbare und handlungsfähige Trägerstruktur, die von Schlüsselakteuren gestützt wird. Akteure aus allen Bereichen, also auch aus der öffentlichen Verwaltung und Politik, aus der Wirtschaft und dem dritten zivilgesellschaftlichen Sektor müssen eingebunden werden. Ich schlage vor, die Favorisierung eines intermediären Trägers vorzusehen, der zwischen Bürgerschaft und Öffentlicher Hand agiert. Dies kann nur gelingen, wenn sich eine faire Nutzungspartnerschaft konstituieren lässt, die sich nicht nach dem Motto organisiert: „ich hab jetzt den Fisch gefangen und ihr müsst euch nach meiner Vorgabe richten“. Dieser Findungsprozess ist oft nicht einfach, er basiert auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen, aber auch auf einer soliden Grundfinanzierung des Gemeinschaftsprojektes. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass nur umgeschichtet wird und jeder ein Bisschen abgibt. Es muss für jeden wahrnehmbar werden, dass etwas Neues entsteht, das nicht nur unter quantitativen, sondern vielmehr auch unter qualitativen Aspekten neue Gestaltungsspielräume schafft.

Als mögliche Träger- und Bewirtschaftungsstruktur bieten sich Trägerverbände der Akteure an. Es gibt gute Beispiele, wo sich Stadtteilkonferenzen neu konstituiert bzw. Planungsgruppen nach § 78 des SGB VIII gegründet haben. Daraus sind gemeinsame Trägerschaften entwickelt worden, die als eingetragene Vereine im Sinne von Trägerverbänden für solche Gemeinschaftseinrichtungen und Gemeinwesenzentren Verantwortung übernommen haben. Es gibt andere Modelle, die davon ausgehen, dass man sich einig ist, dass einer der Beteiligten treuhänderisch bzw. federführend für die Gemeinschaft aktiv wird und wohlmöglich auch das Quartiersmanagement übernimmt. Es gibt auch Beispiele für bürgerschaftliche Trägermodelle, wo z.B. Nachbarschaftsvereine, also Akteure aus der Bewohnerschaft und Schlüsselakteure aus dem Umfeld dieser Siedlungen/Quartiere zivilgesellschaftliches Engagement bündeln. Oft sind hier „starke Partner“ zur Unterstützung nötig, die professionelles Know-how und eigene Ressourcen einbringen können. Auch bieten sich genossenschaftliche Modelle oder Nachbarschaftsstiftungen als geeignete Organisationsformen an. Dazu gibt es einige Pilotprojekte, die unter Einbeziehung von Bürgerstiftungen zukunftsweisend Wege aufzeigen, wie neue Ressourcen zu erschließen und kooperative Organisationsformen zu schaffen sind.

4.3 Kompetentes Stadtteil-/Quartiersmanagement

Als dritte Rahmenbedingung ist ein kompetentes, auch auf Nachhaltigkeit angesetztes Quartiersmanagement bzw. Stadtteilmanagement notwendig. Ein Quartier-/Stadtteilbüro als Anlauf- und Koordinationsstelle im Quartier wäre als Minimum zu organisieren. Dieses hat themen- und handlungsfelderübergreifende Aufgaben zu bearbeiten. Es muss eine Kernorganisationseinheit entstehen, die sich für alle Beteiligten als Unterstützungsfunktion für Gemeinwesenaufgaben darstellt und für diese im Sinne einer Ergänzung wahrgenommen werden kann. Mit dem Stadtteilbüro entsteht ein Kompetenzzentrum der Gemeinwesenakteure (GWA), das sich vor Ort als eine Info- und Beratungsbörse und als eine Schaltstelle für Kommunikation und Moderation in den Quartieren darstellt. In diesem GWA-Zentrum entsteht die „Geschäftsstelle der lokalen Entwicklungspartnerschaft“ im Sinne einer Agentur für Empowerment bürgerschaftlichen Engagements. Hier ist der Ort für partnerschaftliche Projektentwicklung und lokale Impulssetzung.

Insofern bieten Gemeinwesenzentren Räume und Gelegenheiten für die Gestaltung von Aufgaben und Projekten, die an den Schnittstellen

zwischen Bürgerschaft, Stadtteilakteuren, Verwaltung und Politik zu verorten sind. Darüber hinaus ist es notwendig, die Akquise von neuen Ressourcen und die Einwerbung von einer Vielzahl von Programmmitteln zu professionalisieren. Hier stellt sich im Rahmen von Quartiers- und Stadtteilmanagement eine große Zukunftsaufgabe. Es gilt, Kapazitäten vorzuhalten, die ständig neue „Projektförderungen“ aufspüren, um diese für die Umsetzung von Vorhaben abrufbar zu machen. Es besteht – neben der Notwendigkeit – dringender Handlungsbedarf, Dienste und Einrichtungen der Grundversorgung im Stadtteil über „Pflichtleistungen“ und ergänzende (präventiv wirkende) „Stadtteilbudgets“ zu sichern bzw. weiterzuentwickeln. Dazu ist es zwingend, dass in der Kommunalverwaltung „Gebietsbeauftragte“ als Ansprechpartner/innen und zur Koordination der Fachämter zur Verfügung stehen. Hier kommt der externe Akteur an Grenzen, die nur überwunden werden können, wenn auch die lokale Politik den Sozialraum- und Gemeinwesenansatz nachhaltig unterstützt und zur Handlungsmaxime des Verwaltungshandelns aufwertet.

4.4 Projektentwicklung in Koproduktion

Im Gemeinwesenzentrum laufen die Fäden zur „Erdung“ von Integrierten Handlungskonzepten (IHK) und Lokalen Aktionsplänen (LAP) für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung zusammen, wie es die Konzeption „Soziale Stadt“ und „LOS“ vorsehen. Die Gemeinwesenakteure sind wichtige Transporteure von Einschätzungen, die in der Quartiersgemeinschaft wahrnehmbar sind. Auch sind sie Partner/innen für Planungsinstanzen innerhalb von Verwaltung und Politik. Gemeinwesenakteure sind Schlüsselakteure bei der Erarbeitung und partizipativen Umsetzung des IHK/LAP (auch im Sinne von § 78 SGB VIII, wo die Abstimmung von Vorhaben vorgesehen ist).

Die GWA-Zentren sind Orte der Kooperation, schaffen Gelegenheit zum gemeinsamen Planen und Entwickeln, zur Durchführung von Projekten und bilden den Rahmen für die Bildung von Lobbys für den Stadtteil und seine Quartiere. Auch bei der Projektentwicklung in Koproduktion muss, wie bei der Entwicklung von Gemeinschaftszentren, das Prinzip des fairen Interessenausgleichs unter den Beteiligten gelten, wobei ein „Wettbewerb der Ideen“ und die Eigeninteressen der einzelnen Projektträger als kreatives Moment zu werten sind. Wichtig ist allerdings, dass die Beteiligten gemeinsame Ziele für die soziale Stadtteilentwicklung definieren und bei der Entwicklung von Einzelprojekten weitgehende Transparenz gesichert ist.

4.5 Stabile Finanzierungsbedingungen

Als entscheidende Rahmenbedingung für das Gelingen von Gemeinwesenarbeit ist die politische Verständigung auf stabile Finanzierungsbedingungen zwingend. Es ist zukünftig nicht davon auszugehen, dass für Gemeinwesenarbeit bzw. Quartiersmanagement eine stetige Förderung gesichert ist. Vielmehr wird dafür, immer wieder aufs Neue ein Finanzierungsrahmen zu schaffen sein.

Wichtig ist, dass sich die Stadtteilakteure auf ein gemeinsam abgestimmtes „Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ verständigen. Für die Finanzierung heißt das, die Grundversorgung im Stadtteil muss im hohen Einvernehmen sichergestellt werden. Es muss deutlich werden, dass insbesondere in sozialen Brennpunkten über die Pflichtleistungen zum Beispiel der Jugendhilfe im Kindertagesstätten-, Schul- und Jugendbereich hinaus weitere „verpflichtende freiwillige Leistungen“ zur Prävention erbracht werden müssen. Bei jedem gemeinwesenbezogenen Fachdienst muss definiert werden, ob und welche Anteile neben der fall- und fallübergreifenden Arbeit für fallunspezifische Aufgaben im Gemeinwesen bereitgestellt werden. Hinzu kommt die wichtige Frage, ob und wie viel Kapazität für übergreifende Gemeinwesenarbeit bzw. für das Quartiersmanagement und für die Arbeit der Bürgerorganisation notwendig ist. Hierzu bedarf es einer Lobbyarbeit für die Belange des Stadtteils, die sich ständig in den (fach-)politischen Prozess einmischt und die finanzielle Absicherung in einem Quartiers- oder Stadtteilbudget einfordert und sichert.

Gleiches gilt für alle weiteren Fachpolitiken. Es ist zu klären, was zum Beispiel im Rahmen der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung stadtteilspezifisch einzusetzen ist; auch muss dieses im Rahmen der Kultur-, Sport- und Gesundheitsförderung usw. geschehen. Man muss sich perspektivisch auf einen (integrierten) Stadtteilhaushalt verständigen, der die spezifischen Lebens- und Standortbedingung berücksichtigt.

Es wäre ein weiterer Schritt, zu überlegen und sicherzustellen, wie man Verfügungsfonds oder Bürgerbudgets entwickelt, die in die Eigensteuerung der Bewohnerschaft vor Ort übergehen. Man braucht eine Struktur zur dauerhaften Einwerbung von Fördermitteln und einen Rahmen zum Aufbau einer Nachbarschafts- und Bürgerstiftung. Zu verweisen ist auf ein Beispiel in Köln-Kalk, wo über eine Bürgerstiftung in einem Brennpunktgebiet mittlerweile ca. sieben Millionen Euro zusammengekommen sind. Hier engagierten sich „starke Partner“, insbesondere auch lokale Unternehmen und Handwerksbetriebe auch aus dem Umfeld des Stadtteils, mit Beiträgen für die

Quartiersentwicklung. Mit dem Erlös aus der Stiftung wurden zusätzliche Projekte realisiert, die der Nachbarschaftsentwicklung dienen. Insofern ist hier die Einbindung der lokalen Wirtschaft ein ganz entscheidender Punkt.

An einem anderen Standort ist eine größere private Erbschaft an einen sozialen Brennpunkt gegeben worden. Dadurch konnte eine Nachbarschaftsstiftung gegründet werden, in der Bürgergruppen aus einer ehemaligen Obdachlosensiedlung selbst steuern, wie jährlich für ca. 15.000 Euro Kleinstprojekte durchgeführt werden, die für die Identitätsentwicklung dieser Siedlungsgemeinschaft und das Bewusstsein für die Mitgestaltung große Bedeutung haben.

5. Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Gemeinwesenzentren

Derzeit gibt es einige Anknüpfungspunkte, die durch übergreifende Kampagnen und Strategien gestützt werden können. Wir haben die „Lokale Agenda“ in fast allen Städten. Meine Wahrnehmung ist, dass diese nur in den seltensten Fällen einen Bezug zu „sozialen Brennpunkt“-Quartieren herstellen konnten. Gleiches gilt für die „Lokalen Bündnisse für Familien“. Es muss vor Ort geprüft werden, wie man diese Mainstream-Strategien/-Kampagnen auch in die Quartiere/Stadtteile bringen kann und die öffentliche Aufmerksamkeit auch über diese nicht stigmatisierenden Ansätze für ausgegrenzte Bereiche nutzen kann.

Wir haben die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, die mit dem Bund-Länder-Programm neue Förderimpulse setzt und die viel stärker als bisher von den Akteuren der Zivilgesellschaft und der Sozialen Arbeit genutzt werden können. Die oben genannten zusätzlichen 40 Millionen Euro des Bundes schaffen dafür neue Handlungsspielräume, die insbesondere für Modellprojekte genutzt werden sollten, die auf Nachhaltigkeit und Bündelung setzen. Mit der Verankerung der „Sozialen Stadt“ im Baugesetzbuch (§ 171e) ist integrierte soziale Stadtentwicklung als ständiger Auftrag und eine Verstetigungsoption formuliert.

Wir können anknüpfen an soziale Integrations- und Beschäftigungsstrategien, die über das erfolgreiche „LOS“-Programm (Lokales Kapital für soziale Zwecke) wichtige Impulse setzt bzw. gesetzt hat. Hier ist besonders deutlich geworden, dass die Einbindung der Akteure vor Ort, also die Steuerung im Quartier, die Menschen auf eine besondere Art herausfordert, ihre Potentiale einzubringen. Wir knüpfen an Partizipations- und Empowerment-Strategien, die wir über Ansätze von „Community-Organising“ kennen und weiter entwickeln können.

Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Entwicklung von Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren, die Kinderbetreuung unter anderem mit Familienberatung und -bildung verbinden. In diesem Zusammenhang ist auch die vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vorgesehene Förderung von Mehrgenerationenhäusern zu nennen. Hier sind für alle Landkreise und größeren Städte für fünf Jahre je 40.000 Euro für Modellvorhaben vorgesehen, die insbesondere die Einbindung der Potentiale von älteren Menschen für generationsübergreifende Nachbarschaftsentwicklung einbeziehen sollen. Ich kann nur hoffen, dass von dieser Förderung insbesondere auch soziale Brennpunkte profitieren können, da hier besondere Impulse zur Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur notwendig sind. Dies gilt insbesondere für die sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit. Der von meinem Kollegen dargestellte Ansatz, neue Akzente in der Kooperation von Mobiler Jugendarbeit mit Aufsuchender Familientherapie im Rahmen des Bundesmodellprojektes Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit (SoFJA) zu setzen, bietet dafür Anknüpfungspunkte.

Darüber hinaus könnten durch die zusätzliche Förderung von Kompetenzagenturen unter anderem für die Entwicklung von lokalen Bildungs- und Qualifizierungszentren neue Impulse ausgehen. Wir wissen, dass es vorgesehen ist, die Anzahl der vom Bund geförderten Kompetenzagenturen auf 200 zu erweitern. Es ist zu hoffen, dass „formelles“ und „informelles“ Lernen durch eine bessere Kooperation von Jugendhilfe und Bildungseinrichtungen optimiert wird. Die dazu in einer der Arbeitsgruppen aufgezeigten Wege der Zusammenarbeit von Schulen, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten usw. haben Anknüpfungspunkte für Überlegungen dieser Art aufgezeigt.

6. Beitrag von Kirche und Diakonie zur Verwirklichung von Gemeinwesenzentren

Abschließend will ich noch einmal zurück kommen auf den Beitrag von Kirche und Diakonie zur Verwirklichung von Gemeinwesenzentren. Zusammen mit der Diakonie sind Kirchengemeinden starke Partner in den Kommunen, im Stadtteil und Quartier, wenn sie als Träger öffentlicher Belange, das scheint mir wichtig zu sein, das Mandat zur Einmischung im Gemeinwesen auch wahrnehmen und damit auch Mitverantwortung für die soziale Stadtentwicklung übernehmen. Am Beispiel der mittelhessischen Kirchengemeinde habe ich das ausgeführt. Kirchengemeinden als lokale Akteure sollten ihre räumlichen und personellen Ressourcen zur

Gestaltung von lokalen Aktionsplänen und Gemeinwesenzentren einbringen. Hier geschieht noch zu wenig. Vor dem Hintergrund, dass gerade in sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtteilen christliche Kirchengemeinden schrumpfen und es die Tendenz gibt, dort Personal abzuziehen, muss auch in den eigenen Reihen dafür geworben werden, dieses Handeln zu überdenken. Vielmehr sollten Kirche und Diakonie hier Schwerpunkte setzen und gerade diese Stadtteile begleiten.

Durch ihre starke zivilgesellschaftliche Bindung können insbesondere Kirchengemeinden Potentiale für Nachbarschaftsentwicklung einbringen und zusammen mit der örtlichen Diakonie zusätzliche fachliche Kompetenz und räumliche Kapazitäten erschließen. Diese wiederum bilden eine gute Ausgangslage zur Realisierung von Gemeinwesenzentren.

Kirche und Diakonie müssen sich bei der Gestaltung und Nutzung solcher Zentren auf neue Trägerkooperationen einlassen. Mir erscheint wichtig, bei der gemeinsamen Nutzung von lokalen Zentren vorhandene Rollenmuster im lokalen Netzwerk neu zu definieren und wahrzunehmen. Ich gehe davon aus, dass alle Partner, also auch Kirche und Diakonie, loslassen und sich auf neue Verbund- und Kooperationsstrukturen einlassen müssen. Das gilt für alle Träger und Akteure der Sozialen Arbeit, deren Aufgaben, Rollen und Einbindung in einem auf Partizipation ausgerichteten „lokalen Sozialstaat“ neu überdacht werden müssen.

Insofern sehe ich einerseits die Chance, aber andererseits auch noch viele Aufgaben auf die Beteiligten zukommen, lokale Zentren trägerübergreifend sowie akteursübergreifend gemeinsam zu gestalten, um – insbesondere in Stadtteilen mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf bzw. in „sozialen Brennpunkt“-Orten – lokale Zentren zu entwickeln, die den vielfältigen Nachbarschaften und Zielgruppen, aber auch den dringend zu bearbeitenden Handlungsfeldern gerecht werden können.

Autor:

Reinhard Thies
Diakonisches Werk der EKD e. V.
Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA)
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
Email: thies@diakonie.de

Zukunftsschulen als Stadtteil- und Bildungszentrum – Die Gesamtschule in Duisburg-Marxloh

Eine Gesamtschule entsteht im sozialen Brennpunkt

Ausgangspunkt für die Gründungsinitiative zur Herbert-Grillo-Gesamtschule in Duisburg-Marxloh (vornehmlich durch türkische Eltern und die Lehrer/innen der ehemaligen Marxloher Hauptschule) war die Tatsache, dass die damals vorhandenen Duisburger Gesamtschulen Migrantenkinder zwar bis zur prozentualen Quote aus Gesamt-Duisburg (ca. 35% am gesamten Schüleraufkommen) aufnahmen. Diese Quote reichte aber in Stadtteilen mit hohem Migrantanteil nicht aus, so dass begabte Migrantenkinder hier den mühsamen Weg über die Qualifizierung im Klassentyp 10B der Hauptschule mit anschließendem Schulwechsel auf ein Gymnasium gehen mussten und dabei leider oft scheiterten.

Der Initiative gelang es, die Einsicht in diese Ungerechtigkeit zu fördern, was dann nach einigen Hindernissen und gerichtlichen Verwicklungen im Jahre 1994 zur Gründung der Herbert-Grillo-Gesamtschule geführt hat.

Der AK DU 11 – eine wichtige Keimzelle der Kooperation

Als unsere Gesamtschule 1994 im „sozialen Brennpunkt“ Duisburg-Marxloh begann, setzte sie bewusst auf Stadtteilorientierung. Die Jugendhilfeträger vor Ort konnten nämlich auf Erfahrungen im Stadtteil zurückgreifen und damit die Schule unterstützen. Besonders hilfreich war eine Initiative der Bildungs- und Sozialeinrichtungen im Stadtteil: der Arbeitskreis „Duisburg 11“ oder „AK DU 11“. (Duisburg 11 war vor der Einführung der neuen Postleitzahlen die postalisch korrekte Ortsangabe für Marxloh und Hamborn.)

Einmal im Monat trafen sich die Träger, berichteten gegenseitig über ihre Arbeit, über Probleme und Erfolge. Bald schon wurden auch gemeinsame Aktionen der Träger geplant und durchgeführt. Das Projekt „Mädchen Los!“, das fast alle Träger gemeinsam mit der Hauptschule durchführten, ist mir dabei besonders positiv in Erinnerung.

Der „AK DU 11“ war die Keimzelle unserer Verbundarbeit. Aber so einfach gestaltete sich die Zusammenarbeit nicht: Das Jugendamt verbot zeitweise seinen Mitarbeitern/innen, den Arbeitskreis zu besuchen, obwohl die Mitarbeiter/innen in der Teilnahme einen Gewinn sahen. Eine Einladung an den Bezirksamtsleiter, mit dem die Absichten des Arbeitskreises

diskutiert werden sollten, wurde mit allen diplomatischen Mitteln hin- und hergeschoben. Die Zeit war offenbar noch nicht reif.

Erst später, als das neu gegründete Stadtteilprojekt und später die Entwicklungsgesellschaft Duisburg erkannten, dass dieser Ausschuss eine Chance auch für ihre Arbeit an der Bürgerbeteiligung war, wurde die politische Lage einfacher. So kam der „AK DU 11“ trotz anfänglicher Behinderungen auf der offiziellen Ebene gut voran. Das lag vor allem an der Erkenntnis der Teilnehmer/innen, dass gemeinsame Aktionen allen beteiligten Akteuren halfen. Die Träger gaben nicht nur, sie konnten auch von der Zusammenarbeit profitieren. Trotzdem lief nicht immer alles rund. Das soll nun an Beispielen erläutert werden.

Aller Anfang ist schwer: Beispiel 1

Um es vorweg zu sagen: Es ist gar nicht so einfach, in einer Schule Funktionen eines Stadtteil- und Bildungszentrums zu integrieren. Das Jugendamt der Stadt Duisburg kam auf die gute Idee, Schulen und Jugendzentren im Stadtteil eine Mediations-/Streitschlichter-Schulung anzubieten, bei der zwei Mitarbeiter/innen aus den Schulen mit zwei Sozialpädagogen/innen des benachbarten Jugendzentrums gemeinsam geschult werden sollten. Nach gemeinsamer Ausbildung sollte man sich dann gegenseitig unterstützen.

Soweit die gute Idee!

Als der Schule allerdings nach der Ausbildung eine Rechnung ins Haus flatterte, in der die Kosten für die Lehrer/innen aufgelistet wurden, wurde klar, dass die gute Idee nicht zu Ende gedacht war.

Das Jugendamt argumentierte nämlich so: Da es für Lehrerfortbildung nicht zuständig sei, habe es diese Kosten auch nicht zu tragen. Dass Schule und Jugendzentrum zu verschiedenen Zeitpunkten mit den gleichen Jugendlichen zu tun hatten, war zwar begriffen worden, konnte aber noch nicht auf die finanzielle Ebene übertragen werden.

Wir haben die Rechnung einfach an die Bezirksregierung weitergeschickt – ob sie je bezahlt wurde, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls lernten wir dadurch schnell, dass Kooperation mit dem Jugendamt nicht nur notwendig und hilfreich, sondern auch problembeladen sein kann.

Sicher, die Finanzlage der Stadt Duisburg war und ist nicht rosig. Der Kämmerer beschrieb sie

so, dass für eine Stadt mit 500.000 Einwohnern nur für etwa 300.000 Steuereinnahmen vorhanden seien und das sei eben zu wenig. Keine gute Voraussetzung für Kooperation – vermin-tes Gebiet!

Besser gestaltete sich dank des „Arbeitskreises Duisburg 11“ die Kooperation mit dem Jugendzentrum, aber auch hier klappte nicht alles auf Anhieb.

Aller Anfang ist schwer: Beispiel 2

Das Jugendzentrum hatte einen Schauspieler engagiert, der mit Jugendlichen ein Theaterstück einstudieren wollte, das im Schaufenster eines Duisburger Kaufhauses vorgeführt werden sollte. Bei den Besuchern/innen des Jugendzentrums gab es anfangs aber zu wenig Interesse. Als der Schauspieler in der Schule vor einigen Klassen sein Vorhaben erläutert hatte und einige Proben seines Könnens vorgelegt hatte, waren schnell 60 Interessenten/innen zusammen. (Zunächst also ein Erfolg: Das Jugendzentrum hatte genügend Interessenten/innen für diese Arbeit, und die Schule bekam Unterstützung für den Deutschunterricht, denn eine bessere Deutsch-Lehrmethode als Theater-spiel ist kaum vorstellbar!) Nach anfänglichem Erfolg blieben dann einzelne Teilnehmer/innen weg, danach immer mehr und die Sache schief ein. Wir waren in der Schule davon ausgegan-gen, dass alles gut lief, da wir nichts Negatives hörten. Wir wären gern bereit gewesen, bei den fehlenden Mitspielern/innen nachzufragen, ob der Termin nur vergessen wurde oder ob es an der Art der Durchführung gelegen hatte usw. Der Grund für den Misserfolg durch mangelnde Rückmeldung lag aber tiefer: Das Jugendzentrum hätte solche Rückfragen als Verstoß gegen den Grundsatz der Freiwilligkeit verstanden. Deshalb kam die „Ausnutzung der Schulpflicht“ für sie nicht in Frage.

Gegenseitige Information verringert Fallstricke: Beispiel 3

Geschickter fing es der Mädchenbildungsver- ein „Mabilda e.V.“ an. Als das Bundes-Modell- Vorhaben mit Räumen in einem ehemaligen Schuhgeschäft an einer Hauptstraße startete, fragten die Mitarbeiterinnen in der Schule nach.

Die Schule schlug vor, dass „Mabilda“ eine

Mädchen-Arbeitsgemeinschaft in der Schule anbieten sollte. Das war zunächst nicht Absicht der Damen. Sie wollten doch ihr Domizil beleben. Wir sagten zu, dass die Arbeitsgemein-schaft nach einigen Wochen in die Räume von „Mabilda“ umziehen würde. Machen wir uns klar: Die Mädchen nahmen zunächst an einer schulischen Arbeitsgemeinschaft teil, die von einer Lehrerin und von „Mabilda“-Mitarbei-terinnen geleitet wurde. Am Halbjahresende entschieden die Mitarbeiterinnen auch darü-ber mit, welcher Erfolg den Mädchen auf dem Zeugnis bescheinigt wurde. Das war zwar an-fangs nicht ganz in ihren sozialpädagogischen Absichten, wurde aber als notwendiges Übel akzeptiert.

Die Schule erfand daher vereinbarungsgemäß einen Grund, warum die AG nicht mehr in den Schulräumen stattfinden konnte. Der Putz-plan müsse geändert werden oder ähnliche Gründe wurden vorgeschoben. Die Mädchen-AG fand von da an bei „Mabilda“ statt. Bald waren die Mädchen auch sonst in ihrer Freizeit in den „Mabilda“-Räumen. Von den dort ge-gebenen Anregungen und Angeboten profitierten vor allem die muslimischen Mädchen. Schließ-lich werden sie sonst von den Eltern gern „zu Hause gehalten“. Hier aber wurde die Tatsa-che, dass sie dort auch eine schulische Pflicht-veranstaltung besuchten, eine Möglichkeit zur „Ausrede“.

Hier bestätigte sich unsere These: Kooperati-on funktioniert immer dann, wenn alle Partner davon profitieren!

Träger der Jugendhilfe haben oft gute Ideen und interessante Projekte, die sie mit Personen füllen müssen. In Schulen zu werben, ist für sie eine gute Möglichkeit, ihre Projekte auch tat-sächlich durchführen zu können. Da solche Pro-jekte über den engen Ansatz der Schulfächer hinausgehen und mit dem Leben verbunden sind, profitiert über den breiteren Bildungsan-satz auch die Schule davon.

Überblick über zwei feste Kooperationsprojekte

Die folgende Grafik beschränkt sich auf ausge-wählte Partnerkonstellationen, mit denen die Schule vor allem die Projekte „Berufsorien-tierung“ (erste Zeile) und „soziale Erziehung“ (zweite Zeile) weiter entwickelt.

Werkkiste e.V. (Berufsfördereinrichtung der katholischen Kirche)	Mabilda e.V. (Mädchen-Bildungs-Verein)	Jungs e.V. (Jungen-Bildungs-Verein)
Regionalzentrum Nord (städtisches Jugendzentrum)	Kiebitz e.V. (Internationales Kulturzentrum)	ASD (Stadt Duisburg)

Abb.: Kooperation Schule-Jugendhilfe (nur zentrale Partner)

Heute gibt es an der Schule wesentliche Kooperationschleifen, die für eine praxisorientierte Ausbildung der Schüler/innen genutzt werden:

Die Partner/innen aus der Jugendhilfe („Jungs e.V.“, „Mabilda e.V.“ und „Werkkiste e.V.“) ergänzen die Arbeit der Schule im Bereich der Berufsorientierung, indem sie geschlechtsspezifische Alternativen zu den im Stadtteil „üblichen“ Lebensläufen erarbeiten. Das bedeutet vor allem, dass Mädchen nicht allein auf die klassischen Berufe wie Arzthelferin oder Friseurin und Jungen nicht allein Kfz-Berufe sehen sollten. „Jungs e.V.“ zeigt Wirkungen des weitverbreiteten Machoverhaltens und dessen fehlende Eignung für berufliche Kooperation auf. Die „Werkkiste e.V.“ als Träger der Jugendberufshilfe ihrerseits ergänzt die Arbeit der Schule im Rahmen eines Stufenkonzeptes, das die Jahrgänge 8 bis 10 erfasst.

Alle Partner sind in besondere Projektwochen eingebunden, die sie durch ihre spezifischen Erfahrungen lebensnäher und klientenorientierter machen. So führt die „Werkkiste“ z. B. einen „Parcours der Fähigkeiten“ durch, bei dem verschiedene Berufsfelder durch alle Schüler/innen erprobt werden. Die Schüler/innen üben sich im Umgang mit elektrischem Werkzeug, z. B. mit dem Anwerfen eines Benzin-Rasenmähers, mit Gedulds- und Konzentrationsübungen sowie mit in der Industrie üblichen Eignungstests und werden dabei beobachtet. Im Umfeld des Betriebspraktikums erarbeiten die Schüler/innen auch Bewerbungen und stellen sich bei der „Werkkiste“ vor. Sowohl die Eignungstests, die Qualität der Bewerbungsunterlagen als auch der persönliche Eindruck, den die Teilnehmer/innen in den Projekten hinterlassen, werden – zum Teil auch über Videoaufnahmen – zurückgemeldet.

Dies beschreibt die Arbeit der Berufsorientierung an der Schule jedoch nicht vollständig. Selbstverständlich kommen eine monatliche Sprechstunde für Schüler/innen und Eltern durch die Berufsberatung in der Schule, zwei Betriebspraktika (in Stufe 8 und ein alternatives in Stufe 10) und weitere Beratungshilfen hinzu. Besonderes Interesse finden die „BUS-Klassen“ (Beruf und Schule), bei denen Schüler/innen, die den Hauptschulabschluss wahrscheinlich nicht erreichen können, im letzten Schulbesuchsjahr etwa die Hälfte der Schulzeit in Betrieben und die andere Hälfte im an die Berufspraxis angelehnten Unterricht verbringen. Dieses Projekt betreibt die Schule sehr erfolgreich mit zwei Nachbar-Gesamtschulen, da bei ihr allein die etwa 15 notwendigen Teilnehmer/innen nicht zusammenkommen.

In der zweiten Zeile ist das Soziale Lernen dargestellt. Die Schule führt in den Stufen 5

und 6 Unterricht im „Sozialen Lernen“ durch. Dabei werden soziale Wahrnehmung, Gesprächsführung und Kommunikation gestärkt. Für diese Arbeit wurden ergänzend Partner/innen gefunden.

Das Internationale Kulturzentrum Kiebitz bietet für Schüler/innen der Schule Kunstaktionen und die Redaktionsarbeit an der internationalen Zeitung „Ibibik“ an. Hieran beteiligen sich Schüler/innen sowohl in ihrer Freizeit als auch mit Unterrichtsgruppen, sowohl in deutscher als auch in türkischer Sprache.

Dieses Kulturzentrum führt auch gemeinsam mit dem Regionalzentrum Nord jährlich die „Marxloher Theatertage“ durch, bei denen sich Theatergruppen aus Schulen des Duisburger Nordens eine ganze Woche lang gegenseitig ihre Produktionen vorstellen, nachdem Schauspieler/innen und Regisseure/innen sie in Workshops beraten und geschult haben.

Diese wichtige Arbeit verbessert nunmehr seit 10 Jahre nicht allein die Deutschkenntnisse der Schüler/innen; Selbstdisziplin und Selbstbewusstsein werden durch diese Arbeit gleichermaßen gestärkt. Weitere Aktivitäten der Schule sollen hier nicht bis ins kleinste ausgeführt werden. Aber die schuleigene Streitschlichter-Arbeitsgemeinschaft und die Schulungen dazu sowie die regelmäßigen Unterrichtseinheiten des Vorbeugungsreferates der Kriminalpolizei runden die Arbeit der Schule ab. Auch die Kooperation mit Sportvereinen im Stadtteil wird unter diesem erzieherischen Aspekt gesehen.

Durch die Zusammenarbeit im Stadtteil ergeben sich aber immer wieder weitere auf bestimmte Zwecke oder Projekte gerichtete Kooperationen, so z. B. mit der Regionalen Arbeitsstelle (Deutsch als Fremdsprache, Migrantenförderung), mit dem Jugend-Kulturzentrum „Kiebitz“, mit dem Jugendzentrum Marienstraße, den Kirchengemeinden und mit den Nachbarschulen.

Autor:

Friedrich Marona
Gesamtschule Marxloh
Diesterweg 6
47169 Duisburg
Email: Fmarona@gmx.de

Zukunftsschulen als Stadtteil- und Bildungszentrum – Die Regionale Schule in Greifswald

Porträt der Schule und des Umfeldes

Einleitend werden an dieser Stelle die Voraussetzungen an unserer Schule und die Rahmenbedingungen des Umfeldes stichpunktartig aufgeführt.

- Haupt- und Realschüler lernen als Regionalschüler im Klassenverband.
- Nach der Orientierungsstufe wird schrittweise in den Hauptfächern in Basis- und Erweiterungskursen differenziert.
- Abschluss nach Klasse 9 (Berufreife)
- Abschluss nach Klasse 10 (Mittlere Reife; zentrale Abschlussprüfung)
- Die Schüler kommen aus verschiedenen Wohngebieten (Plattenbauten).
- Vor 10 Jahren gab es in unserem unmittelbaren Umfeld 15 weiterführende Schulen.
- Aufgrund der Abwanderung, der geringen Geburtenrate usw. wurden die Schulen schrittweise reduziert, aufgelöst und zusammengelegt.
- Hier leben konzentriert sozialschwache Familien und viele allein erziehende Mütter.
- Außer den reichlich vorhandenen Einkaufszentren, gibt es leider kaum kulturelle Einrichtungen.
- Unser Wohnumfeld gehört nicht zu den Fördergebieten der Sozialen Stadt

Zentrale Herausforderungen

- Viele Kinder haben emotionale und soziale Störungen.
- Der Anteil der verhaltensauffälligen Kinder nimmt zu.
- Schon in der 5. Klasse haben wir eine Konzentration von Problemkindern mit Defiziten in vielen Bereichen.

- Die Entscheidung, ob Kinder in eine private Schule, an ein Gymnasium oder eine Regionale Schule gehen, ist wesentlich von der sozialen Herkunft abhängig.

Zentrale Schlussfolgerungen

- Wir haben nur die Schüler, die wir haben.
- Sie werden sich nicht an das System Schule anpassen.
- Schule muss sich ändern.
- Es bringt nichts, auf Wunder von außen zu warten: Hilfe zur Selbsthilfe ist angesagt!

Lösungsansätze – Strukturveränderungen in der Schule

Die Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“ hat den anerkannten Status einer integrativ arbeitenden Regionalen Schule. In den zurückliegenden 15 Jahren hat die Schule an verschiedenen Bundesmodellversuchen mitgearbeitet. Umfangreiche Projekte haben den Charakter unserer Schule nachhaltig verändert. So ist die Integration von Schülern/innen mit Behinderungen in die Regelschule zum Primärziel geworden, dass alle anderen Faktoren der inneren und äußeren Schulreform bestimmt und als durchgängiges Gestaltungsprinzip den Unterricht mit Sozial- und Freizeitarbeit verbindet.

Durch die Öffnung der Schule nach außen und durch die Vernetzung mit unterschiedlichen kommunalen Einrichtungen und freien Trägern ist ein vielschichtiges Unterstützungssystem aufgebaut worden, das einerseits hilft, den Erziehungs- und Bildungsauftrag einer integrativ arbeitenden Schule zu erfüllen und andererseits in der Lage ist, familienentlastende Dienste anzubieten.

<ul style="list-style-type: none"> - Schüler helfen Schülern - Freizeitsport - Hausaufgabenbetreuung - Schulhausgestaltung - Arbeitsgemeinschaften - Schülerfirmen - Förderung von Talenten 			<ul style="list-style-type: none"> - Sportvereine - BIG¹ - Fit für die Wirtschaft - Kunstwerkstätten - Deutsche Kinder- und Jugendstiftung - DRK², CJD³, RSK⁴ - Sozialverein Ostvorpommern - ÖDS⁵ - Villa 		
PRODUKTIVES LERNEN			LERNSTATION		
S	E	L	B	S	T
Schüler/in	Eltern	Lehrer/in	Berater/in	Sozial-Pädagoge/in	Technische Kräfte
Unterricht + Schulinterne Rahmenpläne + Lernvereinbarungen + Sonderpädagogische Förderung					

Abb.: Philosophie und organisatorischer Rahmen der Regionalen Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“

1) Bildungszentrum in Greifswald

2) Deutsches Rotes Kreuz

3) Christliches Jugenddorf

4) Regionalstelle für Suchtvorbeugung und Konfliktbewältigung

5) Öffnung der Schule e.V.

Seit dem Schuljahr 2003/2004 hat unsere Schule zudem den Status einer Ganztagschule.

Ziele der inneren Schulentwicklung

Grundlage der inneren Schulreform bilden das Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommerns, die gültigen Rahmenpläne und die Schulentwicklungskonzeption der Hansestadt Greifswald. Lehrer/innen, pädagogische Mitarbeiter/innen, Eltern und Schüler/innen haben auf dieser Basis ein schuleigenes Programm erarbeitet, dessen Inhalte kontinuierlich umgesetzt werden.

Für die Arbeit ergeben sich für unsere Schule vier Schwerpunkte:

1. zielgerichtetes Entwickeln von Normen und Werten,
2. Weiterentwicklung der didaktisch-methodischen Qualität des Unterrichts,
3. Vernetzung der sonderpädagogischen, sozialpädagogischen und pädagogischen Ebenen durch die Einbindung der Schule in das Förderzentrum,
4. Integration als durchgängiges Schulprinzip.

Handlungskompetenz ist das Gesamtziel für alle Schüler/innen unserer Schule. Die Handlungskompetenz setzt sich aus Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz zusammen. Dieses Gesamtziel verfolgen Schule, Eltern und der Freizeitbereich gemeinsam.

Bausteine der Schulprogrammentwicklung

Die Regionale Schule Nexö am Ryck nutzt zur Schulprogrammentwicklung einen Ressourcenpool. Schwerpunkte des Programms sind:

- Integration,
- Berufsfrühorientierung,
- Kreative Schule und
- Gesundheitsförderung.

Der Ressourcenpool lässt sich schwerpunktbezogen folgendermaßen darstellen. (siehe Abb.)

Exkurs zum Bildungsbegriff „Produktives Lernen“

Dieser zentrale Begriff bezeichnet eine Tätigkeit zwischen Individuen und Natur/Gesellschaft. Dieser Tätigkeitsbezug ermöglicht einen anderen methodischen Zugang zur Bildung. Ausgehend von unseren praktischen Erfahrungen heißt dies:

- Motivation des/der Schülers/in zu eigenverantwortlicher Gestaltung des Bildungsprozesses,
- ihn/sie in die Lage versetzen, dass in der Praxis Gelerntes theoretisch aufzuarbeiten bzw. zu vertiefen ist und sich daraus ergebende neue produktive Tätigkeiten vorzubereiten sind.

Die Rolle der Pädagogen/innen und Mentor/innen lassen sich dabei folgendermaßen beschreiben:

Rolle des/der Pädagogen/in:

- Wissensvermittler/in,
- Berater/in.

Rolle des/der Mentors/in:

- Betreuer/in am Praxislernort,
- Wissensvermittler/in am Praxislernort.

Projekt „Lernstation“

Das Projekt soll Förderstunden effektiv nutzen. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Feststellung, dass Schüler/innen mit vielschichtigen Problemkonstellationen im schulischen, häuslichen und Freizeitbereich beim Übergang vom Grundschul- in den Orientierungsstufenbereich nicht mehr wirksam erreicht werden. An der Nexö-Schule hat man deshalb über eine Bündelung pädagogischer, sonderpädagogischer und sozialpädagogischer Maßnahmen über ein Basistraining im Lern- und Verhaltensbereich nachgedacht. Herausgekommen ist das Projekt „Lernstation“, in dem Schule, Schul- und Jugendamt eng zusammenarbeiten.

Die Schüler/innen sollen in grundlegenden

Aufgaben aus der Entwicklung der Regionalen Schule	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung der Kernfächer Verbesserung der Berufsfrühorientierung Stärkung der sozialen Kompetenzen der Schüler Integration von Schülern mit Behinderungen
Möglichkeiten der offenen Ganztagschule	<ul style="list-style-type: none"> Villa Arbeitsgemeinschaften Hausaufgabenhilfe Öffnung der Schule e.V.
Modellversuchen	<ul style="list-style-type: none"> Berufsfrühorientierung Kreative Schule Gesundheitsförderung (Anschub.de)

Abb.: Ressourcenpool der Regionalen Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“

Bereichen des Lesens, Rechtschreibens, Rechnens und gegebenenfalls auch im Fremdsprachenbereich gefördert werden, um Anschlussfähigkeit zu erreichen. Bei verhaltensauffälligen Kindern werden diese Maßnahmen mit einem Training zum Konfliktabbau und dem Erlernen von Angst- und Stressbewältigungsmöglichkeiten gekoppelt.

Wie sieht nun die konkrete Organisation einer solchen Lernstation aus? Der/die Schüler/in bleibt in der Phase des Besuchs der Lernstation Schüler/in seiner Klasse. Der Bezug zur Klasse wird durch den/die jeweilige/n Klassenleiter/in prozessbegleitend gefördert. In der 1. und 6. Stunde besucht der/die Schüler/in den Unterricht in seiner Klasse. Zwischen der 2. und 5. Stunde liegen die individuellen Förderräume. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Förde-

rung werden von den in der Klasse unterrichtenden Fachlehrer/innen in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Lernstation gesetzt. Die Lernstation wird von maximal vier Schülern/innen der Klasse 5 und 6 gleichzeitig besucht, sodass genügend Raum für individuelle Förderung gewährleistet ist. Geplant ist zukünftig auch die Klassenstufe 7 in die Förderung mit einzubeziehen. Jede/r Schüler/in erhält einen individuellen Wochenförderplan, der im Team beraten wird. Die Dauer des Aufenthalts in der Lernstation beträgt in der Regel 8 bis 10 Wochen. Eine Wiederholung des Intervalls ist möglich. Die vollständige Reintegration in die Klasse erfolgt stufenweise und wird von den Förderkräften und einer Sozialarbeiterin in enger Zusammenarbeit mit dem/der Klassenleiter/in begleitet.

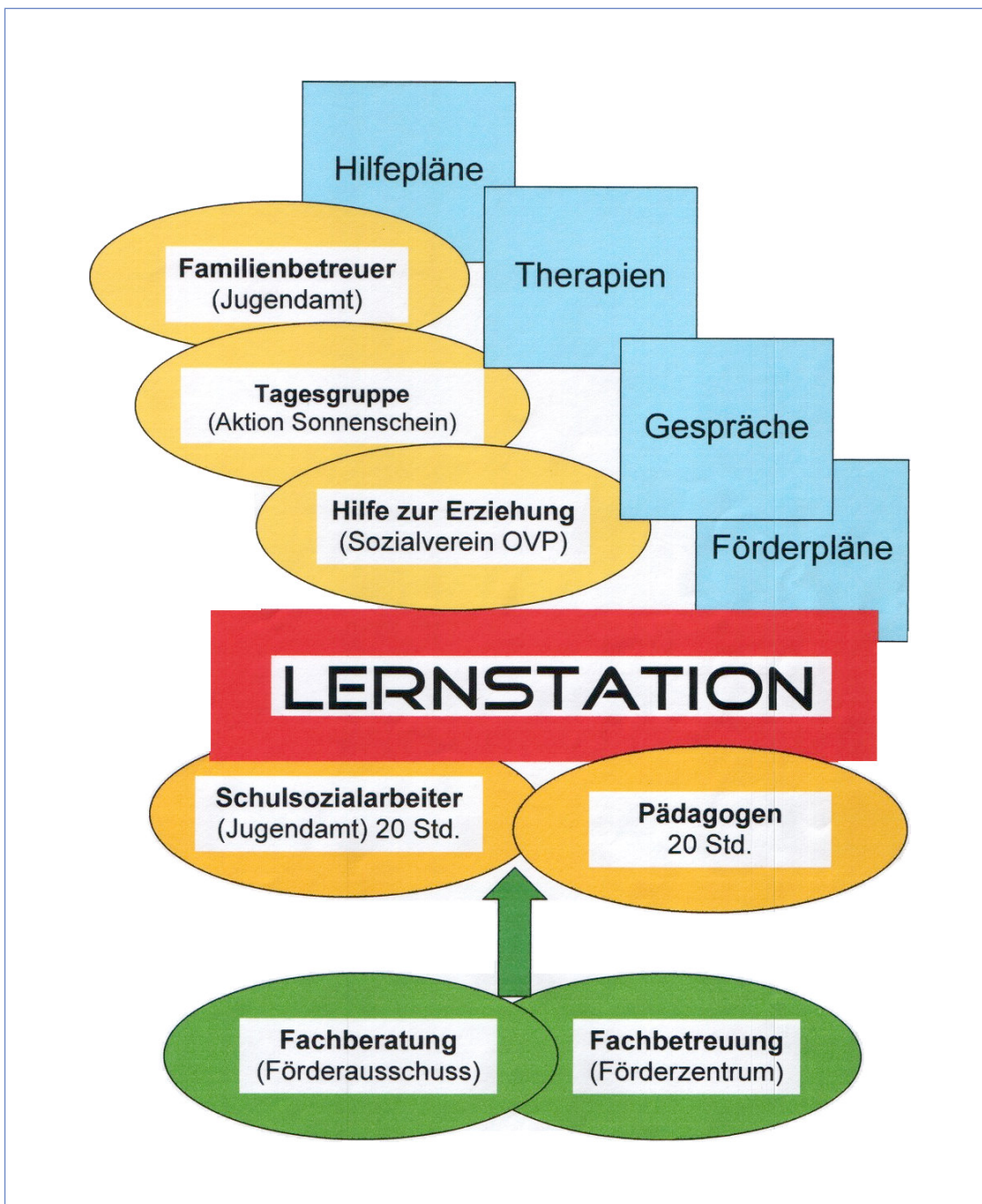


Abb.: Schaubild zur Lernstation

Zu den Adressaten/innen des Projekts Lernstation gehören Schüler/innen der Klassen 5 und 6 mit Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten.

Unsere Erfahrungen mit dem Projekt „Lernstation“

Die bisher praktizierten Formen der Schulstationen konzentrieren sich auf ältere Schulverweigerer/innen und sind oft separat organisiert. Hilfsmaßnahmen setzen zu spät an. Die Schüler/innen werden nur noch aufbewahrt, bis spätere Maßnahmen durch die Arbeitsagentur greifen, die wenig wirksam sind. Auch die Wiedereingliederung in den normalen Schulalltag ist bei additiven Modellen selten möglich. Ist die Verbindung zum Klassenverband abgebrochen, gibt es kaum eine Reintegration. Wir müssen also früh gezielte Hilfsangebote organisieren und nicht warten, bis die Jugendlichen erziehungsresistent geworden sind: denn die später aufgewendeten Mittel stehen selten im Verhältnis zu den Erfolgen.

Unsere Schlussfolgerung ist: Wir benötigen weniger additive kurzfristige Projektmaßnahmen, sondern eine Frühförderung, die bis zum Berufseinstieg kontinuierlich erfolgt.

Unsere Kooperationspartner

Wir können unserem Bildungs- und Erziehungsauftrag ohne Hilfe nicht gerecht werden. Andererseits gibt es auch viele Einrichtungen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Der Schülerrückgang und knappe Kassen haben ein Umdenken bewirkt. Jugend- und Kulturinstitutionen sehen uns seltener als Konkurrenten. Sie haben gelernt, dass Kinder nur dort zu erreichen sind, wo sie sich aufhalten: in der Schule.

Aus den gesammelten Erfahrungen im Prozess der Vernetzung und Kooperation werden im Folgenden hemmende und fördernde Faktoren benannt.

Hemmende Faktoren sind:

- kurzfristige Projekte,
- häufiger Personalwechsel (z. B. ABM),
- Personal, das nicht qualifiziert ist (z. B. 1 Euro/Job),
- Kommunen, die Förderprogramme nur nutzen, um die Bausubstanz aufzuwerten,
- viele Einzelfallhilfen außerhalb der Schule erschweren eine Koordinierung.

Kooperationspartner				
<ul style="list-style-type: none"> - Sozialverein Ostvorpommern – Hilfe zur Erziehung - Schulsozialarbeit - Öffnung der Schule e.V. (ÖDS) - Christliches Jugenddorf - Aktion Sonnenschein e.V. 	Regionale Schule			<ul style="list-style-type: none"> - Regionalstelle für Suchtvorbeugung und Konfliktbewältigung (RSK) - Bildungszentrum in Greifswald - Fit für die Wirtschaft e.V. - Ran an die Zukunft e.V. (RAZ) - Berufsbildungswerk
„Martin Andersen Nexö am Ryck“				
<ul style="list-style-type: none"> - Universitäten Greifswald und Rostock - Deutsche Kinder- und Jugendstiftung - Sportvereine der Stadt - Krankenkassen - Künstler der Region - Kunstwerkstätten - Bibliotheken der Stadt - Schülerfreizeitzentrum - Zooschule - Betriebe der Region - Bertelsmannstiftung - Deutsches Rotes Kreuz (DRK) - Unfallkasse - Präventionsrat 	Integration von Schülern/innen mit Behinderungen	SWA – Modellversuch „Startpunkt Schule“	Anschub.de – Gesundheitsfördernde Schule	<p>Integrationspartner:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsschulen im Förderzentrum (Allgemeine Förderschule, Kollwitz-GS, Nexö-GS, Nexö-RS) - Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) - Landesschule für Gehörlose <p>Ämter und Behörden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kultusministerium - Schulamt - Schulverwaltungsamt - Jugendamt - Sozialagentur
	Eltern			

Abb.: Kooperationspartner der Regionalen Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“

Fördernde Faktoren sind:

- Bündelung der Kräfte,
- konkrete Projekte und Personen an Schulen,
- Ansprechpartner für Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen reduzieren, also familienunterstützende Maßnahmen bündeln,
- Schulen sind im Stadtteil oft die einzigen kulturellen Zentren und müssen sich öffnen, so können auch Räumlichkeiten und andere Ressourcen sinnvoll genutzt werden.
- Ganztagschulen sind nur dann erfolgreich, wenn Erziehungs- und Bildungsangebote sinnvoll kombiniert werden.
- Lehrer/innen und Sozialpädagogen/innen sind keine Feuerwehr, die permanent Dauerbrände zu löschen haben. Deshalb brauchen wir langfristig Entwicklungskonzeptionen in denen Schule als Sozial-, Kultur- und Bildungsort entwickelt wird – ohne Kompetenzgerangel und Grenzstreitigkeiten.

Unser Fazit

1. Es ist erstaunlich, wie viele Ressourcen sich im Chaos erschließen lassen, wenn alle zielgerichtet danach suchen.
2. Netzwerke sind unbedingt nötig, wenn Schule ihrem Anspruch gerecht werden soll. Sie funktionieren, wenn es klare Zielvereinbarungen gibt, und die Strukturen für alle verlässlich und durchschaubar sind. Kompetenz + Kompetenz = mehr Kompetenz!
3. Wer die Probleme erkennt und sie offen anspricht, verliert nicht sein Gesicht, sondern gewinnt Mitstreiter.

Autorin:

Karin Müller
Regionale Schule
„Martin Andersen Nexö am Ryck“
Usedomer Weg 1
17493 Greifswald
Email: RegS-Nexoe@t-online.de

Eltern und Kinder gemeinsam stärken – Das Kinderhaus „Blauer Elefant“ in Essen-Katernberg

Katernberg ist ein Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf im Essener Norden. Als klassisches Kohlerückzugsgebiet ist Katernberg von einer hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Hieraus ergibt sich eine einseitige Sozialstruktur. Durch hohe Arbeitslosigkeit, materielle Not und einen Mangel an Perspektiven sind Familien in großem Maße belastet und kaum in der Lage, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen.

Der „BLAUE ELEFANT“ ist ein Qualitätssiegel, das vom Bundesverband des Deutschen Kinderschutzbundes verliehen wird. Es wurde 1999 erstmalig in NRW unserer Einrichtung verliehen. Wesentliches Merkmal eines „BLAUEN ELEFANT“ ist die Vielfältigkeit der Angebotsstruktur, die unter einem Dach gebündelt ist.

Die Einrichtung in Katernberg setzt sich zusammen aus:

- 89 GTK-Plätzen (Ausführungsgesetz des Landes NRW zu den §§ 22-24 KJHG)¹,
- einer Erziehungsberatungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern sowie
- einem Kinder- und Jugendtreff mit einer regelmäßigen Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangeboten.

Die Zusammenarbeit von Kindergarten, Tagesstätte, altersgemischten Gruppen, Betreuung über Mittag bis hin zur offenen Gruppenarbeit, therapeutischen Angeboten, institutioneller Erziehungsberatung und Elternbildung sind in ihrer Gesamtheit ein Angebot, das Belange von Kindern und Erziehenden wirkungsvoll berücksichtigt.

„Viele Hilfen aus einer Hand“ ist der Leitgedanke der Katernberger Einrichtung. Die Angebote orientieren sich an der Lebenssituation ihrer Besucher. Das heißt, dass wir bedarfsorientierte Dienstleistungen anbieten:

- Betreuung,
- Bildungsangebote für Eltern und Kinder und
- professionelle Beratungsangebote.

Betreuung

Im Kinderhaus werden die Kinder von zwei Jahren bis zum Alter von 14 Jahren betreut. Die Öffnungszeiten sind flexibel; das Haus ist 10 Stunden am Tag geöffnet. Angebote an Wochenenden (Freizeitangebote für Schulkinder und am Sonntag ein Familienbrunch) sowie in den Ferien werden gerne angenommen.

Unsere Betreuungsangebote schließen auch eine Gesundheitsvorsorge ein (z.B. Zahnpro-

phylaxe, „Ich geh´ zur U und du?“, Unterstützung bei Arztbesuchen).

Um den regelmäßigen Besuch in unseren Einrichtungen zu gewährleisten, können wir zudem einen Fahrdienst anbieten.

Bildungsangebote für Kinder

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht das Kind mit seinem Recht auf eine individuelle Förderung, die sich ganzheitlich auf die aktuelle Entwicklung und die Lebenssituation bezieht. Wesentliche Voraussetzungen zur Umsetzung sind zunächst einmal:

- der regelmäßige Besuch unserer Einrichtung, der einen geregelten Tagesrhythmus und eine ausgewogene Ernährung ermöglicht – denn wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele Familien ihren Kindern wenig Struktur- und Orientierungsmöglichkeiten bieten (können),
- eine gut vorbereitete Umgebung,
- eine klare und übersichtliche Raumgestaltung mit einem Anspruch auf Ästhetik,
- Raum, der kindliches Spiel anregt, als zentrale Bildungstätigkeit,
- Raum, der dem kindlichen Bewegungsbedürfnis gerecht wird und unterschiedliche sinnliche Erfahrungen zulässt; Garten, Räume und Bewegungshalle sind entsprechend gestaltet (Psychomotorik, regelmäßige Besuche im Schwimmbad und Bewegungserfahrungen im Alltag gehören zu unseren Angeboten),
- Raum und unterschiedliche Materialien für die künstlerisch-kreative Arbeit,
- Zeit für Außenaktivitäten, damit die Kinder einen erweiterten Lebensraum kennen lernen: Hier ist uns eine Öffnung zum Stadtteil als erweitertes Lebensumfeld wichtig.

Damit haben wir eine Basis für Bildungsprozesse geschaffen - vielleicht auch schon Bildungsprozesse ermöglicht. Diese Basisarbeit bündelt in unserem Hause eine Menge an Zeit. Die vorbereitete Umgebung reicht für viele Kinder nicht aus. Unsere Kinder sind häufig passiv und wenig leistungsbereit. Hier ist zusätzliche Unterstützung und Motivation nötig; die kindliche Neugier muss geweckt und die häufig sehr kurzen Konzentrationsphasen unserer Kinder müssen verlängert werden. Im besonderem Maße sind hier die Erzieher/innen gefragt, die den individuellen Entwicklungsstand eines Kindes kennen und wahrnehmen, womit sich das Kind aktuell auseinandersetzt. Denn

1) Zum Sommer 2006 werden 20 Plätze hinzukommen.

nur über eine gute Beziehung durch Akzeptanz und Wertschätzung in der Gruppe kann sich das Kind auf Bildungsprozesse einlassen. Die Erzieher/innen müssen das Kind da abholen, wo es steht und wenn nötig, therapeutische Hilfe in Absprache mit den Eltern und den entsprechenden Fachkräften vermitteln.

Vor allem unsere Kinder brauchen immer wieder neue Herausforderungen, die zum aktiven Tun anregen. Deshalb entwickeln wir im pädagogischen Alltag in Zusammenarbeit mit den Kindern Projekte. Denn nur wenn ein Thema für Kinder bedeutsam ist, lassen sich Interesse und Lernbereitschaft wecken und so sind Bildungsprozesse erst möglich.

Im Rahmen dieser Projekte setzen sich die Kinder aktiv und mit allen Sinnen mit einem Thema auseinander. Besonders lebendig ist mir unser letztes Projekt zum Thema „Mittelalter“ noch im Kopf. Hier fochten die Kinder Ritterkämpfe aus, kochten mittelalterliche Rezepte nach und versuchten sich in mittelalterlicher Handwerkskunst, sie filzten, töpferen, backten Brote, bastelten Ritterburgen, hörten Musik und spielten Geschichten nach. Im Rahmen dieses Projektes konnten wir auch Eltern mit einbeziehen, die zum Nähen von Kostümen in die Einrichtung kamen. Höhepunkt des Projektes bildete dann ein mittelalterliches Fest und ein Ausflug zur Burg Vondern bei Oberhausen.

Bedingt durch belastende Lebenssituationen seiner Bewohner/innen ist Katernberg ein spracharmer Stadtteil. Von daher nimmt die Sprachförderung in unserem Haus einen hohen Stellenwert ein. So findet neben der Sprachförderung im Gruppenalltag auch eine gezielte Sprachförderung in enger Abstimmung mit der Grundschule statt. Wir nehmen an dem Projekt „Schlaumäuse“ der Firma Microsoft teil und setzen Medien (Pepino) ein, die auch in der Grundschule verwendet werden. Unsere Einrichtung nimmt auch an einem Projekt in Kooperation von Jugendamt und RAA zur Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund oder für Kinder mit einem geringen Wortschatz teil. Bei Bedarf können wir unsere Therapeuten (Sprach-, Ergo- und Lerntherapie) einsetzen. In unserer Einrichtung finden auch muttersprachliche Angebote für türkische Kinder statt.

Verpflichtet haben wir uns zur systematischen Sprachstandserhebung unserer Kinder durch „Sismik“. Gezielte und regelmäßige Beobachtung der sprachlichen Kommunikation bietet die Möglichkeit, Angebote auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Einen besonderen Schwerpunkt stellt das Begegnungsjahr dar. Hier haben wir gemeinsam mit der Grundschule ein Konzept entwi-

ckelt, das Übergangsproblematiken vermeiden soll. Gemeinsame Fortbildungen, Förderkonferenzen und unterschiedliche Anlässe für Lehrer/innen, die zukünftigen Schüler/innen schon im Kinderhaus kennen zu lernen und Möglichkeiten für Eltern und Kinder, die Schule vor der Einschulung zu erleben, haben in Katernberg eine lange Tradition.

Bildungsangebote für Eltern

In der Erziehungs- und Bildungsarbeit sind uns die Eltern der Kinder wichtige Partner. Regelmäßige Gespräche über die Entwicklung ihrer Kinder bilden die Basis einer vertrauens- und respektvollen Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit mit Eltern hat in Katernberg eine 15-jährige Tradition. In diesen 15 Jahren konnten wir Erfahrungen sammeln, welche Angebote von unseren Familien gut angenommen werden. Dazu gehören:

- Angebote, die in unserer Einrichtung stattfinden oder in der Einrichtung beginnen und enden,
- Angebote, die ein gemeinsames Essen beinhalten,
- Angebote, die ein gemeinsames Tun mit den Kindern zum Inhalt haben und
- Angebote, die einen „Mithilfecharakter“ haben.

Zur Zeit gestaltet sich unser „Elternbildungsangebot“ wie folgt:

Familienbildung

- Gesprächsrunden finden zu familienspezifischen Themen statt (z.B. zum Thema sicherer Schulweg in Kooperation mit dem Kinder-Rechte-Haus und der Polizei oder Sexualität im Kindergarten in Kooperation mit der Erziehungsberatungsstelle).
- Im Miniclub trifft sich einmal in der Woche eine Vater/Mutter-Kindgruppe. Hier haben Familien mit Kindern unter drei Jahren die Möglichkeit, die Einrichtung kennen zu lernen, andere Menschen in ähnlichen Lebenssituationen zu treffen, sich auszutauschen und bei Bedarf auch andere Angebote des Kinderhauses zu nutzen. Der „Miniclub“ ist wesentlicher Baustein innerhalb unseres Konzeptes zur Eingewöhnung neuer Kinder.

Freizeit

- Dazu gehören Sommerfeste, Spiel- und Bastelnachmittage, Familienausflüge, Kreativgruppen und
- Konzerte in Kooperation mit Live Musik Now Rhein Ruhr e.V., die auf der Zeche Zollverein und in der Einrichtung stattfinden.

Familienfreizeiten

- Einmal im Jahr fahren wir mit Familien an die Nordsee. Dort finden wir Gelegenheit, Familiensysteme und Beziehungen der einzelnen Familienmitglieder untereinander zu beobachten und bei Bedarf, unterstützend tätig zu werden. Hier haben die Eltern die Möglichkeit, Kontakte zu anderen Familien aufzunehmen, eigene Erziehungsmuster zu vergleichen und neue kennen zu lernen. Jede Freizeit hat einen besonderen Schwerpunkt. In den Jahren 2005 und 2006 fand der Elternkurs „Starke Eltern – starke Kinder“ statt.

Gesundheit

- Wirbelsäulengymnastik macht Mütter fit für den Alltag. Jeden Mittwoch treffen sich Mütter, die etwas für ihren Körper tun wollen in der hauseigenen Gymnastikhalle. Das Training macht nicht nur den eigenen Körper fit, sondern bietet auch Raum für den Austausch über den Familien- und Erziehungsalltag. Ermöglicht wird diese Gruppe durch das bürgerschaftliche Engagement der Kursleiterin.
- In unregelmäßigen Abständen bieten wir auch Kochkurse – manchmal in Kooperation mit der Gastronomie – an.

Kommunikation

- Im Rahmen der Familienselbsthilfe bieten wir einmal im Monat einen Sonntagsbrunch an. Hier haben Mütter und Väter die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, über Lebenssituationen zu sprechen und eigenverantwortlich den Sonntag zu gestalten. Dieses Angebot findet in Kooperation mit dem Verein alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) statt.
- Einige Eltern treffen sich regelmäßig im Kinderhaus, um gemeinsam mit einer Kollegin die Kindergartenzeitung zu erstellen.

Hospitation

- Eltern, die einen Tag in unserer Einrichtung verbringen möchten, laden wir gerne dazu ein. Das macht unseren Arbeitsansatz transparenter und gibt den Eltern die Möglichkeit, über Vorbilder eigene Handlungen zu überprüfen. Darüber hinaus helfen diese Besuche, eine vertrauensvolle Atmosphäre zwischen Eltern und Mitarbeiterinnen zu schaffen. Regelmäßig wahrgenommen werden diese Hospitationen von Eltern und Kindern, die noch einen Platz suchen oder wissen, dass ihr Kind in einigen Monaten einen Platz erhalten wird.

Mitwirkung

- Im Sinne der gesetzlichen Grundlage finden in unserer Einrichtung regelmäßig Treffen mit dem gewählten Elternrat statt.

Professionelle Beratungsangebote

Beratungsangebote für Eltern sind abgestimmt auf die besonderen Bedürfnisse unserer Zielgruppe (niedrigschwellige Angebote). Im Sinne einer Erziehungspartnerschaft finden in unserer Einrichtung regelmäßig Gespräche zu Entwicklungs- und Bildungsprozessen der Kinder statt. Schwerpunkt dieser Gespräche ist, die Erziehungskompetenz von Eltern zu stärken.

Bei Problemen können unsere Familien die Beratungsangebote der Kollegen/innen der Beratungsstelle im Haus in Anspruch nehmen. Hier werden regelmäßig „Sprechstunden“ angeboten. Im Rahmen von einwöchigen Familienfreizeiten kann ganz pragmatisch „Alltag mit Kindern“ eingeübt werden.

Die Kollegen/innen der Beratungsstelle bieten neben regelmäßigen Sprechstunden, auch Hospitationen und Beobachtungen in der Gruppe und gemeinsame Gespräche mit Eltern und Erziehern/innen an. Wichtig ist dem Beratungsteam, dass auch im Rahmen der Kooperation die Beratung der Familien freiwillig ist, die Mitarbeiter/innen zur Verschwiegenheit verpflichtet und die Angebote kostenfrei sind. Darüber hinaus können unsere Familien die Angebote der Beratungsstelle nutzen.

Der „Blaue Elefant“ in Katernberg bietet mehr als ein bedarfsgerechtes Arbeiten. Es bedarf eines engagierten Teams, das bereit ist, neue Wege zu gehen und mit anderen Einrichtungen respektvoll zusammenzuarbeiten – vor allem aber eines Trägers, der bereit ist, diese Wege zu finanzieren.

Chronik oder: Wie sich durch die systematische Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtung und Erziehungsberatungsstelle ein Haus für Kinder und Familien entwickelte.

siehe nächste Seite

Autorin:

Annette Müller
Kinderhaus „BLAUER ELEFANT“
Bullmannau 15-17
45327 Essen-Katernberg
Email: blauer-elefant.katernberg@kinder-schutzbund-essen.de

Chronik oder: Wie sich durch die systematische Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtung und Erziehungsberatungsstelle ein Haus für Kinder und Familien entwickelte.

- 1991** Eröffnung einer zweigruppigen Kindertagesstätte und einer Erziehungsberatungsstelle in der Bullmannaue in Essen-Katernberg
- 1993** Erweiterung der Angebote: Familienwochenenden, Fahrdienste, Elternfrühstück
- 1995** Umzug der Erziehungsberatungsstelle in die Viktoriastraße, die Einrichtung Bullmannaue wird um zwei große altersgemischte Gruppen erweitert, Erweiterung der Angebote: Sprachtherapie
- 1996** Erste Ferienfreizeit: 40 Teilnehmende reisen an die Nordsee nach Westkapelle, NL
- 1997** Eröffnung eines Kinder- und Jugendtreffs in der Viktoriastraße und einer Kindertagesstättengruppe
- 1998** Erweiterung des Angebotes: Ergotherapie
- 1999** Verleihung des Qualitätssiegels: Dem Kinderhaus in Katernberg wird als erster Einrichtung in NRW das Qualitätssiegel der „BLAUE ELEFANT“ verliehen.
- 2000** Projektstart „Lernen, wie man lernt“. Die Schulkinderbetreuung wird erweitert.
- 2001** LVR-Veröffentlichung: Der „BLAUE ELEFANT“ Katernberg gilt als zukunftsweisende Modelleinrichtung.
- 2002** Ab jetzt finden regelmäßig einwöchige Familienfreizeiten statt.
- 2004** Start des Sprachförderprojektes „Schlaumäuse“ in Kooperation mit Microsoft, Konzeptveröffentlichung im Recherchebericht des BMFSFJ „Häuser für Kinder und Familien“
- 2005** 90 Minuten Live aus dem Kinderhaus (Deutschlandfunk berichtet). Das Katernberger Kinderhaus wird in der Broschüre „Eltern-Kind-Zentren“ des BMFSFJ erwähnt.
- 2005** McKinsey bildet: Das Katernberger Kinderhaus gehört zu den Top Twenty. Auf dem Bildungskongress in Berlin wird das Katernberger Kinderhaus darüber hinaus lobend erwähnt und zählt zu den besten sieben Einrichtungen des Wettbewerbs. Teilnahme am „Workshop Familienzentren“ am 28. September 2005 im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW.
- 2006** Im Rahmen eines Arte-Themenabends zu „Armut in Europa“ wurde auch das Kinderhaus „BLAUER ELEFANT“ vorgestellt.

Eltern und Kinder gemeinsam stärken – Das Familiennetzwerk der Lebenshilfe der Regionalvereini- gung Kamenz-Hoyerswerda e.V.

Einleitende Bemerkungen

Das Familiennetzwerk ist aus dem Modellprojekt „Familienbildung in Kooperation mit der Kindertageserziehung“ entstanden. Das geltende Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) hat die Bedeutung der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie in § 16 KJHG im Wesentlichen mit dem Anliegen unterstrichen, „die Personenberechtigten rechtzeitig und angemessen bei der Aufgabe zu unterstützen, Kindern und Jugendlichen die notwendigen Bedingungen zum Aufwachsen zu sichern“ (10. Kinder- und Jugendhilfebericht, S. 233). Eine wesentliche Aufgabe ist es, nicht nur bestehende Defizite aufzudecken und zu kompensieren, sondern die Ressourcen zu entdecken und zu nutzen.

Familienbildung kann jedoch nicht unmittelbar einsetzen. Sie braucht Zugänge, man muss sie erreichen können, um konkrete Hilfeangebote nutzen zu können. Je besser man das Feld versteht, in dem Menschen leben, je alltäglicher und universeller man ansetzt, umso tragfähiger werden die Brücken zu solidarischer Hilfe und multidisziplinärer Hilfe.

Familien brauchen neue Zugänge zur präventiven Arbeit, die wirksam Erziehungskompetenzen fördert und unterstützt. Dabei ist Familiennetzwerkarbeit in der Kindertagesstätte (Kita) eine innovative Idee, weil hier Familien „einfach da“ sind. Die Kita ist für Eltern ein vertrauter Raum, ein „Binnenraum“, in dem der Aufbau von Beziehungen und Vertrauen einen Boden hat. Kooperation, Erziehungspartnerschaft und sozialraumorientierte Hilfe können hier früh und bedarfsorientiert ansetzen.

1. Regionale Situation

Die Stadt Hoyerswerda hat in den letzten Jahren dramatische Veränderungen durchgemacht: 1956 entwickelte sich hier der Industriestandort „Schwarze Pumpe“, ein Zentrum des Braunkohlebergbaus. 1980 gab es in Hoyerswerda 23 Schulen, 32 Kindereinrichtungen und 20.000 Neubauwohnungen. Die Einwohnerzahl stieg 1988 auf einen Höchststand von 70.570.

Mit den Veränderungen in Industrie und Wirtschaft seit 1898/90 kam es zu einer Strukturkrise im Haupterwerbszweig Braunkohle. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit setzte eine erhebliche Abwanderung, besonders junger Familien, ein, die bis heute anhält. Heute sind knapp 1/3 der Gesamtbevölkerung arbeitslos

gemeldet. 2/3 der Arbeitslosen sind Frauen. Auch der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ist unvermindert hoch.

Dieser Umbruch hat in vielen Wohngebieten zu Armut und Ausgrenzung geführt. Familien, insbesondere von Alleinerziehenden, stehen vor komplizierten materiellen Schwierigkeiten und Beziehungsproblemen. Besonders die Hoffnung auf eine gute Zukunft ist bei vielen Eltern geschwunden. Es kommt zu vielen Benachteiligungen bei Kindern. Die Zahl der Kinder, deren Eltern ALG II beziehen, steigt ständig. Viele Kinder erleben täglich bittere Einschränkungen und leiden unter Verzicht, Ausgrenzung und Isolierung.

Eltern versuchen, oft mit großer Anstrengung, trotzdem gute Eltern zu sein, schaffen es jedoch nicht.

2. Entwicklung von Partizipation: Vorteile und Chancen der Kindertagesstätte

Kein Kind kommt allein in die Kindertageseinrichtung. Immer hat es seine gesamte Familie im Schlepptau: Eltern, Geschwister, Großeltern, die wir täglich sehen oder andere, die weniger sichtbar sind, jedoch Einfluss auf die Entwicklung von Kindern ausüben.

Die Kita hat wesentliche Vorteile, wenn es um die Erreichbarkeit von Eltern geht, um die Entwicklung von Partizipation zwischen Eltern und Fachkräften.

- **Vorteil „Man kennt sich“:** Die Kinder sind über einen langen Zeitraum (oft vier Jahre und mehr) in der Kita. Die Erzieher/innen lernen Eltern und ihre Familiensysteme kennen. Eltern lernen andere Eltern und deren Kinder kennen.
- **Vorteil „schnelle Erreichbarkeit“:** Die Eltern sind potenziell zweimal in der Kindertageseinrichtung, zum Bringen und Abholen der Kinder.
- **Vorteil „Binnenraum für Eltern“:** Die Kita ist ein vertrauter Ort für Eltern. Man kennt die Erzieher/innen und die Leiterin, die Gruppen- und Funktionsräume. Man „kennt sich aus“.
- **Vorteil „Ort der Begegnung“:** Die Kita wird so zu einem Ort, an dem sich Eltern begegnen und Kontakte aufbauen. Oft bleiben Eltern noch einige Zeit, suchen sich einen Ort zum Austausch und zur Unterhaltung oder beobachten das Spiel der Kinder.
- **Vorteil „Ort selbstorganisierter Eltern- und**

Familienbegegnung“: Als Ort der Begegnung kann Kita für Eltern Raum zum Austausch über Lebenslagen bieten. Dann kann sie sich zu einem Ort selbstorganisierter Eltern- und Familienbegegnung entwickeln.

- *Vorteil „Öffnung in das Gemeinwesen“*: Kita kann Orte für Treffs der Erwachsenen bieten. Eltern und andere Menschen, die im Umfeld leben, treffen sich hier, um Dinge zu entwickeln, die ihnen Spaß machen. Sie tauschen ihre Erfahrungen aus, Kontakte und Freundschaften entstehen.

3. Leitideen der Familiennetzwerkarbeit

1. Wir eruieren den Hilfebedarf und die Entwicklungsmöglichkeiten von Eltern. Wir entdecken ihre Stärken und oft verborgenen Möglichkeiten.
2. Wir vernetzen die Angebote der Kindertageseinrichtung mit alltagsnahen Hilfen. Wir nutzen dabei die Angebote, die in der Stadt bereits vorhanden sind. Besonders kooperativ arbeiten wir mit der Interdisziplinären Frühförderstelle der Lebenshilfe (mit Frühförderern/innen, Ergotherapeuten/innen, Physiotherapeuten/innen, Systemischen Beratern/innen), dem ASD und Kinderärzten/innen zusammen.
3. Wir setzen auf partnerschaftliche Zusammenarbeit und soziale Gerechtigkeit, besonders für die Ausgegrenzten und Benachteiligten.
4. Wir finden innovative Zugänge zu Familien. Wir entwickeln reaktive, bedarfsnahe Angebotsstrukturen, die wirksam und präventiv sind.
5. Wir entwickeln eine enge, vernetzte Hilfsbereitschaft zwischen Betrieben und Einrichtungen im Sozialraum und fördern das ehrenamtliche Engagement.

4. Umsetzung in die Praxis

4.1 Aufbau von Elternteams

Wir gehen davon aus, dass Eltern das annehmen, was ihnen selbst Spaß macht und was sie selbst mit entwickeln können. In den Kitas wurden Räume geschaffen, die von Eltern nutzbar sind. Dabei wurde nichts Neues eingerichtet: es sind Räume, die am Vormittag nicht von Kindern bzw. Erziehern/innen genutzt werden (z.B. Gruppenräume für Hortkinder, Beratungsräume der Erzieher/innen).

Eltern aus den verschiedenen Gruppen wurden angesprochen, ob sie in einem Elternteam mitwirken wollen, das heißt, ob sie gemeinsam Dinge entwickeln wollen, die ihnen und anderen Eltern Spaß machen. Bemerkenswert war, dass alle angesprochenen Eltern ihre Bereitschaft signalisierten und sich im Elternteam

organisierten.

Einmal monatlich trifft sich das Team zum Frühstück und erstellt einen eigenen Arbeitsplan. Die Eltern organisieren Referenten für ihre Elternrunden, planen Kreativ-Vormittage für Eltern und stimmen ihre Mitwirkung bei Festen der Einrichtung ab.

4.2 Familiencafe

Das Familiencafe ist ein Treffpunkt, der zugleich eine Möglichkeit für Austausch und Beratung bietet. Ein Familiencafe kann das Klima einer ganzen Einrichtung verändern. Hier treffen sich Eltern, die in ähnlichen Lebenssituationen leben. Erzieher/innen und Eltern haben die Möglichkeit, sich hier näher kennen zu lernen, offener aufeinander zuzugehen und sich auszutauschen. Es entsteht ein munterer Umgang untereinander. Erziehungspartnerschaft kann wachsen.

4.3 Gruppenarbeit

Aus dem Familiencafe heraus sind weitere Gruppen entstanden:

Das Montagscafe

Das Montagscafe ist ein Ort für Eltern mit behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern. Die Eltern haben oft ganz spezifische Probleme und haben hier die Möglichkeit, ihre Themen gemeinsam zu bearbeiten. Sie haben Kinder aller Altersgruppen und stehen mit ihrem Wissen und Kenntnissen auf verschiedenen Stufen der Entwicklung.

Themen im Montagscafe sind zum Beispiel:

- Welche/r Schule/Kindergarten ist geeignet?
- Wo finde ich eine/n gute/n Kinderarzt/ärztin/Spezialisten?
- Welche Hilfen kann ich beantragen?
- Steht meinem Kind eine Grundsicherung zu?
- Wo kann mein Kind möglichst selbstbestimmt wohnen?

Die Eltern beraten sich oft gegenseitig oder laden Experten zu interessanten Themen ein.

Der Elternstammtisch

Hier finden sich Eltern zusammen, die neue Ansätze für die Bewältigung des Alltags mit ihren Kindern suchen. Methodisch setzen wir auf Dialog und Partnerschaft. Wir sehen uns im Feld um, wer hilfreich sein kann.

Elternentwicklungsschneller Kinder

Eltern, deren Kinder entwicklungschnell sind, treffen sich in dieser Runde. Sie beraten über Möglichkeiten der Integration ihrer Kinder in altershomogene Gruppen bzw. Klassen und

„das Überspringen“ von Schulklassen. Experten/innen sind kompetente Partner/innen bei der Lösungssuche. Vorrangig sind hier jedoch das Gemeinschaftsgefühl, die Akzeptanz des Anderen und das Zuhören.

Weitere Angebote, die mit und für Eltern entstanden sind:

- Fitnessclub – ein Sportangebot für Eltern,
- Familienrettungsanker – eine systemische Beratung in der Kita,
- Freiwilligenagentur und
- Sozialraumorientierte Familienunterstützung.

5. Vernetzung

Das wichtigste Ziel der Vernetzung in der Familiennetzwerkarbeit sollte das Wohl des Kindes und seiner Familie sein. Letztendlich sollte es auch immer darum gehen, wie verhaltensauffällige, entwicklungsverzögerte, sprachgestörte, behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder, ihre Eltern bzw. Familien mit besonderen Belastungen den „passenden“ Hilfe-Mix erhalten. Durch die Netzwerkarbeit in der Kita ist es möglich, früh anzusetzen.

Wichtig ist hier die Transparenz der unterschiedlichen Vernetzungspartner und das Wissen der Erzieher/innen über ihren Arbeitsauftrag. Auch für Eltern ist es von Bedeutung, die einzelnen Hilfsangebote zu kennen, um Schwellenängste abzubauen.

Unsere Erfahrung ist: Vernetzungsarbeit braucht Zeit und Pflege, konkrete Ansprechpartner, Motivation und einen lösungsorientierten Arbeitsansatz.

Wichtige Kooperationspartner in der Familiennetzwerkarbeit sind:

- Kindertagesstätten,
- Schulen (auch Förderschulen),
- Schulpsychologen/innen,
- Kinderärzte/innen,
- Kliniken,
- Jugendamt (besonders ASD),
- Sozialamt,
- Arbeitsagentur und
- andere freie Träger der Wohlfahrtspflege.

6. Synergien der Familiennetzwerkarbeit

Vom persönlichen Einsatz in eine sinnstiftende Tätigkeit profitiert jeder in irgendeiner Form. „Profitiert“ werden kann beispielsweise durch:

- Entwicklung einer eigenen Erziehungskompetenz,
- Herauslösung aus der Isolation,
- Kennen lernen anderer,
- gesellschaftliche Anerkennung,
- eigene Kenntnisse werden eingebracht und erweitert,

- Übernahme neuer Aufgaben,
- Persönlichkeits(weiter)entwicklung,
- neue Formen der Problem- und Krisenbewältigung,
- Spaß am Mittun,
- Eigenverantwortung und
- Erweiterung der beruflichen Möglichkeiten.

Unsere Erkenntnis in der Familiennetzwerkarbeit ist: Wer Familien dabei unterstützen will, Kinder in ihrer Entwicklung nach Kräften und entsprechend den wissenschaftlichen, materiellen und familiären Möglichkeiten zu fördern, muss mit anderen hilfreichen Menschen zusammenarbeiten. Wenn jede fachliche Seite eine gefestigte berufliche Identität entwickelt hat, die Fachlichkeit des anderen achtet und deren Grenzen akzeptiert, vervielfältigen sich die Möglichkeiten im Hilfesystem, anstatt sich voneinander abzuschotten.

„Erzähle mir etwas, und ich werde es vergessen. Zeige mir etwas, und ich werde mich vielleicht nicht daran erinnern. Beteilige mich und ich werde verstehen.“ (Sprichwort der amerikanischen Ureinwohner)

Autorin:

Ramona Kaiser
Sozialverband Sachsen VdK e. V.
Familiennetzwerk der Lebenshilfe
Otto-Nagel-Str. 53/54
02977 Hoyerswerda
Email: kaiser@ffhy.de

Generationen unter einem Dach – Das Mehrgenerationen-Haus des MOBILE e.V. in Pattensen

1. Veränderungen örtlicher sozialer Netzwerke

Die Formen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlichen Alters haben sich verändert. Die Lebensform der Großfamilie mit mehreren Generationen unter einem Dach wandelt sich zur multilokalen Familie. Höhere Flexibilität am Arbeitsplatz und Mangel an Beschäftigungsverhältnissen erfordert von Familien zunehmend ein Leben an unterschiedlichen Orten, mindestens jedoch einen Alltag bestehend aus vielen einzelnen Modulen. Diese Entwicklungen führen zu einer Reihe von Konsequenzen:

- Erfahrungen und Alltagswissen der älteren Generation werden an die Jüngeren nicht mehr direkt weiter gegeben und vermittelt.
- Familien erleben auf Grund der Informationsfülle einerseits und einem Defizit an Erfahrungswissen andererseits eine große Verunsicherung in Fragen der Kindererziehung.
- Betreuung von Kindern und alten Menschen finden separat von einander statt. Kindergarten und Pflegeheim als spezielle Betreuungseinrichtungen sind isoliert vom familiären Kontext. So erleben Kinder Alter, Krankheit und Tod nicht mehr im häuslichen Umfeld.
- Intergenerative Begegnungen und Kontakte können sich nicht mehr spontan entwickeln. Zum einen haben städtebauliche Veränderungen zu einem Mangel an Treffpunktmöglichkeiten geführt. Der Dorfplatz, der Markt oder die Straße als Orte der Kommunikation, die zum Verweilen einladen, sind vielfach verschwunden.
- Zum anderen hat sich das Freizeitverhalten erheblich verändert: Durch den Einfluss diverser Medien (Computer, Fernsehen) findet Freizeit in den „eigenen vier Wänden“ statt und geht zu Lasten der Nutzung des öffentlichen Raumes als Möglichkeit, in Kontakt zu anderen Menschen zu treten.
- Die Zunahme an öffentlichen Veranstaltungen, organisierten Freizeitmöglichkeiten (z.B. Freizeitparks) und Bildungsmöglichkeiten (z.B. Kinderuniversität) für Familien reduziert gleichzeitig nicht-organisierte, spontane intergenerative Begegnungen wie sie im direkten Lebensumfeld einer Familie (Nachbarschaft, Straße) möglich wären.
- Diese „Verinselung“ verhindert nachbarschaftliche Beziehungen, die als soziale Netzwerke entwickelt und genutzt werden

könnten. Sie führt zu Isolation, zur Unfähigkeit miteinander zu kommunizieren, zu Konflikten, Krankheiten und letztendlich zu Kosten für das öffentliche Gesundheitswesen.

Das Mehrgenerationenhaus als Verknüpfungspunkt für soziale Netzwerke gibt eine mögliche Antwort auf diese veränderten Bedingungen im lokalen Lebensraum.

2. MOBILE e.V. – Mehrgenerationen-Haus Pattensen: Darstellung der Tätigkeitsbereiche

Begegnung, Bildung und Betreuung unter einem Dach

- Offener Treff für Menschen jeden Alters,
- Mini-Kindergarten, Kindergarten, Hort,
- Wunschgroßelterndienst,
- Familienbildung,
- Offene Sprechstunden,
- Selbsthilfe und Gesprächskreise.

Kooperationen

- Schulen,
- Pflegeheim,
- Volkshochschule und
- Gleichstellungsbeauftragte.

Bedeutung als Mehrgenerationen-Haus

- Generationsübergreifender Treffpunkt,
- Treffpunkt für ältere Besucher/innen,
- Besucher/innen und Zeitspender/innen,
- Ältere Mitarbeiterinnen in der Kinderbetreuung,
- Generationsübergreifende Aktivitäten z. B. Spielen, Vorlesen, Erzählen, gemeinsames Singen,
- Betreuungsgruppe für Demenzerkrankte,
- Treffpunkt und Gesprächskreise für Angehörige alter und kranker Menschen,
- Senior-Berater/in,
- Kooperationen und Kontakte mit Einrichtungen für Senioren und Pflegebedürftige.

3. „Um ein Kind groß zu ziehen, braucht man ein ganzes Dorf“

Dieses afrikanische Sprichwort kennzeichnet das Konzept des Mehrgenerationenhauses. Ein Gemeinwesen besteht aus vielen Menschen mit unterschiedlichen Ressourcen. Diese gilt es zu aktivieren und zu bündeln, um gegenseitige Unterstützung zu geben und örtliche Netzwerke zu entwickeln.

Mehrgenerationen-Haus Pattensen: Begegnung, Bildung und Betreuung unter einem Dach

Offene Räume für alle Menschen: Jeder Mensch ist willkommen, egal ob er eine Frage hat, Kontakt oder einen Ratschlag braucht oder seine Hilfe anbietet.

Alle Generationen haben ihren Platz: Die Familiensituation ist Vorbild. Intergenerative Begegnungen finden statt.

Jeder Mensch hat Ressourcen und Möglichkeiten: Er verfügt über Kompetenzen auf Grund von Alltagswissen, Lebens- oder beruflicher Erfahrung, die im Mehrgenerationenhaus eingebracht werden können. Gemeinsam mit anderen Menschen werden Ideen entwickelt und kreative Lösungsschritte erarbeitet.

Laien-mit-Laien-Prinzip: Der ressourcenorientierte Ansatz fördert das Engagement von Laien. Er wirkt sich motivierend auf andere Interessierte aus und ermöglicht niedrigschwellige Hilfestellungen.

Umeinander kümmern (care) und wertschätzender Umgang: Eine ausgeprägte Willkommenskultur erleichtert den Zugang in das Haus für neue Besucher/innen. Sie werden mit ihren Bedürfnissen aufgenommen und wertgeschätzt, ohne sie mit Angeboten zu überfrachten.

Kontakte und Begegnungen im Alltag: Das Mehrgenerationenhaus lebt von seiner Offenheit und Durchlässigkeit. Es setzt keinen Schwerpunkt auf Zielgruppenarbeit oder eine ausgeprägte Angebotsstruktur und Gruppenarbeit. Diese Versäulung wäre für eine Vernetzung hinderlich.

Soziale Netzwerke bilden und leben: Die Durchlässigkeit der unterschiedlichen Bereiche, besonders aber der offene Treffen, schafft Kontakte. Diese entwickeln sich zu Begegnungen, und daraus entstehen soziale Netzwerke. Sie werden sowohl innerhalb des Mehrgenerationenhauses als auch weiterführend im örtlichen Umfeld gelebt.

Gemeinsames Arbeiten von Freiwilligen und Hauptamtlichen: MOBILE e.V. beschäftigt als Träger der freien Jugendhilfe auch hauptamtliche Mitarbeiter/innen, ebenso in der Geschäftsführung und im Freiwilligenmanagement. Die überwiegende Anzahl sind jedoch freiwillige Mitarbeiter/innen. Kontinuierliche Verknüpfungspunkte (Teamsitzung, bereichsübergreifende Angebote und Aktionen) bis hin zu direkter Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sind gegeben. Die daraus entstehenden Synergien ermöglichen eine Flexibilität und Effektivität in den Handlungsabläufen.

Professionelle und Laien-Angebote von familienentlastenden, niedrigschwelligen Dienstleistungen: Unter dem Dach des Mehrgenerationenhauses findet sich ein Pool an Angeboten und Dienstleistungen für Familien. Individuell auf die jeweilige Situation zugeschnitten, können entsprechende Lösungsmöglichkeiten angeboten und bei Veränderungen in der Regel kurzfristig neu gestaltet werden. Dazu gehören: Kindertagesstätte, Wunschgroßelterndienst, Notmütter-Vermittlung, Babysitter-Vermittlung, Betreuung von Demenzkranken und offene Sprechstunden.

Kooperation mit anderen Trägern und Einrichtungen vor Ort: Regelmäßige Treffen z.B. zwischen Senioren/innen eines Pflegewohnstiftes und Kindergartenkindern schaffen kontinuierliche Begegnungen und Beziehungen, aus denen sich neue Ideen, Sicht- und Handlungsweisen für alle Beteiligten ergeben. Für die kooperierenden Einrichtungen ist dieser Austausch ebenfalls befruchtend und darüber hinaus entlastend.

4. Chancen und Stolpersteine

Von der Wiege bis zur Bahre: Im Mehrgenerationenhaus kommen alle Altersgruppen zusammen. Sie begegnen sich und haben dadurch die Möglichkeit, Beziehungen aufzubauen und ein intergeneratives Netzwerk unter einem Dach zu knüpfen.

Frühstück, Mittagessen, Kaffee und Kuchen: Die Küche als zentraler Ort der Kommunikation wird im Mehrgenerationenhaus als Herzstück genutzt. Beim Essen und Trinken entstehen Kontakte, Gespräche und Hilfen. Zudem erleichtert die lockere Atmosphäre eines Cafés den Eintritt in das Haus.

„Gute Stube“ und Bewegungsraum: Getrennte (Wohn-)Kulturen und Lebensbereiche kommen unter einem Dach zusammen. Menschen unterschiedlicher Generationen unter einem Dach brauchen ihre Nischen, um sich wohl zu fühlen und um sich von einander abgrenzen zu können. Dann besteht auch Bereitschaft und Neugier, Kontakte zu knüpfen und aufeinander zuzugehen. Auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und Akzeptanz unterschiedlicher Regeln kann Zusammenleben neu gelernt werden.

Verbindlichkeit fordern, Freiwilligkeit zulassen, Wertschätzung geben: Freiwilligenmanagement wird als zentrale Aufgabe gesehen. Akquise, Einarbeitung, Begleitung und Beratung durch eine Mitarbeiterin geben den freiwillig Engagierten die notwendige Verbindlichkeit, Konstanz und Wertschätzung.

Profis und Laien – wie können wir von einander lernen: Ständige Verknüpfungspunkte innerhalb der Tätigkeitsbereiche sowie gemein-

same Diskussions- und Entscheidungsprozesse sind für eine wertschätzende Zusammenarbeit von Profis und Laien förderlich. Unterschiedliche Motivation, aber auch das vielfältige Wissen ermöglichen gegenseitige Lernprozesse.

Teamsitzung, Wochenplan, Belegungsbuch und die Gespräche „nebenher“: Interne Koordination und Kommunikation sind unerlässlich, um den offenen Strukturen des Hauses eine erlebbare Ordnung zu geben. Das gilt sowohl für Mitarbeiter/innen als auch für Besucher/innen des Mehrgenerationenhauses.

„Die nehmen uns die Alten weg“: Ängste und Konkurrenzdenken unter den Akteuren vor Ort können nur durch eine umfassende Information und gemeinsame strategische Überlegungen mit dem möglichen Ziel einer Kooperation abgebaut werden.

5. Rahmenbedingungen

Zu den 100 Mitarbeiter/innen und Aktiven zwischen 14 und 82 Jahren gehören:

- acht hauptamtliche Mitarbeiter/innen mit 20 Stunden Wochenarbeitszeit, davon sechs in der Kita,
- 18 geringfügig Beschäftigte,
- 45 freiwillige Mitarbeiter/innen,
- zehn Wunschgroßeltern,
- 25 Dozenten/innen auf Honorarbasis,
- Praktikanten/innen und
- Zusatzjobs nach § 16 SGB II.

Finanziert wird das Mehrgenerationen-Haus Pattensen durch einen Finanzierungsmix aus öffentlichen Mitteln für die Kita, die verlässliche Grundschule und das Mehrgenerationenhaus. Dazu kommen Eigenmittel aus Eltern- und Kursbeiträgen, Einnahmen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, Spenden etc.

Autorin:

Annette Köppel
MOBILE – Verein für Gesundheits- und Familienbildung e.V.
Mehrgenerationen-Haus Pattensen
Göttinger Str. 25a
30982 Pattensen
Email: info@mobile-pattensen.de

Generationen unter einem Dach – Die Mehrgenerationenprojekte der Diakonie in Erfurt

1. Momentaufnahmen

Erfurt, 6. Mai 2006

Das Rieth ist eine mehr als dreißig Jahre alte Plattenbausiedlung im Norden Erfurts. Es ist Samstag Nachmittag. Ich bin auf dem Weg zur Körperbehindertenschule, die sich, umringt von Elfgeschossern mitten im Wohngebiet befindet. Dort findet das alljährliche Schulfest statt. Schon von Ferne ist Livemusik zu hören. Auf einer an die Schule angrenzenden Grünfläche haben sich Anwohner versammelt. Ein Mann in Jogginghose sitzt vor einem Grill, brät Bratwürste und bietet diese zum Verkauf an. Um ihn herum Menschen aller Altersgruppen: Senioren/innen, die sich angeregt unterhalten; Männer und Frauen der mittleren Generation, mit Kaffee in Thermoskannen oder Bierflaschen; Jugendliche, in den üblichen Grüppchen; spielende Kinder. Sie alle profitieren von der Musik aus der Nachbarschaft und haben sich ihr eigenes kleines Wohngebietsfest organisiert.

Mir kommt in den Sinn, dass ich mich mitten in einem so genannten sozialen Brennpunkt befinde. Gewiss, hier konzentriert sich Arbeitslosigkeit, Armut, Desintegration, Gewalt... Dennoch rührt mich die Szenerie. Ohne Einfluss von Sozialarbeitern/innen und Streetworkern/innen haben sich Menschen des Quartiers, im Alter von 5 bis 75 zusammen gefunden. Sie begegnen sich, nehmen sich gegenseitig wahr und finden im Rahmen des improvisierten Festes ihren Platz.

Erfurt, Augusta-Viktoria-Stift, Mitte der neunziger Jahre

Frau C., Bewohnerin des Altenheimes, ist im Krankenhaus. Aufgrund einer Schädigung durch Diabetes mussten ihr beide Beine amputiert werden. Eine Kindergruppe mit Drei- bis Siebenjährigen besucht Frau C. im Krankenhaus. Unbefangen gehen die Kinder auf Frau C. zu, genau so unbefangen stellen sie ihre Fragen.

Besucher und die Besuchte kennen sich gut. Seit Jahren teilen sie ein Stück Leben miteinander. Sie begegnen sich oft im Alltag, sie besuchen sich gegenseitig und feiern gemeinsam ihre Geburtstage. Die Sternchengruppe der Kindertagesstätte pflegt einen engen Kontakt zu Frau C. Diese hat besonders den kleinen Oliver ins Herz geschlossen. Im Laufe der Zeit sieht sie ihn aufwachsen und nimmt Anteil an seiner Entwicklung. Für Oliver gehört Frau C.

nahezu zur Familie. Auch außerhalb der Kita-Öffnungszeiten besucht er mit seiner Familie die alte Dame. Schon zu Beginn seines Lebens macht er Erfahrungen mit alten Menschen.

Beide, der alte und der junge Mensch, gehen ein Stück des Lebensweges miteinander.

Später, Oliver ist bereits Schulkind, wird er mit seiner Gruppe an der Beerdigung von Frau C. teilnehmen und ein von den Kindern gestaltetes Gebinde auf ihr Grab legen.

Erfurt, Louise-Mücke-Stift, Wendezeit

Ein kleines Altenheim und eine Kindertagesstätte inmitten der Altstadt von Erfurt. Seit Jahrzehnten beherbergt die Stiftung Kinder und alte Menschen gemeinsam unter einem Dach. Nun, unter veränderten Bedingungen, ist das Fortbestehen des Altenheimes gefährdet. Kluge Rechner weisen nach, dass ein Altenheim mit so geringer Kapazität nicht rentabel arbeiten kann und deshalb geschlossen werden muss. Doch die alten Menschen wollen am Standort bleiben. Sie schätzen die familiäre Atmosphäre des Hauses, den alltäglichen Kontakt zu den Kindern, genießen die räumliche Nähe zum Stadtzentrum, mit Einkaufsmöglichkeiten, Friseur und Cafés sowie die enge Anbindung an ihre Kirchengemeinde. Den Familien und Mitarbeitern/innen der Kindertagesstätte ist das Miteinander von Alt und Jung ein wichtiges und liebgewordenes Anliegen. In zahllosen Sitzungen werden konzeptionelle Ideen entwickelt und wieder verworfen. Alle inhaltlichen Plädoyers werden durch betriebswirtschaftliche Argumente an den Rand gedrängt. Dennoch bleiben die Befürworter hartnäckig... – und erfolgreich. Das Altenheim wird in eine Seniorenwohngemeinschaft umgewandelt. Im Dialog aller Generationen (Senioren/innen, Mitarbeiter/innen, Eltern, Kinder) wird ein intergeneratives Konzept entwickelt, das Begegnungsmöglichkeiten verankert und ein Netzwerk zur Begegnung der Generationen zum Ziel hat.

Bis heute finden regelmäßig spontane und organisierte Begegnungen zwischen den Generationen statt. Eltern von Kindern der Tagesstätte haben in Eigenleistung für die Senioren/innen einen Gartenpavillon errichtet, der es ihnen ermöglicht, in der Nähe der Kinder zu sein. Die Bewohner der Seniorenwohngemeinschaft unterstützen sich gegenseitig und übernehmen bei Bedarf die kurzzeitige Betreuung einzelner Kinder nach Öffnungszeit der Kindertagesstätte.

2. Zehn Grundsätze für die Gestaltung von Mehrgenerationenprojekten

Ausgehend von den drei Blitzlichtern möchte ich noch auf zehn Stichworte eingehen, die mir im Zusammenhang mit den genannten Beispielen bedeutsam scheinen.

Bedarf: Bedarf für Begegnung bzw. für Mehrgenerationenprojekte entsteht direkt bei den Menschen, die in bestimmten Lebensbereichen anzutreffen sind. Daher ist es wichtig derlei Bedarfe präzise und sensibel zu beobachten, zu deuten und zu respektieren.

Selbstorganisation: Oft sind Menschen bereit, Möglichkeiten der Begegnung zu organisieren oder zumindest mit zu gestalten. Dies jedoch nur dann, wenn sie sich mit ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen akzeptiert und beteiligt fühlen. Orientiert am Subsidiaritätsprinzip stehen die Kompetenzen zu eigenverantwortlichem Handeln an erster Stelle.

Eigendynamik: Selbstorganisierte Aktivitäten entsprechen nicht unbedingt den Vorstellungen und Zielen von professionellen Kräften in der Sozialen Arbeit. Dennoch gilt auch hier der Grundsatz, eigen- und selbstständig gestaltete Entwicklungen und Vorhaben zu erkennen und zu würdigen.

Bindungen: Menschen leben in sozialen und räumlichen Bezügen. Hier fühlen sie sich meist zuhause. Sie kennen Regeln, Grenzen, Rituale und Handlungsspielräume. Das Gefühl der Integration gibt ihnen Sicherheit im Bezug auf soziale Beziehungen und das eigene Handeln.

Solidarität/Verantwortung: Dort, wo über einen längeren Zeitpunkt Bindungen wachsen können, führt dies zur Entwicklung einer gegenseitigen Verantwortung. Beziehungen sind die Grundlage für solidarisches Handeln. Mehrgenerationenprojekte können also nur dann nachhaltig wirken, wenn sie die Entwicklung von Beziehungen im Blick haben.

Respekt: Das genaue Hinschauen und differenzierte Kennen lernen schärft die Wahrnehmung für unterschiedliche Handlungsmuster und Lebenssituationen. Menschen, die diese Vielfalt wahrnehmen und als Bereicherung oder als denkbare Alternative erleben, sind in der Lage ihrem Gegenüber respektvoll zu begegnen.

Interesse/Neugier: In der öffentlichen Wahrnehmung und in den Medien entsteht häufig das Bild, dass jede Generation in ihrer ganz eigenen Lebenswelt, mit ganz spezifischen Problemen und Herausforderungen existiert. Daneben gibt es aber (wenn auch manchmal versteckt oder überlagert) Interesse und Neugier an den Lebenswelten der unterschiedlichen Generationen. Diese Neugier gilt es zu sehen, zu thematisieren und zu fördern.

Initiative/Phantasie: Die Existenz bzw. die Ge-

staltung von Projekten darf nicht nur einseitig in Bezug auf Finanzierbarkeit, Gesetzeslage und Effizienz betrachtet und gewertet werden. An erster Stelle steht der „Wert“ der Inhalte, gerade auch in ihrer Bedeutung für die beteiligten bzw. betroffenen Menschen. Menschen, die von einer Idee überzeugt sind, entwickeln Phantasie und Kampfgeist.

Engagement: Wenn Menschen erleben, dass Ihre Ideen gefragt sind und in Entwicklungsprozesse einbezogen werden, dann sind sie auch motiviert, engagiert mitzuwirken. Aus einer abgrenzenden Dienstleister-/Kundenbeziehung kann sich kein Gemeinschaftsprojekt entwickeln.

Sensibilität: Der Dialog zwischen Projektbeteiligten, beispielsweise zwischen Geldgebern, Trägern und Mitwirkenden, sensibilisiert für die Wahrnehmung unterschiedlicher Ansichten, Ziele und Zwänge und weitet gleichzeitig den Blick für notwendige bzw. tragfähige Entscheidungen.

3. Das Augusta-Viktoria-Stift Erfurt – Alt und Jung unter einem Dach

Das Augusta-Viktoria-Stift ist eine mehr als 140 Jahre alte diakonische Einrichtung am Rand des Erfurter Stadtzentrums. Von Erfurter Bürgern/innen als Mägdebildungsanstalt gegründet, werden hier seit Jahrzehnten Kinder in einer Tagesstätte und alte Menschen in einem Seniorenheim betreut. Bis in die achtziger Jahre hinein trugen Diakonissen, also evangelische Schwestern ohne eigene Familien, die Verantwortung für die Arbeit. Sie betrachteten das Stift als ihr Zuhause und waren für alle Arbeitsbereiche, wie Kinderbetreuung, Altenhilfe, Ausbildung junger Menschen, Küche, Wäschepflege, Verwaltung und Geschäftsführung zuständig. Durch dieses Mit- und Füreinander fand auf ganz natürliche bzw. alltägliche Weise die Auflösung der Grenzen zwischen den Arbeitsbereichen statt. Alte Menschen besuchten ganz selbstverständlich die Räume der Kindertagesstätte und wirkten entsprechend ihrer Neigungen und Möglichkeiten bei der Begleitung der Kinder oder im hauswirtschaftlichen Bereich mit.

Mit der politischen Wende standen die Verantwortlichen des Stiftes vor der Aufgabe, entsprechend der veränderten Rahmenbedingungen und Gesetzeslagen, die Arbeit neu zu ordnen und zu gestalten. Die aus dieser Aufbruchstimmung entstandenen Chancen haben Vieles wachsen lassen. Allerdings gab es auch Fehlentscheidungen und Rückentwicklungen aufgrund veränderter Rahmenbedingungen.

Dazu will ich im Einzelnen auf verschiedene Bereiche eingehen:

Bis zum Jahr 1990 befand sich unter dem Dach des Augusta-Viktoria-Stiftes ein Kindergarten für Kinder von drei bis sechs Jahren mit 60 Plätzen und eine Kinderkrippe für Kleinkinder. Um der Kinderkrippe eine dauerhafte Existenz zu sichern und um dem Bedarf für Betreuungsmöglichkeiten im Grundschulalter zu entsprechen, entstand eine Kindertagesstätte mit breiter Altersmischung vom ersten bis zum zwölften Lebensjahr. Neben den pädagogischen Vorteilen einer solchen Altersmischung bietet dieses Konzept die Chance, dass lang andauernde Beziehungen wachsen und erhalten bleiben können. Dies sowohl in Hinblick auf Kinderfreundschaften, als auch in Bezug auf stabile Kind-Erzieherin-Bindungen. Wertvoller Nebeneffekt: Da die Kinder über viele Jahre die gleiche Einrichtung besuchen, wirkt sich dies motivierend auf deren Eltern aus, sich für die Einrichtung zu engagieren.

Wesentlicher Faktor für die Mitwirkung der Eltern ist die Tatsache, dass Elterninteressen „Raum“ in der Kindertagesstätte bekommen. Beispiele hierfür sind ein offener Frühstückstisch für Kinder und Eltern, Familienwandertage und -freizeiten, Kinoabende, gemeinsame Projekte etc.

Die starke Bindung der Familien an die Kindertagesstätte führt immer wieder auch zu Folgekontakten, wie z.B. Schüler- und Berufspraktika, Zivildienst, Freiwilliges Soziales Jahr und natürlich ehrenamtliches Engagement.

Das Seniorenpflegeheim

Entstanden ist das Pflegeheim aus einem Damenstift. Beginnend mit der Weltwirtschaftskrise und dem Ersten Weltkrieg bezogen alleinstehende Frauen das Augusta-Viktoria-Stift als ihren Ruhesitz. Auch zu DDR-Zeiten blieb die Einrichtung gewissermaßen ein kirchliches „Feierabendheim“ (DDR-Begriff für Altenheime). Für das Miteinander der Generationen war es von großem Vorteil, dass damit auch noch die „jungen (vitalen) Alten“ präsent waren, die weitestgehend selbstbestimmt mit den Kindern unter einem Dach lebten. Als Senioren/innen ohne Pflegestufe konnten sie sich aktiv am Leben in und außerhalb des Stiftes beteiligen. Mit der Umstrukturierung der Seniorenbetreuung kamen immer mehr Hochbetagte mit erheblichem Pflegebedarf ins Haus, was zu einer einschneidenden Veränderung im Miteinander der Generationen führte.

Eine Chance, die leider noch ziemlich unterentwickelt ist, bietet da die Einbeziehung der Angehörigen. Diese, oft selbst schon in der nachberuflichen Phase, könnten mit ihren vielfältigen Kompetenzen ein wichtiges Glied in der Mehrgenerationenkette sein.

Ein Miteinander der Generationen entsteht nicht durch einmalige Begegnungen oder spektakuläre Veranstaltungen, bei denen alte Menschen, mit ihren Rollstühlen und Gehhilfen versammelt werden, um mit feuchten Augen dem Geträller zarter Kinderstimmen zu lauschen. Vielmehr sind es die wiederkehrenden Begegnungen im Alltag, ein Sich-Kennen-Lernen, Miteinander-Reden und auch Streiten, die nachhaltig das Miteinander fördern. Dabei ist es wichtig, dass gemeinsame Bedürfnisse und Interessen ihre Beachtung finden sowie Orte der Begegnung geschaffen bzw. vereinbart und Rückzugsmöglichkeiten respektiert werden. Die immer wiederkehrenden Aushandlungsprozesse sind dabei ein wichtiger Aspekt für gelingendes Zusammenleben.

„Stark unter einem Dach“ – Eltern engagieren sich

Als Anfang der neunziger Jahre der Bedarf an Kita-Plätzen im Augusta-Viktoria-Stift enorm anstieg, erfolgte die Übernahme einer benachbarten Kindertagesstätte aus kommunaler Trägerschaft. Auch hier wurde die breite Altersmischung umgesetzt. Eltern, die sich für die Profilierung und Sanierung des maroden Plattenbaus engagieren wollten, gründeten den Verein „Stark unter einem Dach“. Orientiert am intergenerativen Gedanken, wollten sie der Angebotsvielfalt ein weiteres Glied hinzu fügen. In ungenutzten Räumen entstand so eine offene und stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit. Kinder im Grundschulalter brachten ihre Freunde mit, ehemalige Kinder der Kindertagesstätte nutzten, aufgrund gewachsener Bindungen und wegen der vertrauten Umgebung, die Freizeitangebote des Vereins.

Als der Spielplatz der Kindertagesstätte in Eigeninitiative umgestaltet wurde, fanden sich zahlreiche Jugendliche aus dem Stadtteil, um am Bau eines Fachwerkhäuschens mit zu wirken. Sie hegten den Wunsch hier für sich ein eigenes Domizil zu schaffen. Als deutlich wurde, dass dieses Häuschen der Kita als Spielgeräteschuppen dienen sollte, entstand die Idee, im Keller der Kindertagesstätte einen Jugendtreff ein zu richten: die U-Bahn.

Auch in Bezug auf das Zusammenspiel von Kita und offener Kinder- und Jugendarbeit erwies es sich als notwendig, miteinander die Möglichkeiten und Grenzen des Zusammenlebens auszuloten.

BuntSTIFT – generationsübergreifendes Engagement

Mitte der neunziger Jahre entwickelten engagierte Mitarbeiter/innen und Eltern ein Nutzungs- und Sanierungskonzept für das

übernommene Nachbargebäude des Augusta-Viktoria-Stiftes. Dieses sah drei Nutzungsbereiche vor:

1. Kita-Bereich für sechs altersgemischte Gruppen,
2. Offener Kinder- und Jugendbereich,
3. Bereich für Veranstaltungen und Feiern.

Diese drei Bereiche sollten unter einem Dach die Betreuung in der Kindertagesstätte, einen stadtteilbezogenen Freizeitbereich für Kinder und Jugendliche und einen Veranstaltungsbereich, zur vielfältigen Nutzung durch Kita, Verein, Familien und Sonstige vereinen. Durch ein differenziertes Schließsystem wurde eine übergreifende und separate Nutzung ermöglicht. Um dieses innovative Projekt Wirklichkeit werden zu lassen, gründete sich die Initiative BuntSTIFT. Diese setzte sich aus ehemaligen Kindern, Eltern, und Mitarbeitern/innen sowie Freunden der Stiftung zusammen. Durch vielfältige Projekte, Benefizveranstaltungen und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wurde die Lobby des Projektes gestärkt und die Finanzierung unterstützt.

gesehen und wird trotzdem bis heute von den Mitarbeitenden zusätzlich geleistet.

Dennoch: Die Verantwortlichen im Augusta-Viktoria-Stift halten auch unter erschwerten Bedingungen am bewährten generationsübergreifenden Konzept fest. Ein Mehrgenerationenhaus mit über hundertjähriger Tradition, in dem seit Jahrzehnten der Grundsatz gilt: Nicht das Geld steht an erster Stelle, sondern der Mensch und die Idee!

Autor:

Jens Müller
Diakonie Mitteldeutschland
Ernst-Thälmann-Straße 90
99817 Eisenach
Email: mueller@diakonie-ekm.de

4. Alt und Jung unter einem Dach – Das Projekt heute

Trotz engagierten Wirkens vieler Menschen und der vielfachen Würdigung der generationsübergreifenden Arbeit des Augusta-Viktoria-Stiftes ist das Konzept durch ständig schlechter werdende Rahmenbedingungen im Bestand gefährdet. Hier nur einige Beispiele:

- Im Kita- und Altenhilfebereich wird das Personal mehr und mehr reduziert, so dass die Betreuungs- bzw. Pflegeaufgaben auf das „Wesentliche“ beschränkt werden müssen. Dies korrespondiert mit einer verschärften Abgrenzung der Arbeitsbereiche (z.B. Pflege/Kinderbetreuung, Ergotherapie, Verwaltung) und der Rechtfertigungspflicht gegenüber zuständigen Geldgebern.
- Differenzierte und vielfältige Wohn- und Pflegeangebote für Senioren/innen führen in den bestehenden Pflegeheimen zur zunehmenden Vergreisung, d.h. dort landen die alten Menschen, denen nur sehr eingeschränkt eine Teilhabe am gemeinsamen Leben möglich ist.
- Durch den wachsenden Bedarf an Kita-Plätzen wurde seitens der Stadtverwaltung die Auslastung der vorhandenen Raumkapazitäten gefordert. Damit wurde die offene Kinder- und Jugendarbeit aus dem Gebäude gedrängt.
- Ein vernetztes und vielfältiges Angebot erfordert Koordination. Diese ist in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen nicht vor-

Ein Stadtteil- und Kulturzentrum als Ideenagentur und Vermittler im Stadtteil – Das Stadtteil- und Kulturzentrum MOTTE in Hamburg: Stadtteilkultur initiiert Event- und Festivalkultur – Stadtteilmarketing selbst in die Hand nehmen!

Stadtentwicklung durch Kultur – die „altonale“ und das „altonale“-Netzwerk zeigen wie es geht

In Hamburg-Altona gab das Stadtteilkulturzentrum MOTTE vor acht Jahren den Impuls für das Kulturfestival „altonale“, das sich durch eine einzigartige Veranstaltungs- und Organisationsstruktur auszeichnet: zivilgesellschaftliche Initiativen, Non-Profit-Organisationen, Wirtschaftsunternehmen und Verwaltung ziehen in einer GbR gemeinsam an einem Strang, pflegen die Netzwerkarbeit und entwickeln ein Stadtteilmarketing-Konzept. Welche tragende Rolle ein Stadtteilkulturzentrum in den Prozessen spielt, beschreibt dieser Beitrag.

MOTTE Stadtteil- & Kulturzentrum – Ideenagentur und Intermediär

Die MOTTE ist seit 1976 im Hamburger Stadtteil Ottensen-Altona verankert. Seitdem gibt es Veranstaltungs-, Kurs-, Werkstatt- und offene Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Den rasanten Wandel des Stadtteils hat die MOTTE aktiv gestaltend begleitet. Von einer Bürgerinitiative hat sie sich in den letzten 30 Jahren im Bereich Kultur- und Veranstaltungsmanagement professionalisiert und ist als Ideenagentur Initiator innovativer Kulturprojekte im Stadtteil geworden. Eine der größten Ressourcen der MOTTE ist ihr Netzwerk aus mehr als 100 Partnern und das fachliche Know-how im Aufbau und in der Begleitung von Kooperationen. Inhaltlich-konzeptionell legt die MOTTE einen Schwerpunkt auf die Förderung von Medienkompetenz und kultureller Bildung. Projekte in der Berufsorientierung und interdisziplinäre Projekte werden in unterschiedlichsten Kooperationsverhältnissen umgesetzt.

Das Selbstverständnis in der Stadt(teil)-entwicklung, die Rolle eines Intermediärs zu übernehmen und sich darüber hinaus aktiv bei der Gestaltung und Steuerung von Veränderungsprozessen einzubringen, hat in der MOTTE auch interne Arbeitsbereiche verändert.

„altonale“ – selbstorganisiertes und erfolgreiches Stadtteil-Event mit Folgen...

Die „altonale“ wurde 1998 vom Stadtteil- & Kulturzentrum MOTTE initiiert und fand 1999 zum ersten Mal statt. Die Öffnung zum Stadtteil, die internen und externen Veränderungsprozesse

fanden ihren aktuellen Ausdruck in der Entwicklung und Umsetzung der „altonale“. Das Kulturfestival wird von kulturellen und sozialen Initiativen, bezirklicher Verwaltung, Gewerbe und Einzelhandel in Hamburg-Altona organisiert. Das 14-tägige Kulturprogramm mit den Schwerpunkten Kunst, Literatur, Theater, Gesundheit, Gastronomie und das abschließende dreitägige Straßenfest, einem vielfältigen Bühnenprogramm und der Spaßparade erreicht ca. eine halbe Million Besucher.

In der „altonale“ verbindet sich modellhaft zivilgesellschaftliches und wirtschaftliches Engagement. Ziel ist eine „Stadtentwicklung durch Kultur“ zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil, zur Förderung „assoziativer Netzwerke“ als soziales Potenzial einer Region, zur Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und zur Schaffung einer kulturellen Stadtteilidentität, die zugleich das Image des Quartiers und damit als Stadtteilmarketing-Maßnahme auch die Gewerbestandortqualität verbessern.

Ziel der „altonale“ ist die Stärkung von Eigeninitiative und die Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft. Tragfähige, dauerhaft wirkende Strukturen in der Region werden entwickelt und kreative Potenziale zur Gestaltung des eigenen Umfelds freigesetzt. Die „altonale“ fördert die Vielfältigkeit und gegenseitige Akzeptanz im Stadtteil und entwickelt diese in einem lebendigen Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen weiter.

Die „altonale“ spricht überwiegend ein Publikum an, das auf Festen mit Eventcharakter auf Inhalte und Kultur treffen möchte. Die Vielfalt und offene Atmosphäre, in der unterschiedliche Kulturen und soziale Gruppen ihren Platz finden, initiiert wiederum eine starke Eigenbeteiligung. Menschen werden angeregt, sich mit Beiträgen zu beteiligen und so entstehen wieder neue Anbietergemeinschaften, z.B. Hinterhoffeste, Tage der Offenen Tür u.v.a.m. Das Festival und der Stadtteil erfahren über dieses Engagement eine enorme Attraktivitätssteigerung.

In der Durchführung der „altonale“ werden neue Wege zur Finanzierung von kulturellen und sozialen Projekten beschritten. Der Aufbau nachhaltiger Vernetzungsstrukturen spielt da-

bei eine entscheidende Rolle. Ressourcen und Strukturen werden zusammengeführt und/oder für ein gemeinsames Ziel erschlossen. Das Netzwerk ermöglicht innovative Impulse, die sich als positive Wirkungen in der Stadtteilentwicklung erkennen lassen.

Die „altonale“ wird in Arbeitsgruppen und Versammlungen von diversen Gesellschaftern und Koordinatoren (z.T. Subveranstalter), sowie einer kleinen Verwaltung/Geschäftsführung ganzjährig organisiert. Alle Gesellschafter und Beteiligte übernehmen Teilaufgaben und binden ihrerseits Kooperationspartner oder Netzwerke und eigene Ressourcen ein.

Durch die Anbindung der lokalen Firmen- und Geschäftsszene wird eine Geschäftsbelebung und Umsatzsteigerung erreicht – im Stadtteil entsteht ein Zugewinn. Im Gegenzug spielen die kommerziellen Partner eine Rolle als Ko-Finanziers des Festivals, entweder als aktive Gesellschafter oder über andere Geschäftsverhältnisse.

Ein Stadtteilkulturzentrum setzt die Impulse für Stadt(teil)entwicklung und Stadtteilmarketing

Mit der Initiierung der „altonale“ verfolgte die MOTTE mehrere Ziele. Sie agierte bereits als intermediärer Partner im Stadtteil. Partnerschaften und Kooperationen mit unterschiedlichsten Kultursparten, Institutionen, Initiativen und der Bezirksverwaltung sollten gebündelt werden, um ein so groß angelegtes Projekt wie die „altonale“ zu ermöglichen.

Das Zusammenspiel von Kultur und Kommerz soll neue Projekte im Stadtteil initiieren und neue Finanzierungswege erschließen. Intern setzen neue Aufgabenfelder in der MOTTE Entwicklungen in Gang, die weiter in Richtung Professionalisierung und Öffnung führen. Diese Prozesse stützten die interne Organisationsentwicklung und stärkten das Selbstbewusstsein.

Das Ziel, aus gut funktionierenden Netzwerken nachhaltig wirkende Strukturen zu schaffen, wurde inzwischen erreicht. Aus der „altonale“ heraus hat sich eine neue Initiative gegründet, die aktives Stadtteilmarketing betreibt. „Fokus Altona“ eröffnete ein Informationsbüro für Bewohner/innen und Besucher/innen, will mit einem Forum die Kommunikation verbessern und den Zusammenhalt im Stadtteil stärken. Darüber hinaus sollen als Marketinginstrumente eine regionale (Komplementär-) Währung – der „Alto“ – in Umlauf gebracht werden und eine regionale Tourismusbörse entstehen, die wiederum andere gesellschaftliche Gruppen und Unternehmen aktiviert, um sie zu Kooperationen im Sinne der „altonale“

zu gewinnen.

Mit der „altonale“ und „Fokus Altona“ bringt die MOTTE ihre Werte aktiver Stadtteilkulturarbeit in ein Netzwerk ein, das sich den rasanten Veränderungsprozessen in der Stadt stellt. Mit dem gemeinsamen Interesse, die Lebensqualität und das Miteinander im Stadtteil zu verbessern, nehmen die Netzwerkakteure auch Positionen stadtteilkulturellen Handelns ein und werden zu Fürsprechern/Mitverfechtern/Mitstreitern stadtteilkultureller Zielsetzungen und Werte.

Das „altonale“ Prinzip ist übertragbar

Im Prinzip sind in jeder Region in jeder Gemeinschaft das erforderliche Know-how sowie die notwendigen Ressourcen vorhanden, um Gemeinschaftsveranstaltungen wie die „altonale“ regionsspezifisch zu entwickeln, zu organisieren und durchzuführen. Es kommt darauf an, diese Potenziale zu aktivieren und zu bündeln. Schlüsselpersonen aus den Quartieren haben eine Katalysatorfunktion. Der Motor des Zusammenschlusses ist der Wille und die Bereitschaft zur Kommunikation, zur Gemeinsamkeit und zum Austausch und nicht vordergründig der Faktor Geld.

Das notwendige Geld für die Festivalfinanzierung erschließt sich aus direkten Geschäften, die aus der Initiativ-Gemeinschaft heraus getätigt werden: Das kann über den Verkauf von Standplätzen, Sponsoring, Mitgliedschaften, Zuwendungen, Spenden o.ä. in unterschiedlichen Mischungen der Finanzierungsarten statt finden, und dann direkt an den Hauptveranstalter, einen Ko-Veranstalter oder an jeweils einzelne Unterveranstalter fließen, die für einzelne Programmsegmente zuständig sind.

Sind diese Schritte gelungen, ergeben sich Synergien, die sich mit der Kontinuität der Projektentwicklung dynamisieren. In diesem Prozess können sich die jeweiligen Stärken der Akteure heraus kristallisieren und im Zuge der fortschreitenden Gemeinschaftsbildung zum relevanten Bestandteil, zu einer „tragenden Säule“, des Ganzen werden. Wenn dies glückt, entsteht ein effektiver Ressourcentransfer, der sogar außerhalb der gemeinsamen Veranstaltung wirkt. Eine wichtige Grundlage ist das Vertrauen, das aus dem gemeinsamen Handeln entsteht.

Gemeinsamkeiten und Ressourcentransfer

Die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sind nicht unbedingt nur konträr. Häufig berühren oder überschneiden sie sich auch. Diese Schnittstellen gilt es, heraus zu arbeiten und für gemeinschaftliche Entwicklungen und Ziele zu bündeln und zu nutzen. Die solchermaßen gemeinsam getragene Idee

bzw. das daraus resultierende mögliche Vorhaben muss vermittelt werden. Je umfangreicher die für einen solchen Prozess vorhandene Vermittlungsressource über Schlüsselpersonen ist, um so komplexer kann nach außen agiert werden. Der Erfolg der Akquisition weiterer zentraler Kooperationspartner hängt sehr vom Gelingen der Kommunikation mit potenziellen Akteuren und Multiplikatoren ab. Mit den über Jahrzehnte gewachsenen Erfahrungen und Kontakten weiß die MOTTE, wie und wo man sie erreicht, wo man sie „abholen“ kann.

Die „altonale“-Struktur basiert auf Schlüsselpersonen in den Arbeitsgruppen, die z.T. auch als Vertreter der Gesellschafter aktiv sind. Die Arbeitsgruppen bilden den zentralen Organisationszusammenhang der „altonale“, der Geschäftsführer übernimmt die Koordination. Die Verbindlichkeit, mit der die Arbeit in den AGs wahrgenommen wird, entscheidet über das Gelingen und die Qualität des gemeinsamen Anliegens.

Wertetransfer

Über diese Form des Zusammenwirkens entstand in Hamburg-Altona gegenseitiges Vertrauen, ein sich aufeinander Einlassen und gegenseitige Wertschätzung. Es partizipieren öffentlich geförderte Institutionen bei der Erschließung neuer Finanzierungsquellen, am Know-how und den Ressourcen der „altonale“ und darüber hinaus am Austausch mit Vertretern/innen der Wirtschaft. Unternehmensvertreter/innen partizipieren mittelbar an der gemeinsamen Mitgestaltung weicher Standortfaktoren und an der Bürgernähe. Außerdem profitieren sie durch Kundenbindung und Schaffung lokalen Kapitals.

Über diese neuen Zusammenschlüsse lässt sich vermitteln, dass es lohnenswert ist, die kulturelle Vielfalt und Selbstbestimmung zu achten, zu wahren und zu befördern. Ein Klima der Sensibilität für soziale Belange wird entwickelt, das es bereits im Vorfeld akuter Problemlagen ermöglicht, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Insofern funktioniert die „altonale“-Gemeinschaft wie ein runder Tisch, mit einer neuen gesellschaftlichen Qualität.

Aus dem wachsenden Selbstbewusstsein der Akteure werden Ansprüche auf soziale Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen formuliert. Das gegenseitig akzeptierte Eigeninteresse kann zum Bindeglied werden und das geschärfte eigene Profil wird Motor für Vielfalt und Authentizität. Der gegenseitige Respekt hat innerhalb der „altonalen“-Gemeinschaft zu hohem Vertrauen, großer Offenheit und zu einem Wertetransfer geführt.

Die MOTTE prägt heute neben anderen Gesellschaftern die Ausgestaltung der „altonale“

aktiv mit. Neue Betätigungsfelder und Aufgabenbereiche konnten erfolgreich übernommen werden und die MOTTE geht gestärkt aus der beschriebenen Entwicklung hervor. Andere Beteiligte entdecken neue, produktive Gemeinsamkeiten mit der Stadtteilkultur und öffnen sich entsprechend für Kooperationen. Gemeinsam wird in dieser Entwicklung die Identifizierung mit dem Lebens- und Arbeitsumfeld gestärkt.

Stadtentwicklung durch Kulturskyline und Kulturszene – Perspektiven für regionale Kulturprojekte

Die aktuelle Hamburger Kulturpolitik ist geprägt von so genannten „Leuchtturm“-Projekten des Senats: kostenintensive Prestigeprojekte, die die bewährte Kulturförderung teilweise untergraben. Die Akzente der derzeitigen Regierungspolitik in Hamburg führen zu Umverteilungen, die zu Lasten derer gehen, die nicht im Fokus der Finanz- und Marketingpolitik Hamburgs stehen und deswegen auch nicht medienwirksam unterstützt werden. Insbesondere gefährdet ist vor allem der breitenkulturelle Bereich mit seiner gewachsenen kulturellen Vielfalt in den Stadtteilen.

Gerade jetzt, im Kontext von Leitbildern wie dem der „Wachsenden Stadt“, braucht es starke symbolträchtige Maßnahmen in den Stadtteilen.

In der Hamburger Stadtteilkultur und anderen breitenkulturellen Szenen gibt es bereits konkrete Entwicklungslinien, die u.a. auf die veränderten Förderstrategien der Stadt reagieren. Neben der direkten kulturpolitischen Auseinandersetzung geht es auch um das Erschließen neuer Finanzierungsquellen, mit deren Hilfe sowohl die eigene Existenz gesichert werden soll, als auch gemeinsam Impulse für kulturelle und kulturpolitische Entwicklungen gegeben werden. So wird nach über zehn Jahren der Haushaltsdeckelung die Forderung nach Erhöhung der Haushaltstitel für Stadtteilkultur und Projektmittel verstärkt gestellt.

Stadtentwicklung durch Kultur ist in aller Munde und doch braucht es Verständigung darüber, was gemeint ist. So ergab eine Studie von Nissen/Carstensen in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg, dass die Vielfalt der lebendigen Stadtteile einen hohen Attraktivitätswert hat und dass das Image eines Events vom Charakter des kulturellen Angebots abhängig ist (Nissen/Carstensen & Hansmann 2005).

Die Stadtteilkultur übernimmt die Rolle, Partner aus Kultur und Kommerz auf gleicher Augenhöhe zusammen zu führen, um die Einzigartigkeit regional zu fördern und die Infra-

strukturen vor Ort zu aktivieren.

Diese Bedeutung der Stadtteilkultur für Hamburg will zwar noch von vielen Akteuren aus Politik, Kultur und Wirtschaft gelernt sein, aber dieser Beitrag mag dafür Anregungen geben. Brücken bauen für ein solches Verständnis möchte auch die Fachtagung „Kultur als Motor für Stadtentwicklung“ im Juni 2006 in Hamburg, zum Anlass der Jubiläen von der KuPoGe (30 Jahre), FABRIK (35 Jahre) und MOTTE (30 Jahre).

Autor:

Michael Wendt
MOTTE Stadtteil- & Kulturzentrum
Eulenstraße 43
22765 Hamburg
Email: gf@dieMOTTE.de

Literatur:

- MOTTE-Veröffentlichung (2001): Neue Dialoge – Geschichte und Perspektiven der Stadtteilarbeit. (www.vsa-verlag.de)
- Wendt, M. (2006): Beitrag in der Dokumentation des 3. Bundeskongresses der KuPoGe 2005. (www.kupoge.de.)
- Wendt, M.; Gäthke, G. (2006): Intermediäre Stadtteil- & Kulturarbeit – Stadt(teil)entwicklung durch Kultur am Beispiel der „altonale“ . (URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/hamburg/altonale.htm>)
- Nissen/Carstensen Communication Consulting und Prof. Dr. Karl-Werner Hansmann des Instituts für Industriebetriebslehre und Organisation der Uni Hamburg, (2005): Studie öffentliche Events in Hamburg

Ein Stadtteil- und Kulturzentrum als Ideenagentur und Vermittler im Stadtteil – Erfahrungen aus dem Modellprojekt Musik in Hainholz: Ein sozialer Brennpunkt wird musikalisiert

„Ein Konzept sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“

„Musik verbindet große und kleine Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen und Ländern über alle Grenzen hinweg! Hier in Hannover-Hainholz beginnt ein großes Bildungs- und Sozialprojekt, bei dem der Schlüssel die Musik ist. Denn gerade in der kulturellen Bildung sind langfristig positive Veränderungen nur dann zu erzielen, wenn alle, die auf diesem Feld arbeiten, sich zusammentun und gemeinsam wirkungsvolle Konzepte entwickeln und umsetzen.“ (Kultusminister und Schirmherr Bernd Busemann)

Projektbeschreibung

Das Projekt „Musik in Hainholz“ musikalisiert einen ganzen Stadtteil vom Freibad über den Kulturtreff, vom Kleinkind bis zu den Senioren, vom Kleingartenverein, zum Kirchenchor bis zum italienischen Restaurant. Beteiligten können sich alle Unternehmen, Einrichtungen, Vereine und Menschen in Hainholz. Das bedeutet, dass es jedem Menschen unabhängig von Alter und Nationalität im Stadtteil Hainholz ermöglicht wird, sich musikalisch zu betätigen. In den kommenden Jahren werden Projekte und Gruppen initiiert, die auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppen (Schüler/innen, Senioren/innen, Migrantinnen/innen) eingehen.

Die materiellen und personellen Ressourcen werden gebündelt und mit Akteuren im Stadtteil werden die Ideen in Konzepte gefasst, um dann mit den passenden Partnern umgesetzt zu werden. Bei der Suche der Kooperationspartner stehen die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen im Stadtteil stets im Vordergrund.

Die unterschiedlichen musikalischen Angebote sind einrichtungs- und konzeptübergreifend, um ein möglichst nachhaltiges Ergebnis zu erzielen. Das Projekt „Musik in Hainholz“ verbindet die Einrichtungen und Menschen untereinander, ermöglicht Beteiligung und Integration. Kulturelle Bildung wird in diesem Projekt in einem sozialen Brennpunkt ganz gezielt verfolgt und soll so dazu beitragen, das soziale und kulturelle Klima im Stadtteil positiv zu verändern.

Das Thema Innovation ist bei der Entwicklung neuer Kursmodule und Konzepte stets zentral. So werden mit den Partnern vor Ort neue Mo-

dule entwickelt, die es ermöglichen sollen z.B. Sprachbildung und Mathematik über Musik zu erschließen.

Für die Umsetzung ziehen unterschiedlichste Partner aus dem Feld Musik, wie beispielsweise das MusikZentrum Hannover, die Musikschule, die Hochschule für Musik, das Theater Hannover und viele andere, gemeinsam an einem Strang. Weitere Kooperationspartner sind zurzeit das Kultusministerium, der Deutsche Musikrat, die Deutsche Rockmusikstiftung, die 100 Jahre Yamaha Stiftung, die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, der Deutsche Orchester Verband und andere mehr.

Seit Januar 2006 bis Januar 2011 werden musikalische Projekte und Gruppen initiiert, die auf die Bedürfnisse der Hainholzer Bürger/innen eingehen. Ziel ist eine musikalische Breitenförderung, eine Förderung der Schlüsselkompetenzen der Beteiligten und somit eine positive Auswirkung auf das Sozial- und Lernverhalten der Teilnehmer/innen. Das Modellprojekt „Musik in Hainholz“ ist zu gleichen Teilen ein Musik-, Bildungs- und Sozialprojekt. Musik ist in diesem Projekt der Schlüssel zu den musikpädagogischen Zielen, zur ästhetischen Wahrnehmung, zur kulturellen Bildung, aber auch zur Aneignung von sozialen Kompetenzen.

Der Stadtteil Hainholz

In Hainholz leben insgesamt zirka 6.700 Menschen. Rund 40 % von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Es ist ein relativ junger Stadtteil mit vielen Kindern und Jugendlichen. Insgesamt bezieht ein Viertel der Hainholzer Transferleistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Die Betroffenheit von Sozialhilfe ist in Hainholz fast doppelt so hoch wie anderswo in der Stadt. „Musik in Hainholz“ soll dazu dienen, den sozial benachteiligten Stadtteil Hannover-Hainholz musikalisch zu erwecken. Der Stadtteil Hainholz ist Teil des Programms „Soziale Stadt“ (mehr Informationen dazu unter www.sozialestadt.de).

Die einzelnen Maßnahmen von „Musik in Hainholz“ werden von unterschiedlichen Geldgebern, aber maßgeblich vom Programm „Soziale Stadt“ finanziert.

Die Initiatoren

Die Idee und das Konzept zum Projekt entstanden im Rahmen des regionalen Bildungsnetzwerks FLUXUS in der Werkstatt Musik und Bewegung im MusikZentrum. Das MusikZentrum Hannover ist Träger des Projektes und wird von der Stadt Hannover für die Umsetzung unterstützt (mehr Informationen im Internet unter www.fluxus-hannover.de).

Förderung der Schlüsselkompetenzen durch Musik

Für die Entwicklung des Konzeptes „Musik in Hainholz“ waren die positiven Wirkungen von Musik Grundlage. Ziel ist es bei diesem Modellprojekt, einen sozial benachteiligten Stadtteil zu musikalizieren! Die Bereiche der kulturellen Bildung, Musik und Kunst, sind besonders gut geeignet, um Kreativität und Phantasie zu fördern. Das Musizieren fördert und unterstützt folgende Kompetenzen (Erpenbeck & Fuchs 2004):

- Selbstbewusstsein,
- Durchhaltevermögen,
- Eigeninitiative,
- Entscheidungsfähigkeit,
- Flexibilität,
- Teamfähigkeit,
- Verantwortungsbereitschaft,
- Kritikfähigkeit,
- Konfliktfähigkeit,
- Kommunikationsfähigkeit,
- Toleranz,
- Offenheit,
- Kulturelle Identität,
- Teilhabe am Kulturellen Leben,
- Lernfähigkeit,
- Planungsfähigkeit,
- Organisationsfähigkeit,
- Problemlösefähigkeit,
- Reflexionsfähigkeit,
- Spielfähigkeit,
- Sinnlichkeit und
- natürlich Kreativität.

Von Vertretern/innen der Kulturellen Bildung wird dies nach und nach erkannt. Ein Beispiel ist der Kompetenznachweis Kultur (Erpenbeck & Fuchs 2004). Von der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (BKJ) wurde ein Bildungspass entwickelt, der Schlüsselkompetenzen, die Jugendliche in der kulturellen Bildungsarbeit erwerben, dokumentiert. Der Kompetenznachweis Kultur dokumentiert die aktive, kontinuierliche Teilnahme an Kunst und Kultur, ohne dabei schulisch zu benoten oder Leistungen zu bewerten.

Über Musik wird es Menschen aus unterschiedlichsten Altersgruppen mit unterschied-

lichsten sozialen und ethnischen Hintergründen ermöglicht, am öffentlichen Leben gemeinsam mit anderen zu partizipieren.

Musik bietet:

- einen niedrigrschwelligigen Zugang (Beispiel: Perkussion),
- die Möglichkeit der Professionalisierung (Beispiel: Band, Orchester),
- die Möglichkeit, den eigenen Gefühlen Ausdruck zu verleihen (Beispiel: RAP),
- die Möglichkeit, in eine Gruppe integriert zu werden (Beispiel: Senioren/innen, Migranten/innen).

Zudem kann bei stadtteilbezogener Arbeit über Musik eine Verbindung zu den unterschiedlichsten Menschen, Einrichtungen und Vereinen geschaffen werden.

Durchführung

Die Projektdauer ist zunächst auf 6 Jahre ausgelegt. Dies ist ein angemessener Zeitraum, ein solches Thema zu etablieren (Bastian 2001).

Nachdem das Grundkonzept entwickelt wurde, haben wir das Gespräch mit allen Einrichtungen im Stadtteil gesucht, um von der Schule bis zum Kleingartenverein alle Akteure einzubinden. Jeder Partner soll ein aktiver, vollwertiger Partner sein und Verantwortung übernehmen – z.B. für die Kommunikation aus und in die eigene Einrichtung. Für jede dieser Einrichtungen wurde und wird ein eigenes Konzept entwickelt, welches auf ihre Ressourcen und Bedürfnisse abgestimmt ist.

Da jede Einrichtung anders organisiert ist, mit einer anderen Zielgruppe arbeitet und andere Bedürfnisse hat, ist bei der jeweiligen Projektentwicklung eine breite Methodenvielfalt entstanden. Ziel ist es, Musik als festen Bestandteil langfristig in den Einrichtungen oder Vereinen zu etablieren.

Nachdem die Bedürfnisse der Einrichtungen und Vereinen feststehen, suchen wir Kooperationspartner, die zu ihnen passen. Die Methodenvielfalt hat hierbei keine Grenzen und das Vorgehen ist stets zielgruppenorientiert. Für jedes Projekt, das initiiert wird, entsteht ein „kleines“ Netzwerk, in dem genauso gearbeitet wird wie in einem „Großen“; mit Netzwerktreffen, Evaluation etc.

In dem Projekt Musik in Hainholz werden Netzwerke auf folgenden Ebenen geknüpft:

- in den Einrichtungen (Kitas, Schulen, Einrichtungen, Vereine etc.),
- im Stadtteil (Programm „Soziale Stadt“, Stadtteilkultur der Stadt u.a.),
- in der Stadt (Fachbereich: Bildung und Qualifizierung, Fachbereich Soziales u.a.),

- im Land (Landesmusikrat, Landespräventionsrat u.a.) und
- im Bund (Deutscher Musikrat, Stiftung SPI u.a.).

Damit die Vernetzung bzw. das Projekt nicht sporadisch stattfinden, sollte eine strukturelle Vernetzung angestrebt werden. Ein Weg, Unklarheiten zu beseitigen, ist es, Verabredungen und Zusagen in einer Kooperationsvereinbarung zu verschriftlichen. Eine klare Zielvereinbarung, die Entwicklung von Qualitätsmerkmalen sowie die regelmäßige Evaluation können neben der gemeinsamen Entwicklung des Projektes Instrumente sein, Projektmüdigkeit, Unzufriedenheit und Demotivation auszuschließen.

Ziele

Musikalische Breitenförderung

Durch die Anwendung ineinander greifender Konzepte bietet das Projekt viele Angebote: von der frühkindlichen Erziehung bis zum Projekt für Erwachsene und vom niedrighschwelligen Angebot bis zur Spitzenförderung.

Zielgruppenorientierung

Die Entwicklung des passenden Konzeptes erfolgt mit dem jeweiligen Partner im Stadtteil (z.B. innerhalb der Schule als AG oder als unterrichtsergänzendes Modul).

Integration

Über Musik werden z.B. Senioren/innen und Migrantinnen/innen in das Stadtteilleben integriert. (Beispiel: Gemeinsam mit dem Freiwilligen Zentrum wird eine musische Fortbildung organisiert. Die Teilnehmer/innen der Fortbildung können dann in Projekte von Schulen und Kita integriert werden.)

Prävention

Durch Musik werden Schlüsselkompetenzen gestärkt. Musik ermöglicht dadurch auf einfache Weise den Zugang zu lernfernen Gruppen.

Partizipation

Alle Unternehmen, Einrichtungen, Vereine und Menschen im Stadtteil können sich an dem Projekt beteiligen:

- vom Freibad über den Kulturtreff,
- vom Kleinkind bis zu den Senioren,
- vom Kleingartenverein über den Kirchenchor
- bis zum italienischen Restaurant.

Vernetzung

Vernetzung findet auf den unterschiedlichsten Ebenen statt: unter den Bürgern, alters- und einrichtungsübergreifend.

Ressourcen stärken

Mit Hilfe des Projektes werden die personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen im Stadtteil Hainholz aufgedeckt und gestärkt.

Nachhaltigkeit

Durch einrichtungs- und altersübergreifende Konzepte, die Integration der Projekte in den Alltag und durch eine strukturelle Verankerung wird eine langfristige Ausrichtung des Projekts ermöglicht.

Autorin:

Morena Piro

MusikZentrum Hannover

Emil-Meyer-Straße 26-28

30165 Hannover

Email: morena@musikzentrum-hannover.de

Literatur:

Bastian, H.-G. (2001): Kinder optimal fördern – mit Musik. Mainz

Bastian, H.-G. (2000): Musik(-erziehung) und ihre Wirkung: eine Langzeitstudie an Berliner Grundschulen. Mainz

Erpenbeck, J./Fuchs, M. (2004): Der Kompetenznachweis Kultur - Ein Nachweis von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle Bildung. In: Schriftenreihe der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung. Bd. 63. Remscheid

Zielgruppenkonferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten bundeszentralen freien Träger sowie Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus E&C-Gebieten

Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten

Konferenz

11. und 12. Mai 2006 in Leipzig

Die freien Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch die Schulen sind zentrale Akteure sozial-struktureller Veränderungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Insbesondere den freien Trägern bietet sich die Chance, ihre Kompetenzen aus der Arbeit mit jungen Menschen und ihren Familien als aktive Partner in der Sozialen Stadt einzubringen. Ihre Erfahrungen mit der Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner und der Vernetzung der lokalen Akteure sind dabei eine wichtige Ressource für die Gestaltung lebensweltorientierter und an den Bedarfslagen ausgerichteter Angebote im Stadtteil.

Die bisherigen Zielgruppenkonferenzen der aus dem KJP geförderten bundeszentralen freien Träger, Schulen, Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen aus E&C-Gebieten beschäftigten sich im Zeitraum 2001-2005 systematisch mit unterschiedlichen Aspekten sozialräumlicher Angebotsentwicklung für junge Menschen und ihre Familien. Dabei wurde den Themen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe, Partizipation, Bildung und Gesundheit besondere Bedeutung beigemessen. Besonders intensiv diskutiert worden ist dabei die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren – Eltern, Kindertagesbetreuung, Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe, Beschäftigungsträger, Arbeitsvermittlung etc. – als Voraussetzung für die Umsetzung integrierter Angebote.

Diese Konferenz soll insbesondere die Rolle der freien Träger im Zusammenspiel der lokalen Akteure in der Sozialen Stadt reflektieren. Unter Einbeziehung der Erfahrungen von Kindertageseinrichtungen und Schulen werden gemeinsam Anforderungen an zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion erarbeitet. Entlang der biographischen Übergänge junger Menschen werden die wichtigsten Handlungsfelder wie integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung, Öffnung der Einrichtungen hin zu Stadtteil- und Familienzentren, sozialräumliche Konzentration von Leistungen, Vernetzung sowie Mitgestaltung integrierter Handlungskonzepte und lokaler Bündnisse unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils beleuchtet. Am zweiten Tag wird die Idee lokaler Zentren als Beispiel für die Umsetzung integrierter Angebote vorgestellt und anhand von erfolgreichen Praxismodellen Empfehlungen zur Übertragbarkeit erarbeitet.

Termin:

11. und 12. Mai 2006

Veranstaltungsort:

GaraGe – Technologiezentrum
für Jugendliche gGmbH
Karl-Heine-Straße 97
04229 Leipzig

Verkehrsanbindung:

Vom Hauptbahnhof / Westseite:
Straßenbahnlinie 14 in Richtung Plagwitz
bis Haltestelle „Karl-Heine-Straße/Gießstraße“

Organisatorische Rückfragen:

[know:bodies]
Astrid Nelke-Mayenknecht
Tel: 030. 53 65 58 60
Fax: 030. 703 26 68
Email: nelke-mayenknecht@knowbodies.de

Donnerstag, 11. Mai 2006

- 13.30 Begrüßung und Einführung:**
Handlungsstrategien zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten – die Rolle der freien Träger im E&C-Prozess
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
- 14.00 Die frei-gemeinnützigen Träger im Spannungsverhältnis zwischen öffentlichen Institutionen und Zivilgesellschaft**
Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt,
Evangelische Fachhochschule RWL Bochum
- 14.45** Diskussion
- 15.15** Kaffeepause
- 16.00 Biographische Übergänge junger Menschen erfolgreich gestalten – Kindertageseinrichtungen, Schulen und freie Träger als Koproduzenten für ein gelingendes Aufwachsen**

Forum I: Auf den Anfang kommt es an – Kooperation zwischen Jugendhilfe und Familie im Stadtteil

Dr. Heinz Metzen, „Bremisches Strukturkonzept Familienbildung“, Universität Bremen
Matthias Bruckdorfer, Modellprojekt „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“
Moderation: Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

Forum II: Gemeinsam die Zukunftschancen junger Menschen verbessern – Jugendhilfe und Schule bündeln ihre Kompetenzen

Dr. Wolfgang Mack, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
Dr. Klaus Schorner, Landeskooperationsstelle Schule – Jugendhilfe Brandenburg, Potsdam
Moderation: Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

Forum III: Lotsen für die soziale und berufliche Integration – Partnerschaft zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitsvermittlung

Hardy Adamczyk, Regiestelle Kompetenzagenturen
Andreas Schulz, Arge Heilbronn
Moderation: Judith Schwarzbürger, Regiestelle E&C

18.30 Abendessen

Freitag, 12. Mai 2006

- 9.30 Integrierte Angebote brauchen einen Ort – die Idee lokaler Zentren**
Reinhard Thies, Diakonisches Werk der EKD
- 10.15 Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe werden zu lokalen Zentren – Erarbeitung von Empfehlungen anhand erfolgreicher Praxismodelle**

AG 1 | Zukunftsschulen als Stadtteil- und Bildungszentrum

Friedrich Marona, Gesamtschule Marxloh, Duisburg
Karin Müller, Regionale Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“, Greifswald
Moderation: Andreas Hemme, Regiestelle E&C

AG 2 | Eltern und Kinder gemeinsam stärken

Annette Müller, Kinderhaus „Blauer Elefant“, Essen-Katernberg
Ramona Kaiser, Familiennetzwerk der Lebenshilfe, Hoyerswerda
Moderation: Antje Klemm, Regiestelle E&C

AG 3 | Generationen unter einem Dach

Annette Köppel, Mehrgenerationenhaus „Mobile“, Pattensen
Jens Müller, Mehrgenerationenprojekte der Diakonie in Erfurt
Moderation: Petra Dinkelacker, Regiestelle E&C

AG 4 | Ein Stadtteil- und Kulturzentrum als Ideenagentur und Vermittler im Stadtteil

Michael Wendt, MOTTE – Stadtteil- und Kulturzentrum, Hamburg
Morena Piro, „Musik in Hainholz“, MusikZentrum Hannover
Moderation: Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

13.30 Postergalerie mit Empfehlungen zur Übertragbarkeit

Ende der Veranstaltung

Imbiss

Liste der Referenten/innen der KJP-Konferenz am 11. und 12. Mai 2006 in Leipzig

Name	Vorname	Institution	Straße	PLZ	Ort	email
Adamczyk	Hardy	INBAS - Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH, Regiestelle Kompetenzagenturen	Herrnstr. 53	63065	Offenbach am Main	adamczyk@inbas.com
Brocke	Hartmut	Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut	Müllerstraße 74	13349	Berlin	info@stiftung-spi.de
Bruckdorfer	Matthias	Diakonisches Werk der EKD, SoFJA	Reichensteiner Weg 24	14195	Berlin	bruckdorfer@diakonie.de
Kaiser	Ramona	Sozialverband Sachsen VdK e. V., Familiennetzwerk der Lebenshilfe	Otto-Nagel-Str. 53/54	02977	Hoyerswerda	kaiser@ffhy.de
Köppel	Annette	Mehrgenerationenhaus MOBILE e.V.	Göttinger Str. 25a	30982	Pattensen	annette.koepfel@mobile-pattensen.de
Mack	Dr. Wolfgang	Deutsches Jugendinstitut e. V.	Nockherstr. 2	81541	München	mack@ph-ludwigsburg.de
Marona	Friedrich	Gesamtschule Marxloh	Diesterweg 6	47169	Duisburg	Fmarona@gmx.de
Metzen	Dr. Heinz	Fit für Familie, Begleitforschung	Sedanstr. 57	28201	Bremen	heinz.metzen@s-hb.de
Müller	Annette	Kinderhaus „BLAUER ELEFANT“	Bullmannau 15-17	45327	Essen-Katernberg	blauer-elefant.katernberg@kinderschutzbund-essen.de
Müller	Jens	Diakonie Mitteldeutschland	Ernst-Thälmann-Str. 90	99817	Eisenach	mueller@diakonie-ekm.de
Müller	Karin	Regionale Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“	Usedomer Weg 1	17493	Greifswald	RegS-Nexoe@t-online.de
Piro	Morena	MusikZentrum Hannover	Emil-Meyer-Str. 26-28	30165	Hannover	morena@musikzentrum-hannover.de
Schorner	Dr. Klaus	Landeskooperationsstelle, Schule - Jugendhilfe Brandenburg	Rudolf-Breitscheid-Str. 58	14482	Potsdam	schorner@kobranet.de
Schulz	Andreas	Arge Landkreis Heilbronn	Bahnhofstr. 1	74072	Heilbronn	andreas.schulz3@arbeitsagentur.de
Wendt	Michael	MOTTE e. V., Stadtteil- & Kulturzentrum	Eulenstr. 43	22765	Hamburg	info@dieMOTTE.de
Thies	Reinhard	Diakonisches Werk der EKD, 0	Reichensteiner Weg 24	14195	Berlin	thies@diakonie.de
Wohlfahrt	Prof. Dr. Norbert	Evangelische Fachhochschule	Immanuel-Kant-Str. 18-20	44803	Bochum	wohlfahrt@efh-bochum.de

Liste der Teilnehmer/innen der KJP-Konferenz am 11. und 12. Mai 2006 in Leipzig

Name	Vorname	Institution	Straße	Plz	Stadt	Email
Ackermann-Feulner	Karin	Bürgerinitiative für Soziale Fragen e. V. (BSF)	Damaschkeweg 96	35039	Marburg	ackermann-feulner@bsf-richtsberg.de
André	Ruth	Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern Landesjugendamt	Lindenspürstr. 39	70187	Stuttgart	ruth.andre@lww-wh.de
Arndt	Heinrich	Nachbarschaftszentrum Westend	Horst-Schubert-Str. 2	35578	Wetzlar	nachbarschaftszentrum@caritas-wetzlar-lde.de
Barschdorf	Anke	Stadt Stendal-Netzwerk	Am Markt 1	39576	Stendal	ingrid.januszewski@standal.de
Bender	Marion	Bürgerinitiative für Soziale Fragen e. V. (BSF)	Damaschkeweg 96	35039	Marburg	bender@bsf-richtsberg.de
Bernard	Dieter	Schule Hinschenfelde	Walddörferstr. 243	22047	Hamburg	schulbuero@hinschenfelde.hh.schule.de
Bernert	Rolf	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Kiel e. V.	Narvikstr. 3	24109	Kiel	kh.narvikstr@awo-kiel.de
Bias	Stephanie	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kindergarteneinrichtungen gGmbH	Zerbster Str. 14	06124	Halle/Sa.	
Borchert	Carolin	Kinderwohnprojekt „Die Brücke“	Haeckelstr. 50	14471	Potsdam	maenne@goyo.de
Borsdorf	Katrin	Jugend in Arbeit Dresden e. V.	Mügelner Str. 40	01237	Dresden	jugend@jia-dd.de
Braun	Irene	Kindertagesstätte „Storchennest“ Independent Living e. V.	Günter-Simon-Str. 2-4	14480	Potsdam	irene.braun@intependentliving.de
Brückner	Carola	Stadtteilmanagement	Adolf-Menzel-Str. 13	39576	Stendal	carola.braeuer@standal.de
Burkart	Melanie	Gemeinschaft für Sozialeinrichtungen (GSE) des Arbeiter-Samariter-Bundes (ABS) mbH	Bahnhofstr. 26-28	66538	Neunkirchen	Melanie.Burkart@r.de
Christoforow	Christian	Kinderwohnprojekt „Die Brücke“ im Jugendhaus OASE	Tornowstr. 35	14473	Potsdam	christian.c@web.de

Name	Vorname	Institution	Straße	Plz	Stadt	Email
Crüseemann-Brockmann	Rolf	Realschule Moisling	Brüder-Grimm-Ring 6-8	23560	Lübeck-Moisling	koordination@stadtteilundschule.de
Donath	Marcus	REBUS Billstedt	Steinfeldstr. 1	22119	Hamburg	Madon@gmx.de
Fahnroth	Ursula	Kindertagesstätte 133	Falkstr. 39	60487	Frankfurt/a. M.	ursula.fahnroth@stadt-frankfurt.de
Fertig	Andreas	Adolf-Diesterweg-Schule	Adolf-Diesteweg-Str. 65	67071	Ludwigshafen	afertig@web.de
Gehrmann	Berenice	Independent Living (IL) Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in Potsdam gGmbH	Günter-Simon-Str. 2-4	14480	Potsdam	info.potsdam@independentliving.de
Glaab	Reinhard	Volksschule Würzburg-Heuchelhof	Berner Str. 3	97084	Würzburg	hsheuchelhof@wuerzburg.de
Goller	Erika	Jugendhilfehaus St. Elisabeth	Orleansstr. 6-10	95028	Hof	StElisabeth@gmx.net
Görlach	Claudia	Stadtteilbüro Dresden-Prohlis Quartiersmanagement	Berzdorfer Str. 16	01239	Dresden	stadtteilbuero-prohlis@ddkom-online.de
Graf	Uta	Ever-green e. V.	Cölpiner Str. 13	17034	Neubrandenburg	ullareiner@hotmail.de
Gründig	Carsten	Verbund Sozialpädagogischer Projekte (VSP) e. V.	Spreewalder Str. 1	01239	Dresden	carsten.gruendig@vsp-dresden.de
Gutsch	Olga	Caritasverband Bonn e. V. Jugendwerkstatt	Siemensstr. 14	53121	Bonn	jugendwerkstatt@caritas-bonn.de
Hammann	Sara	Nachbarschaftszentrum Westend	Horst-Schubert-Str. 2	35578	Wetzlar	nachbarschaftszentrum@caritas-wetzlar-lde.de
Harmsen	Christiane	Deutsches Jugendinstitut e. V. Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06110	Halle	harmsen@dji.de
Häuser	Margot	Walter-Kolb-Schule	Legienstr. 24	65929	Frankfurt/a. M.	m.haeuser@da.ssa.de
Hensel	Cornelia	midnight-fun e. V.	Anna-Siemsen-Str. 49	07745	Jena	conny.hensel@midnight-fun.de
Hentschel	Claudia	Städt. Kindertagesstätte 12	Wiesenhüttenstr. 40	60329	Frankfurt/a. M.	Claudia.Hentschel@stadt-frankfurt.de
Hinz	Thomas	Thor-Heyerdahl-Gymnasium	Vaasastr. 43	24109	Kiel	mail@heyerdahl-gymnasium.de
Hoya	Ralf	Henri-Dunat-Realschule	Halberstädter Str. 30	38444	Wolfsburg	ralf_hoya@yahoo.de
Höft	Manfred	Stadtsporbund Bonn e. V.	Am Frankenbad 2	53111	Bonn	ssb-bonn@t-online.de

Name	Vorname	Institution	Straße	Plz	Stadt	Email
Hörning	Karin	Begegnungsstätte Mühlenstraße e. V.	Mühlenstr. 14	04317	Leipzig	verein@muehlstrasse.de
Hubertus	Werner	Gemeinwesenarbeit (GWA) Friedrichsthal im Caritasverbund für Saarbrücken und Umgebung	Am Kolonieschacht 3	66299	Friedrichsthal	cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Iblher	Hans	Vicelinschule Quartiersmanagement Vicelinviertel	Vicelinstr. 51	24534	Neumünster	quartiermanagement@awo- neumuenster.de
John	Mario	midnight-fun e. V.	Anna-Siemsen-Str. 49	07745	Jena	John.mario@web.de
Kauselmann	Claudia	Begegnungsstätte Mühlenstraße e. V.	Mühlstr. 14	04317	Leipzig	verein@muehlstrasse.de
Koch	Evelyn	Soziale Stadt Büro Ludwigshafen-Mundenheim	Maximilianstr. 24	67065	Ludwigshafen	sozialestadt-mu-koch@t-online.de
Kopf, Dr.	Sabine	Jugendclub „Hugo“ Jena-Winzerla	Hugo-Schrade-Str. 41	07745	Jena	jc.hugo@web.de
Kraft	Claudia	Stadt Halle ASD - Jugendamt	Schopenhauerstr. 4	06114	Halle	claudia.kraft@halle.de
Krämer	Heiko	Stadt Ludwigshafen Straßensozialarbeit/Jugendförderung	Hans-Böckler-Str. 16	67071	Ludwigshafen	streetwork-lu-suedwest@gmx.de
Landwehr	Andreas	Overbergschule Osnabrück	Sofie-Hammer-Str. 117b	49090	Osnabrück	andreas-landwehr@web.de
Langer	Thomas	Ernst-Reuter-Grundschule	Schlesierstr. 56	67065	Ludwigshafen	ernst-reuter-grundschule@web.de
Liebscher	Doris	Kindertagesstätte	Bornsdorfer Str. 37 b	12053	Berlin	
Lohn	Christine	Diakonisches Werk Evang. Kirchen in Mitteldeutschland (DW EKM) e. V.	Mittagstr. 15	39124	Magdeburg	lohn.c@diakonie-ekm.de
Luig-Arlt	Helene		Heuberg 5	24977	Langballig b. Flensburg	luig-arlt@foni.net
Marona	Annegret	Gesamtschule Marxloh	Diesterweg 6	47169	Duisburg	Fmarona@gmx.de
Merseburger	Wolfgang	Berufsbildungswerk Leipzig	Wurzener Str. 22	04315	Leipzig	merseburger.wolfgang@bbw-leipzig. de
Moser	Jürgen	Geschwister-Scholl-Gesamtschule	Böttcherkamp 181	22549	Hamburg	jmoserbleckede@yahoo.de

Name	Vorname	Institution	Straße	Plz	Stadt	Email
Neuschäfer	Daniela	Stadtteilbüro Caritasverband Wetzlar Lahn/Dill/Eder e. V.	Horst-Scheibert-Str. 2	35578	Wetzlar	stadtteilbuero.wetzlar@t-online.de
Nissen	Ralf	Stadtteilschule Lübeck-Moisling	Brüder-Grimm-Ring 6-8	23560	Lübeck	koordination@stadtteilschule.de
Ohlert	Christiane	Conbertin-Gesamtschule	Gagarinstr. 5-7	14480	Potsdam	conbertingesamtschule@web.de
Pareigis	Esther	Kindertagesstätte „Tabaluga“	Gottfried-Semper-Str. 16	06124	Halle	SAROSCH@web.de
Pleuger	Gerda	Kindertagesstätte	Siemensstr. 41	53121	Bonn	gerda.pleuger@bonn.de
Pohle	Cornelia	Stadt Magdeburg Jugendamt Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendarbeit	Rennebogen 167	39190	Magdeburg	pohle-kst-jga@gmx.de
Pötter, Dr.	Nicole	Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JSA)	Hohe Str. 73	53119	Bonn	poetter@bag-jugendsozialarbeit.de
Rechter	Fritz	Hauptschule im Bildungszentrum Mettendorf	Vaasastr. 43	24109	Kiel	fritz.rechter@t-online.de
Reiner	Ursula	Jugendclub „Zebra“ im Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)	Cölpiner Str. 13	17034	Neubrandenburg	ullareiner@hotmail.de
Rottmair	Anton	Hauptschule an der Maximilianstraße	Maximilianstr. 25	85051	Ingolstadt	rektor@hs-maximilian.ingolstadt.de
Ruser	Dieter	Realschule im Bildungszentrum Mettendorf	Vaasastr. 43	24109	Kiel	BZMRS@t-online.de
Salm	Claudia	Gemeinwesenarbeit (GWA) Friedrichsthal im Caritasverbands für Saarbrücken und Umgebung	Am Kolonieschacht 3	66299	Friedrichsthal	cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Sauerbier	Helmut	Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e. V.	Langenmarckweg 21	51465	Bergisch Gladbach	info@bagcbf.de
Schlemmer	Sabine	Staatl. Regelschule „Alfred Brehm“	Karl-Marx-Allee 7	07747	Jena	schuso.brehm@t-online.de

Name	Vorname	Institution	Straße	Plz	Stadt	Email
Schlieckau	Traudel	Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen	Leisenitzstr. 26	30175	Hannover	traudel.schlieckau@jugendschutz- niedersachsen.de
Schroot	Christine	Arbeit und Leben Sachsen e. V.	Karl-Liebknecht-Str. 30	04107	Leipzig	schroot@arbeitundleben-sachsen.de
Schuttpelz	Hans- Joachim	Hauptschule Horeb	Herzogstr. 41	66953	Pirmasens	hs-hoerb@t-online.de
Sistemich	Norbert	Stadt Fulda Amt für Jugend und Familie SG Kinder- und Jugendförderung	Zitronemannsgässchen 2	36037	Fulda	norbert.sistemich@fulda.de
Sollfrank	Karl	Max-Reger-Schule	Ulrich-Schönberger-Str. 3	92637	Weiden	max-reger-schule@t-online.de
Sommer	Kathleen	Internationaler Bund (IB)	Gartenstr. 42	14482	Potsdam	kathleen.sommer@internationaler- bund.de
Steigner	Irmgard	Ernst-Reuter-Grundschule	Schlesierstr. 56	67065	Ludwigshafen	ernst-reuter-grundschule@web.de
Stelzer	Sonja	121. Mittelschule Dresden	Gamigstr. 28	01239	Dresden	stelzer.121ms@gmx.de
Strack	Angela	KGS Kettlerschule Amt für Kinder, Jugend und Familie	Siemensstr. 248	53121	Bonn	angela.strack@gmx.de
Szepansky	Helmut	Kinder- und Familienzentrum Barmbek-Süd	Wohldorfer Straße 30	22081	Hamburg	mail@kifaz.de
Thurow	Anke	Regionale Schule „M.A. Nexö“ am Ryck	Usedomer Weg 1	17493	Greifswald	RegS-Nexoe@t-online.de
Trapp	Sylvia	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kindergarteneinrichtungen Halle gGmbH	Röchlstr. 20	04229	Leipzig	sylviatrapp@web.de
Valjevcic	Martina	Kindertagesstätte „Mosaik“	Donaustr. 88	12043	Berlin	mosaik@lebenswelt-berlin.de
Wallenhauer	Peter	Stadt Leipzig Jugendamt Freizeiteinrichtungen	Naumburger Str. 26	04229	Leipzig	peter.wallenhauer@leipzig.de
Weber	Nikola	Jugendmigrationsdienst Internationaler Bund (IB)	Wellesweilerstr. 272	66538	Neunkirchen	Nikola.Weber@internationaler-bund. de

Name	Vorname	Institution	Straße	Plz	Stadt	Email
Weidemann	Holger	Grund-, Haupt- und Realschule	Beim Pachthof 15-17	22111	Hamburg	hoxxx@web.de
Weigel	Andrea	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Nürnberg Kreisjugendwerk	Austr. 5	90429	Nürnberg	andrea-weigel@gmx.net
Wilms	Eckhardt	Projekt Stadtteil und Schule	Brüder-Grimm-Ring 6-8	10117	Berlin	wilfried.trutz@senbjs.verwalt-berlin.de
Woldeck	Jana	Stadt Magdeburg Jugendamt KJFE „Weizendrunf/Weberkiste“	Rennebogen 167	39130	Magdeburg	wk-wg@gmx.de
Worseck	Marion	Conbertin-Gesamtschule	Gagarinstr. 5-7	14480	Potsdam	conbertingesamtschule@web.de